

DER KAMPF

Jahrgang 4

1. Februar 1911

5. Heft

Karl Renner: Politische Windstille

Bienertth scheint unsterblich, er kommt immer wieder zurück wie die Geister der Ruchlosen oder wie vererbte Familienkrankheiten oder wie die Langweile nach dem Vergnügen. In dem Lande des Massenverbrauchs an Ministern ist das ein seltsames Phänomen, ein Symptom dafür, dass etwas Ausserordentliches in Oesterreich vorgeht.

Ueberaus verworren ist das Bild unserer Tagespolitik; als ein sinnloses Durcheinander von Gerede und Geschreibsel stellt sich die politische Tätigkeit dar, und der Staatsbürger wendet sich enttäuscht von Vorgängen ab, in denen er nichts anderes zu erkennen glaubt als persönliche Wichtigtuerei und Streberei. Das ist nicht mehr das Tosen einer politischen Schlacht, das Aufeinanderschlagen geordneter Heere, das scheint eher ein lärmender Jahrmarkt: der Laie betrachtet ihn, meint ein lautes Feilschen zu merken und gewahrt doch nicht, warum gefeilscht wird, oder hält die Preise, um die man feilscht, des Lärmes nicht wert. Er sieht keine grossen Ziele, es fehlt der österreichischen Politik zurzeit an Direktion, an Orientierung. Uninteressant aber wird die Politik, sobald die klare Direktion, die Marschrichtungen, die streng geschiedenen Linien von Freund und Feind sich verwischen. Die Ziele fehlen, der Lärm bleibt und so überwiegen die Eindrücke der Widernisse, ja der Widerlichkeiten, die aller Politik Begleiterscheinungen sind.

Rasch fertig ist das Urteil: Die Regierung ist schuld. Es stützt sich auf die Tatsache, dass das Regime Bienertth das Merkmal vermissen lässt, das ansonst und sonstwo das Wesentliche alles Regierens ist. Nicht Beschränktheit, Unbildung, böser Wille, Volksfeindlichkeit sind das Kardinalübel der Regierungen. Die Sünde am Prinzip ist es, welche das grösste Uebel eines Regimes wird, das Nichtregieren. Der Staat ist dazu da, für oder gegen seine Bürger etwas zu wollen, der Bürgerschaft Ziele zu setzen, sie zu zwingen, mitzugehen oder dagegen anzukämpfen, das Denken der Bürger zu orientieren, sie pro oder contra in Front zu bringen, die Fronten zu kommandieren. Dann weiss jeder, woran er ist, und tut gern mit. Man halte gegen die zielsetzende Führung einer Regierung, die ihren Namen verdient, wie etwa der englischen oder französischen, die mit ihrem streng abgemessenen Programm steht und fällt, etwa die letzte Erklärung Bienertths, diesen Hirsebrei abgeschliffener Redensarten und man wird unsere Regierung richtig einschätzen. Trotzdem aber geht das Urteil fehl. Nicht die Regierung verschuldet die allgemeine Unorientiertheit, sie selbst ist durch diese erst geschaffen und erhalten. Die Unbestimmtheit unserer Politik geht auf tiefere Ursachen zurück.

* * *

„Siche, es ist alles neu geworden!“ müsste die österreichische Oeffentlichkeit ausrufen, wenn sie eben nur — sähe! Eine soziale Umschichtung und Umwertung hat eingegriffen, die mitten im Flusse ist und noch nicht ins allgemeine Bewusstsein eingetreten ist. Diese Wandlung ist in erster Linie Klassenumschichtung und erst infolgedessen völlige Erneuerung des Klassendenkens und zuletzt auch Verschiebung der politischen Machtverhältnisse aller Klassen.

Die Ergebnisse der jetzigen Volkszählung und der nächsten Berufsstatistik müssten jetzt schon vorliegen, damit man im Vergleiche von 1900 und 1910 die sozialen Verschiebungen sicher konstatieren könnte — man kann sie durch heute bekannte Zahlen nur veranschaulichen. Gewiss werden die ziffermässigen Unterschiede nicht allzu gross sein, trotzdem aber bewirkt auf der Entwicklungsstufe, auf der wir stehen, ein geringer Wandel in der Zahl oft ein Umschlagen in gegenteilige Wirkung. So zum Beispiel entfielen 1900 von je 1000 Personen auf die Landwirtschaft 524, auf die industriellen und intellektuellen Berufe 476 Köpfe. 50 Köpfe von 1000 sind bloss ein Zwanzigstel, aber sind sie in diesem letzten Jahrzehnt von der Landwirtschaft zur Industrie übergegangen, was nicht bezweifelt wird, so ist der alte Agrarstaat Oesterreich zu seinem Gegenteil geworden, zum Industriestaat. Der eine Schritt über diese Schwelle wird unvermerkt vollzogen, noch denkt die Masse, die öffentliche Meinung agrarstaatlich. Das Bewusstsein hinkt nach, schwankt einige Zeit, um dann plötzlich mit einem Schritt die entgegengesetzte Richtung zu nehmen. Zweifellos leben wir in dieser geistigen Peripetie. Noch vor acht Jahren etwa, als der erste Waggon mit überseeischem Fleisch durch Oesterreich wollte, spedierte man ihn sang- und klanglos nach Hamburg, und Koerber rief dem Importeur zu: „Sind Sie ein österreichischer Patriot?“ Selbstverständlich war's, dass wir Agrarstaat, anders zu denken galt dem sonst gar nicht vernagelten und recht industriefreundlichen Koerber als antiösterreichisch. Heute findet der k. k. Handelsminister das Argentinische wenigstens bedingt und befristet patriotisch, die Mehrheit der Bevölkerung aber vielleicht schon als existenznotwendig für unser Land. Eine ganze Revolution im Denken, nur nicht abgeschlossen, sondern mitten im Gange und also des Ausgangs ungewiss. Im Parlament halten sich Agrar- und Industriestaat beinahe die Wage, eine lange Reihe von namentlichen Abstimmungen — dem Aussenstehenden zwecklose Vorgänge — haben uns so weit orientiert, dass wir eine industrielle Mehrheit vorhanden sehen, aber sie ist schwach, labil, sie rückt noch widerwillig aus, hat kein Selbstvertrauen. Die Kräfte halten sich beinahe das Gleichgewicht — daher eine Regierung, die laviert, nach links und rechts zweideutig gravitiert, daher eben — ein Handelsminister Weiskirchner.

Das Beispiel ist, glaube ich, darnach angetan, unseren Blick für die bestimmenden Tatsachen unserer Politik zu schärfen.

Beginnen wir mit den industriellen Klassen. Nur wenige, zum Teil private Daten stehen uns zu Gebote, wir beschränken uns auf Schlaglichter. Wenn wir den Ziffern einen auffallenden Fortschritt entnehmen, werden wir doch nicht vergessen, dass er jenen anderer Länder noch immer nachhinkt, dass die Staaten des Westens unsere heutige Stufe schon vor Jahrzehnten erklommen haben. So ist die Ausbreitung der Aktiengesellschaften in Oesterreich geradezu kümmerlich zu nennen. Trotzdem hat das letzte Jahrzehnt viel nachgeholt:

	Anzahl der Aktiengesellschaften	Millionen Kronen Aktienkapital
1896	449	1577
1902	557	2193
1905	587	2367
1906	609	2587
1907	648	2744

Wir sehen, das Aktienkapital hat sich in elf Jahren beinahe verdoppelt. Noch vor zehn Jahren war es in bürgerlichen Schichten beinahe eine Schande, Aktionär zu sein, der Beruf eines Verwaltungsrates galt selbst Bürgerlichen mit dem eines Diebes für nahe verwandt. Jetzt hat sich die Aktiengesellschaft moralisch durchgesetzt und der Kleinbürger, der Antisemit, findet es kaum mehr anstössig, wenn sein Abgeordneter Verwaltungsrat einer Bank ist. Aber noch schwankt auch diese Meinung.

Oesterreich — ein Bauernland! Oesterreichs Städte — Kleinbürgerstädte. Man denke an das Potemkinsche Dorf des Jubiläumsfestzuges — eine einzige grosse Bauernkomödie in Nationaltrachten. Aber inzwischen arbeiten die Proletarier und akkumulieren die Unternehmer, über Nacht ist alles anders. Zur Illustration dieser fortschreitenden Akkumulation diene die

Bilanzstatistik der Berg- und Hüttenwerksgesellschaften.

Jahr	Zahl der Gesellschaften	Eingezahltes Kapital Millionen Kronen	Durchschnittsertrag in Prozenten des Aktien- kapitals	Verteilte Dividende Millionen Kronen	Dividende in Prozenten
1901	35	267	9.60	21.5	10.05
1902	35	282	7.72	18.7	8.05
1903	36	284	8.73	20.6	8.34
1904	35	269	10.08	23.3	9.78
1905	36	310	11.50	28.5	9.48
1906	39	330	12.67	34.5	11.38
1907	42	341	15.25	42.8	13.56

Wohl war 1907 das Jahr der Hochkonjunktur. Aber immerhin, rund das Doppelte wird an Dividende ausgeschüttet im Vergleich zur Bilanz vor sechs Jahren.

Diese Millionen sind in der Volkswirtschaft investiert, haben sie industrialisiert, haben Arbeitermassen vom Lande weg in die Industrieorte verpflanzt. Das Berg- und Hüttenwesen dient hier bloss als ein symptomatischer Zweig der Wirtschaft.

Ein allgemeineres Bild gibt die Zahl der im Betrieb stehenden Dampfkessel, wobei bemerkt wird, dass man von Jahr zu Jahr grössere, leistungsfähigere Kessel baut. Die Dampfkessel mehrten sich von 1900 bis 1908 wie folgt: 27.937 — 28.919 — 29.151 — 28.851 — 30.817 — 31.424 — 32.030 — 32.941 — 33.930.

An Fabriken mit unedlen Metallen und Legierungen zählte man 1895 555 Betriebe, im Jahre 1908 bereits 1002, die Lohnsumme ist von 16 auf 28.9 Millionen Kronen gestiegen. Im Jahre 1895 zählte man an Maschinenfabriken (Maschinen, Werkzeuge, Apparate) 883 mit einer Lohnsumme von 47 Millionen Kronen, 1908 1456 Betriebe mit einer Lohnsumme von 97.9 Millionen Kronen.

Kurz: Alle Symptome weisen darauf hin, dass der Kapitalismus sich just im letzten Jahrzehnt nicht nur quantitativ ausgedehnt, sondern die Kleinproduktion im gesellschaftlichen Bewusstsein überholt und zurückgestellt hat. Vor zehn Jahren war die Kleinbürgerei politisch oben auf, sie hat sich gefühlt, betrachtete sich als die eigentliche Volkswirtschaft, den Fabrikanten aber als verdächtigen Eindringling, den man argwöhnisch überwacht. Man sprach mit Sorgfalt von „Industrie, Handel und Gewerbe“, wobei man das Hauptgewicht auf „Gewerbe“ legte. Heute heisst es: Industrie, Industrie und noch einmal Industrie! Der ehemalige Kleingewerbetreibende läuft dabei mit. Volkswirtschaft — das ist eben die Industrie.

Vor zehn Jahren waren die Gewerbegeossenschaften der lauteste politische Faktor im Bürgertum, der Genossenschaftsvorsteher war der politische Feldhauptmann des Generalissimus Lueger. O wie tot, wie mausetot ist Lueger nach wenigen Jahren! Inzwischen haben die Industriellen sich machtvolle Verbände geschaffen, und was wichtiger ist als diese Standesvertretungen, die Industrie hat sich ökonomisch organisiert, sie hat sich sowohl für den Waren- wie für den Arbeitsmarkt koalitiert. Den Warenmarkt zu beherrschen, dienen die Kartelle. Dieses erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ist in Oesterreich die wahre Keimzeit der Kartelle gewesen. Wohl war das Eisenkartell zeitlich vorangegangen, es spriest, zuerst als Kartell der Schienenwalzwerke, schon im Dezember 1878 auf, aber als österreichisch-ungarisches Kartell gefestigt ist es erst seit Mai 1903. Das Kupferdrahtkartell wird 1900 gegründet, das Kartell der Maschinenfabriken 1907, das Emailgeschirrkartell 1905, jenes der Armaturenfabriken 1906, die Spiritusverkaufsvereinigung der landwirtschaftlichen Brennereien 1907, der Verband der Gummifabriken 1904, das Glühlampenkartell 1903 und so fort. Das Jahrzehnt der Kartellgründungen könnte diese Epoche genannt werden: An ihrem Anfang steht der allgemeine Kartellschrecken des Bürgertums, Kartelle gelten den Besitzenden als Erfindungen des Bösen. An ihrem Ende aber sind Kartelle die anerkannte Selbstverständlichkeit — nur noch nicht bei allen: Die Revolution der bürgerlichen Gehirne ist noch nicht perfekt, noch hält man gerne die neue Meinung zurück, man äussert sich unbestimmt oder gar nicht — etwa wie Bienerrth.

Der Kartellorganisation geht die Koalition auf dem Arbeitsmarkt, gegen die Arbeiterschaft, parallel*. Voran ging der im Jahre 1897 begründete Neunkirchner Scharf-

* Siehe dazu: Kaff, Die Unternehmerverbände in Oesterreich. Wien 1908.

macherverband, der aus Anlass des grossen Neunkirchner Streiks entstand. Ihm folgten 1900 in Reichenberg der Verband nordböhmischer Industrieller und andere fünf regionale Verbände. Von da ab bildet der „Bund österreichischer Industrieller“ (besteht seit 1897) den Mittelpunkt für die Bestrebungen der Scharfmacher. Unter seiner Führung findet am 6. April 1906 die konstituierende Sitzung der Hauptstelle der Arbeitgeberorganisationen statt. Der Hauptstelle treten 21 grosse industrielle Vereinigungen bei, ausserdem sämtliche Sektionen des Bundes. Ein nahezu lückenloses Netz von Organisationen legt sich über Oesterreich, in strammer Zentralisation durch die „Hauptstelle“ wird nunmehr der Kampf gegen die Arbeiterbewegung aufgenommen, Fonds zur Unterstützung der Unternehmer bei Ausständen und Aussperrungen, ein Streikreglement, präventive Aussperrungen, schwarze Listen, ein Kataster verdächtiger Arbeiter sind die Mittel in diesem Kriegsplan der Unternehmer gegen das Proletariat. Die Hauptstelle mengt sich in jede Lohnbewegung, auch wenn sie sich gegen Kleinmeister richtet. Der Kleingewerbetreibende, der noch um 1900 den Fabrikanten als Konkurrenten hasste und ihm unter Umständen einen Streik an den Hals wünschte, wenn nur er selbst verschont blieb, sieht jetzt in dem grossen Herrn seinen überlegenen Führer und mächtigen Schutzherrn gegen die eigenen Arbeiter. Stärker bindet der Hass als der Neid trennt!

Das sogenannte Kleingewerbe hat seine ökonomische Selbständigkeit eingebüsst. In den Jahrzehnten seit 1873 hat die Fabrik viele Gewerbe schlechtweg vernichtet (zum Beispiel die Tuchmacher), andere hat sie zu Hörigen der Rohstoffhändler oder der Halbfabrikatenerzeuger gemacht (der ehemalige Handwerker legt bloss die letzte Hand an und ist im Grunde nur Verkäufer), wieder anderen hat der kapitalistische Handel den Weg zur Kundschaft verlegt und sie zu Hörigen des Kaufmannskapitals gemacht (Konfektion, Möbelhändler, Warenmagazine etc.). Laut rebelliert der unabhängige Sinn des ehemaligen Handwerkers in der ganzen Zeit des Ueberganges. Heute aber kann man diesen Wandel zum grössten Teil als vollzogen betrachten, man kann überwiegend, statt von Handwerkern nur mehr von Hilfs- und Kleinindustriellen sprechen, ihre Unselbständigkeit, ihre Kapitalhörigkeit ist bereits gegebene Tatsache und wird für die Betroffenen psychologisch zur „gottgewollten Abhängigkeit“, der rebellische christliche Sozialismus wird zur christlichen Ergebenheit, zur christlichen Spekulation auf „die Gnade des Herrn“, der einen beim Geldverdienen mitnehmen kann, wenn er will.

Unser liebes österreichisches Kleinbürgertum, das immer räsontiert, immer aufgebeht, zeitweise revoltiert hat, ist nicht mehr zu erkennen: Sein politisches Rückgrat ist gebrochen. Im wirtschaftlichen Kampf ist es der Unteroffizier, der Korporal des Grosskapitals geworden, im Lohnkampf insbesondere ist es das Kanonenfutter der Industriellen, das zuerst ins Treffen geschickt und unter Umständen en masse hingeschlachtet wird, um die Arbeiterschaft im Vormarsch zu hindern. Ein psychologischer Umschlag, eine Geistesrevolution von unheimlicher Raschheit! Noch 1895 bis 1900 hat das Kleinbürgertum ökonomisch mit den streikenden Gasarbeitern Wiens, mit den Kohlenarbeitern Ostraus sympathisiert, noch 1905 begleitete es den politischen Wahlrechtskampf der Arbeiter teilweise mit Sympathie. Heute steht es — als Kanonenfutter — in der ersten Front des Kapitals, ohne Ansehen der Konfession und Nation. Freilich, in seiner Masse gibt es sich noch nicht Rechenschaft von dem Wandel, das Massenbewusstsein dieser Schicht ist noch verworren und daher ihre offizielle politische Stellungnahme schwankend.

* * *

Weniger beachtet, aber vielleicht in noch schärferer Ausprägung hat sich die Klassenumschichtung auf dem Lande vollzogen.

Man kann unsere agrarische Entwicklung — etwa von 1873 bis 1900 — kurz so charakterisieren: Die Bauern stehen 1873 noch überwiegend in der Naturalwirtschaft, 1900 ganz in der Geldwirtschaft. Die Grossgrundbesitzer sind 1873 ausschliesslich Landwirte ohne Nebenindustrien und bauen vorwiegend Brotfrüchte, sie haben 1900 die landwirtschaftlichen Nebenindustrien vollkommen entwickelt (Bierbrauereien, Branntweimbrennereien, Zuckerfabriken, Steinbrüche, Holzsägen). Gross- und Kleinbetrieb ist heute

vollständig auf den Markt eingerichtet. Der tagelöhnernde Parzellenbauer, der auf dem Hofe des Grossbauern früher mit der Hand säte und die Frucht mit der Hand drosch, ist ersetzt durch Dresch- und Säemaschine und vom Lande zum Teil abgewandert. Landwirtschaftliche Absatzgenossenschaften (Molkereien, Winzereien und Lagerhäuser) auf der einen Seite, Einkaufsgenossenschaften (für Kunstdünger, Geräte etc.) auf der anderen Seite vermitteln den Verkehr mit dem Warenmarkte, ein durchgebildetes System von Raiffeisenkassen für die Kleinen, von Pfandbriefinstituten für die Grossen stellen den Verkehr mit dem Geldmarkte her. Wo dieser Umschwung heute noch nicht vollendet ist, geht er rapid vor sich*.

In den Jahren nach 1873 ist das Denken der Landwirte auf derlei Dinge nicht gerichtet. Man will die altüberlieferten Besitz- und Betriebsformen gegen den hereinbrechenden Kapitalismus schützen. Freiherr v. Vogelsang, der Begründer der christlich-sozialen Bewegung, inauguriert eine Aera des Bauernschutzes durch Besitzpolitik: die Bauernhöfe sollen in unteilbare Erbgüter verwandelt werden. Diese Erbgüter dürfen nicht verschuldet werden, die bestehenden Hypotheken sind zwangsweise abzulösen (Bodenentschuldung). Die bäuerlichen Grundbesitzungen sind durch Kommassation zu arrondieren. Der abgerundete, unverschuldete, unteilbare Bauernbesitz ist politisch durch Wahlrechte auszuzeichnen. Wie die Handwerker durch Zünfte, so sollen die Bauern durch Zwangskorporationen, durch sogenannte landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, zusammengefasst und zur gemeinsamen Abwehr vor dem mobilen jüdischen Geldkapital geschützt werden und dergleichen mehr. Auf derlei Dinge war das ganze Denken der Landbevölkerung politisch eingerichtet, sie bildeten den Inhalt der staatlichen Agrarpolitik. Manches davon wurde beschlossen und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wurden noch unter Koerber faktisch beschlossen, aber niemals ausgeführt.

Diese 30 Jahre Agrarpolitik waren eine einzige grosse Täuschung, alle diese Massregeln waren zwecklos. Inzwischen gewöhnten sich die Landwirte an Geld- und Kreditverkehr, wurden auf dem Markte heimisch, jeder wirtschaftete mit dem Besitztum, wie er es eben hatte, gestaltete seinen Betrieb mit Hilfe des Hypothekarkredits durch die Maschine um und hatte nichts mehr zu fordern als: billigen Kredit, billige Arbeitskräfte, teure Preise! Und so war im Handumdrehen die feudalklerikale Bodenpolitik, der konservative Agrarsozialismus ersetzt durch die kapitalistische Preispolitik, der Landwirt wurde Agrarier und in diesem Zeichen fanden sich während dieses Jahrzehnts grosse und kleine Grundbesitzer unter der Führung Hohenblums: Hohenblum hat Vogelsang auf der ganzen Linie abgelöst.

Die grossen Grundbesitzer aber waren nunmehr ebensowohl Industrielle als Agrarier. Ihre Fabriken brachten sie in direkte Verbindung mit der reinen Industrie, sie kauften Aktien, setzten sich in den Verwaltungsrat der Gesellschaften und Banken, wie auf der anderen Seite reichgewordene Bankiers und Fabrikanten Güter und Schlösser kauften!

Zur Zeit Vogelsangs, ja bis 1890 standen die grossen Grundherren der Fabrikindustrie noch feindlich gegenüber. Nur um das „mobile“ Kapital in seinem Siegeszug aufzuhalten, waren sie es, unter der Führung eines Prinzen Liechtenstein und eines Grafen Belcredi, welche den Arbeitstag in den Fabriken auf elf Stunden herabsetzten, die Arbeiterversicherung einführen halfen. Diese Zeiten sind vorbei, die Agrarier des Herrenhauses sind heute die entschiedensten Gegner jedes Arbeiterschutzes (Frauennachtarbeit!). Sie sind von allen Illusionen eines feudalen Sozialismus geheilt, nur wissen sie selbst noch nicht, welche Wandlung in ihnen vorgeht.

Diese Klassenumschichtung war schon etwa bis 1900 angebahnt, sie hat sich gerade im letzten Jahrzehnt rapid vollzogen. Der Durchbruch des Agrarkapitalismus in der Bauernschaft ist ein totaler und heute vertritt gerade der mittlere und grosse Landwirt

* Die technischen Fortschritte der Landwirtschaft veranschaulichen folgende Durchschnittsernteerträge in tausenden Meterzentnern:

	1870 bis 1874	1895 bis 1899	1905 bis 1909
Weizen	9.300	11.700	15.500
Roggen	18.700	—	26.000
Gerste	10.600	13.300	16.300
Hafer	13.700	17.600	22.200

in paivster brutalster Form Sinn und Sucht kapitalistischer Ausbeutung, Besitzgier und Arbeiterhass. Seine antikapitalistische Stimmung früherer Jahrzehnte war aus Furcht und Abscheu vor dem Wucher hervorgegangen. Inzwischen hat er durch Raiffeisenkassen nicht nur den Wucher beschränkt, sondern sich mit Geld, Kredit, Börse und Bank prächtig vertraut gemacht. Man beachte nur die Entwicklung der Raiffeisenkassen in einem, dem letzten Jahrzehnt:

Jahr	Anzahl der Kassen	Mitglieder	Geschäfts-	Reserve-	Spar-
			anteile	fonds	einlagen
			Millionen Kronen		
1898	2055	180.124	2.7	1.1	93
1903	4155	443.234	6.1	4.3	283
1908	6627	784.389	9.5	11.6	615

Also eine Verdreifachung der Zahl der Kassen, eine Vervierfachung der Mitglieder und Gelder! Diese Summen werden von Bauern der Landorte verwaltet, Renten und Obligationen werden gekauft und verkauft, Zinsen einkassiert u. s. w.* Der Kurszettel der Börse ist für die Vertrauensmänner der Bauern im Dorf interessant geworden, der „Giftbaum der Börse“ ist zum Baum der Erkenntnis geworden, der biedere Landmann hat den kapitalistischen Sündenfall hinter sich — er ist eben Agrarier geworden. In gleicher Weise wie den Geldmarkt unterwirft er sich den Warenmarkt durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, dessen rasche Entwicklung in den letzten Jahren noch mehr verblüfft**. Von dieser Marktbeherrschung wissen die städtischen Konsumenten genug zu erzählen!

Gegen diese vollendete Kapitalisierung der Landwirtschaft, welche vielleicht die wichtigste Tatsache unseres gesellschaftlichen Lebens ist, erhebt sich erst in der letzten Zeit und ganz schüchtern der Widerstand der Kleinbauern und Landarbeiter, hie und da erstehen Landarbeiterorganisationen und Kleinbauernbünde, ein echter Agrarsozialismus als Klassenbewegung regt sich. Aber er ist ohnmächtig gegen die kapitalistische Solidarität des mittleren Landwirtes mit dem Grossgrundbesitzer.

Und hier schliesst sich der Reigen: Derselbe Grossgrundbesitzer, der als Agrarier mit der Bauernschaft solidarisch fühlt, ist als Brauer, Brenner, Zuckerfabrikant, Steinbruchbesitzer und Aktionär zugleich Fabrikant, Kaufmann und Finanzkapitalist! Er begegnet sich ökonomisch mit den reichgewordenen Industriellen und Bankleuten, die Schlösser kaufen und Gutswirtschaft treiben, mit jenen, welche moralisch über die Masse der Kleinbürger gebieten. Der feudale Grossgrundbesitz — noch vor einem Jahrzehnt Gegenstand allgemeiner Abneigung von Bürger und Bauer, der Gegenpol des allzeit plebeisch denkenden Oesterreichertums — rückt wieder ökonomisch, gesellschaftlich und politisch in den Mittelpunkt der bürgerlichen Gesellschaft!

Die bürgerliche Presse findet in instinktiver Einschätzung gesellschaftlicher Stimmungen täglich wachsenden Gefallen an dem Herrenhaus, das Herrenhaus gruppiert sich um die Rechte und der Führer der Rechten, Graf Thun, taucht aus der Versenkung auf und sieht sich auf einmal im Zentrum politischen Interesses!

Diese wirtschaftliche Neugruppierung in Oesterreich ist freilich nichts Besonderes, sie hat sich ja in anderen Ländern schon früher vollzogen und ist in Deutschland bereits überholt. Aus gewissen Ursachen hat sie bei uns jedoch eigenartige Wirkung.

* Die Kreditgenossenschaften der Gewerbetreibenden haben in derselben Zeit gleichfalls einen mächtigen Aufschwung zu verzeichnen, der das Schwinden alles Hasses gegen das sogenannte „mobile Geldkapital“ erklärt:

Jahr	Anzahl der Vereine	Mitgliederzahl	Geschäftsanteile	Reserve-	Spar-	Bilanz-
				fonds	einlagen	summe
			in Millionen Kronen			
1898	571	325.566	23.800	20.7	364.4	428.6
1903	2332	1,191.141	118.262	73.6	1170.6	1505.9
1908	2681	1,479.047	158.152	93.6	1587.1	2136.0

** Den Fortschritt eines Jahres zeigen folgende Ziffern: Von 1907 auf 1908 sind die Mitgliederzahl von 173.000 auf 199.000, die Geschäftsanteile von 9.4 auf 11.3 Millionen, der Reservefonds von 3.4 auf 6.1, die Spareinlagen von 0.56 auf 3.38, die Jahresbilanz von 76 auf 94 Millionen gestiegen. Unsere Statistik gibt leider nicht die Zahlen auf zehn Jahre zurück.

Das alte Kurienparlament hat sie zunächst überlang verhüllt, hat die Programme des Handwerks und der Bauernschaft alten Stils politisch versteinert und diese Schichten künstlich von Handelskammerwählerschaft und Grossgrundbesitz gesondert. Die Kurienabgeordneten sind in das Volkshaus mit eingezogen und schleppen die abgetane Ideologie noch mit sich, sie reden noch wie anno 1885 und 1890 von Hausierhandel und Bodenentschuldung.

Inzwischen aber hat das allgemeine Wahlrecht plötzlich die modernen Klassen so dargestellt, wie sie sind. Also handeln diese Abgeordneten anders als sie reden und sogar denken. Kläglich zappeln sie in dem Netze unbegriffener Widersprüche. Jede Abstimmung wird ihnen zur Qual, sie fliehen vor jeder parlamentarischen Entscheidung und das Parlament selbst wird ihnen zum Verdruss. Viel reden und nichts tun, um nicht anders zu handeln als zu reden: das ist der Ausweg, den sie wählen und den sie doch zugleich beklagen und schmähen. An sich selbst irre geworden, schieben sie die Aufgabe, das Land zu verwalten, auf die Regierung, die für alles zu sorgen habe. Wollen eine starke Regierung, die aber ja nichts Bestimmtes tun oder verlangen darf, was sie ja selbst zum Beschluss im Abgeordnetenhaus zwänge: Die starke Regierung soll also nur stark an sich, dem Scheine nach sein, das heisst eine reine Administration, objektiv, über den Parteien, kalt und keusch. So ward Bienenrth I bis III: die schwächste, energieloseste, leerste und unkorrekteste Regierung, die Oesterreich jemals besessen hat: Gerade sie schreit man, damit die Komödie vollständig sei, als stark, objektiv, korrekt aus.

Ueberflüssig ist hinzuzufügen, dass die neue Klassenstruktur verhüllt und um den offenen Ausdruck betrogen wird durch die nationalen Kämpfe, die heute mehr als je zur Verhüllung der wirklichen Gegensätze dienen. In ihrer zünftlerisch-ständischen Wirtschaftspolitik bankrott und doch an das überlieferte Schlagwort gebunden, durch das Gleichgewicht industrie- und agrarstaatlicher Interessen auch objektiv genommen zu jeder Wirtschaftspolitik unfähigt, flüchten die Bourgeoisparteien mit geflissentlicher Uebertreibung auf das nationale Kampffeld. Hier schauspielern sie nationalen Hass, den sie nicht mehr empfinden, hier steigert sich ihre Hilflosigkeit zur widerlichsten Heuchelei. In einem Atemzug spielen sie nationale Versöhnung in Prag und nationalen Kampf in Wien und sind doch zugleich ebenso unfähig zum Kampf wie zur Versöhnung. Heute liegen unüberbrückbare Abgründe zwischen ihnen, morgen hocken sie auf einer Ministerbank. Um ja die Wählerschaft über alle wirtschafts-, sozial- und kulturpolitische Entscheidung hinwegzutäuschen und sie darum zu betrügen, haben sie das Blockspiel erfunden: Sie konstruieren nationale Blocks, in denen Industrieller und Agrarier, Pfaffenfeind und Pfaffenknecht sich gegenseitig die Hände binden. Zwei Jahre haben sie sich mit dem Blockspiel amüsiert, bis ihnen das Abschwenken des Polenklubs das Schachbrett umwarf. Heller Zorn packte da die neue „Vereinigte deutsche Linke“, da ihr und der Wählerschaft experimentell erwiesen ward, dass auch diese Politik ergebnislos sein muss: Auch die nationalen Blocks halten sich ja im Parlament die Wage, auch hier das fatale Gleichgewicht, auch hier das Ergebnis: Es ist nichts zu machen!*

Die tatsächlichen Verhältnisse in Oesterreich sind also beschaffen, dass augenblicklich das Alte nicht sterben, das Neue nicht leben kann, dass ein gewisser Gleichgewichtsstand der Klassen und Nationen alle Parteien, die wirtschaftlichen und die nationalen Gruppen, mit ihren überlieferten Programmen festgerannt und unsere Politik stillgesetzt hat. Ist auch die politische Stimmung leicht beweglich wie der Wind, so gibt es politische Erstarrung ebenso wie es Windstille gibt. In dieser Windstille scheint das Regime Bienenrth als ein Etwas, das unerschütterlich festliegt, das stark und stetig ist. Der Schein trägt so, dass es Leute gibt, die wirklich meinen, Bienenrth sei etwas, bedeute etwas, bewirke etwas**. Der Wahrheit entspricht, dass jeder ernste Anstoss ihn beseitigen müsste.

Ist diese Diagnose richtig, so wird ohneweiters verständlich: Nicht versagt hat die Wahlreform, sondern noch nicht ausgewirkt. Sie hat die politisch-ökonomische

* Das nationale Kräfteverhältnis in- und ausserhalb des Parlaments wird hier nur angedeutet, es fordert eingehendere Betrachtung.

** Der tschechischen Oeffentlichkeit wird gar eingeredet, Bienenrth sei eine wahre Gottesgeissel für das tschechische Volk. National gesehen, ist er nur das klägliche Produkt der kläglichen Politik der tschechischen Bourgeoisie, die nur deshalb so erbärmlich sein kann, weil sie von den hierzu Berufenen nicht kritisiert, sondern überboten wird.

Struktur der Völker Oesterreichs in der parlamentarischen Vertretung getreulich wiedergegeben, hat auch die unleugbare Tatsache, dass keine Nation der anderen etwas anhaben kann, im Abgeordnetenhaus durch das Wahlergebnis ausgedrückt. Aber im Bewusstsein der Volksmassen selbst, vor allem der bürgerlichen Welt, von der Presse und den Abgeordneten bis zum Leser und Wähler herab sind die neuen Tatsachen noch nicht registriert. Das Gefühl kapitalistischer Solidarität einerseits, das industriestaatliche Bewusstsein im Gegensatz zum Agrarismus andererseits ist da, aber lange noch nicht zur organisierten öffentlichen Meinung, zur parteibestimmenden Kraft geworden. Nur gezwungen folgen ihm die bürgerlichen Parteien, wenn sie zu ihrem Verdruß von den Sozialdemokraten zur Abstimmung genötigt werden. Noch ist das neue Oesterreich passiv, noch wirkt es bloss als Hemmnis für eine Politik, die überlieferten Vorstellungen nachjagt. Die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme sind veraltet, sie drücken das Neue nicht aus, sie sind passiv, unfähig, ihre bürgerlichen Funktionen zu vollziehen. Eine bürgerliche Partei, welche die neue Situation des kapitalistischen Industriestaates begriffe und sich zu ihm bekennen würde, existiert nicht, und die alten Parteien getrauen sich nicht, die abgetanen Idole des Kleingewerbes offen zu verbrennen, obwohl sie für dasselbe schon gleichgültig geworden sind. Es ist die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, welche das erstgewählte Volkshaus mit Unfruchtbarkeit schlägt! Das Uebel ist durch keinen Minister zu heilen. Und wenn uns der dritte Bienerth auch leiblich entrissen würde, wir bekämen ein Ministerium desselben Geistes mit anderem Namen. Zwecklos ist für uns ein Kampf gegen ein solches Ministerium, das nichts anerkennt als die eigene Verlogenheit. Kampfobjekt müssen heute in erster Linie die bürgerlichen Parteien sein.

Die richtigen Kampfmittel hat uns die bisherige Fraktionspolitik in die Hand gegeben. Der Sozialdemokratische Verband war die einzige Gruppe im Parlament, welche die Wirtschaftspolitik des Industriestaates gegenüber dem Agrarismus mit allen handels- und sozialpolitischen Erfordernissen aufgegriffen und verfochten hat. In keinem Moment hat sie auch die proletarische Klassenpolitik gegen die kapitalistische Gesellschaft versäumt. Aber jeder Abgeordnete, der vom Parlament weg sich an den Tisch von Arbeitern gesetzt hat, die über unsere parlamentarische Tätigkeit sprachen, wird meine Eindrücke bestätigen. Die Arbeiter haben von vielem gehört, wissen vielerlei von unserem Tun und Lassen: aber der klare Ueberblick über Sinn und Inhalt unserer Politik fehlt ihnen. Selbst viele Referenten hängen noch fest an dem Schimmel, den ihnen die Wahlreformkämpfe gegeben, an den Fragen der politischen Demokratie und des Klerikalismus, sie verfehlen das Zentrum unserer heutigen Politik, das wirtschaftlich und sozial ist. In aller Regel aber verkennt man den Gegner, weil die meisten über den inneren Wandel der bürgerlichen Parteien nicht ausreichend orientiert sind. Von unserer Presse wird auch viel zu wenig die kapitalistische Umgestaltung der ehemals kleinbürgerlichen oder Intelligenzparteien aufgezeigt, ihre Klassenstruktur untersucht und dargestellt. In den tausenderlei Nachrichten aus dem Parlament hat der Proletarier die sichere Orientierung über die eigene und die anderen Klassen zum Teile verloren. Dadurch aber hat sich das notwendige, einzig rationelle Verhältnis umgekehrt: die parlamentarische Tätigkeit erscheint nicht als das, was sie einzig und allein sein kann, als konzentrierter Ausdruck der bewussten Aktion einer Klasse, sondern das politische Leben in der Partei besteht in unkritischen Randglossen zur parlamentarischen Aktion, wonach dann am Ende nicht die Fraktion unsere Parteipolitik, sondern die Partei Fraktionspolitik machen würde. Der Mangel an Klassenorientierung, die Verwischung aller Fronten, die Unsicherheit der Direktion und des Zieles, kurz, alle Gebrechen, welche der heutigen bürgerlichen Politik anhaften, belasten zum guten Teil auch uns. Die Erklärung dafür ist ja leicht gegeben: auch wir haben mit den anderen ein neues Verfassungsland besiedelt und dabei ein wenig die Direktion verloren. Scharfe Klassenorientierung tut uns not. Erst diese wird unsere Reihen festigen, die Gegner zusammenführen, die industrielle Bourgeoisie zum Kampfe gegen den Agrarismus vorwärtstreiben und so den Sturm wecken, der die lähmende politische Windstille bricht.

Otto Bauer: Schlusswort zur Minoritätenfrage

Mit der Diskussion über die Frage der Minoritätsschulen, die ich im Oktoberheft des dritten Jahrganges des „Kampf“ eingeleitet habe, haben wir überraschende Erfahrungen gemacht. An sich ist ja die Diskussion nicht ergebnislos geblieben. Ich hatte gefordert, dass für die nationalen Minderheiten besondere Schulen geschaffen werden sollen, deren Unterrichtssprache die Sprache der Minderheit sein müsse, an denen aber auch die Sprache der Mehrheit als Unterrichtsgegenstand gelehrt, auf der höheren Unterrichtsstufe bei dem Unterricht einiger Lehrgegenstände auch als Unterrichtssprache gebraucht werden solle. Diese Forderung ist zunächst auf den Widerstand einzelner deutscher Genossen gestossen: Hartmann, Prachensky, Wesely haben sie bekämpft. Dagegen haben sich der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten (durch Adlers Budgetrede am 16. Juni 1910) und das Zentralorgan der deutschen Partei (in den Artikeln vom 1. Juli und 21. August 1910) meiner Forderung angeschlossen, die auch von den Genossen Renner, Seliger, Wissiak und Pistiner unterstützt wurde. Auch im tschechischen Lager wurde sie unterstützt: Tomášek, Meissner, Hudec erklärten, sie seien damit einverstanden, dass an den tschechischen Minoritätsschulen auch die deutsche Sprache gelehrt werden solle*. Es schien so eine Verständigung über eine nicht unwichtige Frage unseres Nationalitätenprogramms erzielt. Trotzdem hat gerade diese Diskussion unseren tschechischen Genossen den Anlass gegeben, die heftigsten Angriffe gegen die deutsche Partei zu richten. Wir hatten nämlich unsere Forderung, dass an den Minoritätsschulen auch die Sprache der Mehrheit gelehrt werden solle, damit begründet, dass die Minoritätsschulen dem Zwecke angepasst werden müssten, die Angleichung der Minderheit an die Mehrheit des Wohnortes, die nationale Assimilation zwar nicht zu erzwingen, aber auch nicht zu verhindern. Ueber diese Begründung waren und sind nun die tschechischen Genossen sehr böse. Damit sei zugestanden, dass wir die tschechischen Minoritäten im deutschen Gebiet germanisieren wollen, und dieser Wunsch sei mit dem Geiste des sozialdemokratischen Programms nicht vereinbar; er sei, wie eine Versammlung der tschechischen Genossen in Deutschböhmen erklärte, „kulturwidrig und unsozialistisch“. Dass unser Schulprogramm auch nach ihrer Ansicht berechtigt ist, dünkt unseren tschechischen Genossen unwichtig; die Begründung bezeuge unsere böse Absicht! Der gewerkschaftliche Separatismus bemächtigte sich natürlich sofort des Arguments: Können die tschechischen Arbeiter Organisationen angehören, deren letzter Zweck ihre Germanisierung ist? So wurden die Angriffe der tschechischen Separatisten gegen uns immer heftiger. „Die deutschen Genossen meinen, dass der deutsche Kapitalist die tschechischen Arbeiter ernährt und dass diese dafür verpflichtet sind, ihm mit ihrer Arbeitskraft auch ihre Nationalität zu verkaufen“ — in solcher Weise wurde unsere Ansicht über das Minoritätenproblem den tschechischen Arbeitern dargestellt**. So endete der Versuch, über eine wichtige Frage unseres Nationalitätenprogramms eine Verständigung herbeizuführen, mit einem Verleumdungsfeldzug gegen die deutsche Sozialdemokratie.

Wir wollen heute zunächst noch einmal den Versuch unternehmen, die Assimilationslegende unserer tschechischen Genossen zu widerlegen. Ueberdies aber gilt es, für uns selbst, für die deutsche Sozialdemokratie, den rechten Schluss aus den Erfahrungen dieser Diskussion zu ziehen.

Wo abgesplitterte Volksteile im Gebiet eines fremden Volkes leben, das eine andere Sprache spricht und einem anderen Kulturkreis angehört, sind Reibungen unvermeidlich, die in der Minderheit das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit entwickeln und ihr Nationalgefühl, ihre nationale Empfindlichkeit stärken. Die vom Nationalbewusstsein schwächer erfassten Angehörigen der nationalen Minderheit fühlen sich von der

* Vergleiche die Artikel von Bauer, Hartmann, Wissiak, Tomášek, Pistiner, Wesely, Prachensky, Renner im dritten, von Meissner und Seliger im vierten Jahrgang des „Kampf“; ferner Hudec' Erklärung für den deutschen Unterricht an tschechischen Schulen im „Právo lidu“ vom 13. Jänner 1911.

** Wir entnehmen den Satz einer Rede, die Genosse Němec am 6. November in Dux gehalten hat. („Právo lidu“ vom 7. November 1910.) Der Satz ist in viele Reden und Artikel anderer Vertreter der separatistischen Richtung übergegangen.

Mehrheit angezogen und werden allmählich von ihr aufgesaugt; übrig bleiben nur diejenigen, in denen Nationalbewusstsein und Nationalgefühl stark entwickelt sind. So vollzieht sich in dem Prozess der Selbsterhaltung der Minorität eine Auslese der Nationalbewussten. Daher sind nationale Minderheiten fast immer von starkem Nationalgefühl erfüllt.

Noch stärker entwickelt sich der Nationalismus der Minderheit, wo mit dem nationalen Gegensatz ein sozialer, ein Klassengegensatz verknüpft ist. So bei den Deutschen in Livland, bei den Polen in der Ukraina, die als Grundherren über einer Bauernmasse anderer Nationalität sitzen; so bei den Juden, Griechen und Armeniern im Osten, die als Händler und Wucherer mitten zwischen Bauern und Handwerkern anderer Nationalität leben; so bei den Deutschen im tschechischen Teile Böhmens und Mährens, bei den Wallonen im flämischen Gebiet Belgiens, die die Bourgeoisie in Gebieten darstellen, deren Arbeiter, Kleinbürger, Bauern einer anderen Nation angehören. Den stärksten Antrieb aber muss der Nationalismus natürlich dort empfangen, wo die Minorität nicht in der Rolle der privilegierten und ausbeutenden, sondern in der Stellung der geknechteten und ausgebeuteten Klasse lebt. Hier zieht der Nationalismus aus dem Hasse des Ausgebeuteten gegen den Ausbeuter seine Nahrung. In dieser Lage befinden sich die proletarischen tschechischen Minoritäten in den deutschen Gebieten der Sudetenländer und in Wien.

Deutschen Fabrikanten, deutschen Hausbesitzern, deutschen Kaufleuten, deutschen Beamten steht hier der tschechische Arbeiter gegenüber. Sein Hass gegen den sozialen Gegner wird hier zum Hass gegen das Deutschtum. Und wenn der Staat ihm Schulen verweigert, in denen seine Sprache gelehrt wird, wenn die Staatsorgane zu ihm in einer Sprache sprechen, die ihm nicht vertraut ist, dann erscheint ihm diese Ordnung des Sprachenrechtes als eine besonders anschauliche, besonders empörende Aeusserung des Klassenrechtes, dem ihn der Klassenstaat unterwirft.

Von dem Klassenrecht appelliert der tschechische Arbeiter an sein Menschenrecht, sein Naturrecht. Hat er nicht ebenso wie der deutsche Bourgeois das Recht, Schulen mit seiner Sprache, Beamte, die seine Sprache sprechen, zu verlangen? Er ist nicht freiwillig in deutsches Gebiet gezogen. Hat der Kapitalismus ihn gezwungen, im deutschen Lande sein täglich Brot zu suchen, so mag er ihm auch hier geben, was er zum Leben, zum Leben als Tscheche braucht, so mag er ihm auch hier die Möglichkeit schaffen, sich seine Nationalität zu erhalten. So entwickelt sich im Bewusstsein des tschechischen Arbeiters die Vorstellung eines nationalen Naturrechts. Mehrheit und Minderheit sind gleichberechtigt. Jedermann hat das Recht, sich seine Nationalität zu erhalten und vom Staate die zur Erhaltung seiner Nationalität notwendigen Institutionen zu fordern, wo immer er seinen Erwerb sucht — so lautet das erste Gesetz des nationalen Naturrechts. Im Kampfe der Minorität um ihre Selbsterhaltung erweitert sich das nationale Recht zur nationalen Pflicht: Jedermann hat die Pflicht, seiner Nation treu zu bleiben. Wer zur Mehrheit übergeht, sich ihr angleicht, ist, was immer ihn dazu bewege, ein Verräter, ein verächtlicher Renegat. Aus dem individuellen Naturrecht wird nun das kollektive: die Nation als Ganzes hat das Recht, sich alle ihre Volksgenossen bis zum letzten Kinde zu erhalten!

Diese Vorstellungen, aus den Daseinsbedingungen proletarischer Minderheiten erwachsen, sind auch in die Ideologie der tschechischen Sozialdemokratie übergegangen. In zahlreichen Reden und Artikeln wiederholt, erscheinen sie heute unseren tschechischen Genossen als ein wesentlicher Bestandteil der sozialistischen Gedankenwelt. Unter ähnlichen Umständen wie nach Marx die naturrechtlichen Ideen überhaupt, hat hier die Idee des nationalen Naturrechts die „Festigkeit eines Volksvorurteils“* erlangt. Diesem volkstümlichen Vorurteil erscheint jede andere als die ethisch-naturrechtliche Betrachtungsweise nationaler Probleme als „kulturwidrig und unsozialistisch“.

Aber wie Marx uns gelehrt hat, die „ewigen Wahrheiten“ der Freiheit und Gleichheit, der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung, der Menschen- und der Bürgerrechte als „Volksvorurteile“ zu erkennen, zu denen sich die Interessen bestimmter Klassen auf

* Marx, „Das Kapital“. I. 4. Auflage, S. 26; Engels, Anti-Dühring, S. 105.

bestimmten Entwicklungsstufen der bürgerlichen Gesellschaft verdichten, so können wir auch in dem nationalen Naturrecht unserer tschechischen Genossen nicht mehr als ein „Volksvorurteil“ erblicken, dessen Entstehung aus den Daseinsbedingungen proletarischer Minderheiten leicht zu erklären ist, das aber vor dem Richterstuhl des historischen Materialismus ebensowenig bestehen kann wie das Naturrecht überhaupt.

Ein tschechischer Arbeiter landet an der Küste Amerikas. In der neuen Heimat begegnet er auf der Strasse, im Geschäftsladen, in der Werkstätte, im geselligen Verkehr Nachkommen aller Nationen Europas. Er muss die englische Sprache erlernen, um sich mit Nachbarn und Arbeitskollegen verständigen zu können. Beherrscht er erst die Sprache des Landes, dann wird er durch sie von allen Schicksalen, von der eigenartigen Kulturentwicklung des Landes beeinflusst. Er wird allmählich zum Yankee. Das ist nationale Assimilation. Niemand wird leugnen, dass sie für die überwiegende Mehrheit der in die Vereinigten Staaten einwandernden Arbeiter zwingende Notwendigkeit, unvermeidliche Wirkung jenes ökonomischen Prozesses ist, der sie aus ihrer früheren Heimat in die grosse Republik jenseits des Ozeans geführt hat.

Die Nation ist weder eine starre Substanz, als deren Modi die einzelnen Volksgenossen erscheinen, noch ein romantischer Volksgeist, der in den einzelnen Volksgenossen in Erscheinung tritt, sie ist vielmehr Schicksals-, Kultur-, Verkehrsgemeinschaft, also ein Komplex sozialer Beziehungen. Die Auswanderung bewirkt, dass der Auswanderer aus einer Schicksals-, Kultur-, Verkehrsgemeinschaft austritt und einer anderen sich eingliedert. Die Bande, die ihn mit der einen Nation verknüpfen, werden zerrissen, zu einer anderen Nation neue Bande geknüpft. Die Erlernung der Sprache der neuen Heimat ist nur das Mittel, durch das die neue Verkehrsgemeinschaft hergestellt wird. Indem der Kapitalismus den Bauernsohn in einen Proletarier verwandelt und den Proletarier zur Auswanderung in ein fremdes Land zwingt, reisst er ihn von seiner früheren Gemeinschaft, seiner Mutternation los und führt ihn in eine neue Gemeinschaft, die Adoptivnation ein. Die nationale Assimilation ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung der ökonomischen Umwälzung — so unvermeidlich wie ihre unmittelbare Ursache, die proletarische Wanderbewegung selbst.

Diese Wirkung tritt nicht nur bei überseeischen Wanderungen ein. Der tschechische Schneider, der sich in Triest dauernd niederlässt, ist in derselben Lage wie der tschechische Bergarbeiter in Pennsylvanien, obwohl er die Grenzen seines Vaterlandes nicht überschritten hat. Er ist aus der Verkehrsgemeinschaft mit seinen tschechischen Stammesgenossen ausgeschieden und in eine Verkehrsgemeinschaft mit Italienern eingetreten. Seine Kinder werden Italiener sein, wie immer das Schul- und das Sprachenrecht geregelt sein mag.

Anders der tschechische Bergarbeiter im böhmischen Braunkohlengebiet. Er lebt hier im Kreise einer zahlreichen tschechischen Minderheit, die, so oft sie auch durch Absplitterung einzelner geschwächt werden mag, doch immer wieder durch Zuzug aus dem tschechischen Gebiet gestärkt wird. Hier bleibt der Einwanderer in einer tschechischen Verkehrsgemeinschaft und ist dadurch vor der Assimilation geschützt.

Aber nicht nur von der Volkszahl der Minderheit hängt die Kraft ihrer Selbsterhaltung ab, sondern auch von ihrem Kulturniveau. Je höher es steigt, desto mehr kann die räumliche Trennung vom Sprachgebiet der eigenen Nation aufgewogen werden durch die geistigen Bande, die die Minderheit mit ihm verknüpfen, durch den geistigen Verkehr, den die Zeitung und das Buch vermitteln.

So hängt also die Fähigkeit einer Minderheit, sich ihre Nationalität zu bewahren, von wirtschaftlichen Tatsachen ab. Denn wirtschaftliche Tatsachen bestimmen die Grösse des Zuzugs aus dem eigenen Sprachgebiet, der die Minorität stärkt, und das Kulturniveau ihrer Angehörigen, von dem ihr nationales Beharrungsvermögen abhängt. Die Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse entscheidet darüber, welche Minderheiten jede Nation sich zu erhalten vermag und welche nicht.

Sesshafte Kleinbürger und Bauern erhalten sich ihre Nationalität Jahrtausende hindurch. Proletarier, die der Kapitalismus aus einem Sprachgebiet ins andere jagt, sind der Anziehungskraft der Verkehrsgemeinschaften, in die sie eintreten, ausgesetzt. Das

nationale Naturrecht unserer tschechischen Genossen ist eine kleinbürgerliche Utopie.

Der utopiische Sozialismus hat seine Forderungen ethisch-naturrechtlich begründet, — die Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung, das Recht auf den vollen Arbeitsertrag waren seine Schlagworte. Der wissenschaftliche Sozialismus hat sie aus seinem Sprachschatz verbannt; er beruft sich auf die wissenschaftliche Erkenntnis der tatsächlichen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft. So lehnen auch wir es ab, die Frage der Minoritäten ethisch-naturrechtlich zu behandeln; wir untersuchen vielmehr, unter welchen objektiven Bedingungen die Minoritäten fähig sind, sich ihre Nationalität zu erhalten, unter welchen sie von der Mehrheit assimiliert werden. Nicht auf unser Wünschen und Wollen, sondern auf die wirtschaftlich bestimmten objektiven Daseinsbedingungen der Minoritäten kommt es an. Indem wir das Pathos des natürlichen Rechtes auf die Erhaltung der Nationalität ersetzen durch die Untersuchung der Bedingungen, unter denen sich die nationale Assimilation vollzieht, und jener, unter denen sie nicht erfolgt, haben wir auch auf diesem Gebiet den Weg von der Utopie zur Wissenschaft zurückgelegt.

Das Misstrauen gegen naturrechtliche Argumente ist dem modernen, von Marx und Engels begründeten Sozialismus angeboren. Auch einzelne tschechische Genossen haben daher Versuche unternommen, sich von dieser Argumentationsweise zu befreien. So auch Genosse Dr. Meissner in seinem Aufsatz im Novemberheft des „Kampf“.

Genosse Dr. Meissner fragt: Hängt die wirtschaftliche Lage des einzelnen Arbeiters von seiner Nationalität ab? Antwort: Nein. Hängt sie von seiner Sprachenkenntnis ab? Antwort: Ja. Der tschechische Arbeiter soll also die deutsche Sprache erlernen, er soll aber seine Nationalität nicht abstreifen.

Es scheint mir, dass diese Argumentation nicht eben einwandfrei ist. Zunächst ist es keineswegs gewiss, dass der Arbeiter, der in einer fremden Stadt seine Nationalität sich bewahrt, keinen Schaden leidet, wenn er nur die Sprache der Mehrheit erlernt. Ich fürchte, dass er selbst dann, wenn er nicht wirtschaftlich geschädigt wird, doch als Kulturmensch Schaden nimmt, da er sich von dem reichen Leben der Mehrheit, von den grossen Kämpfen des Gemeinwesens ausschliesst und sich in dem engen Pferch einer entwurzelten Minorität bewegt. Wie sehr selbst die Besten unter solchen Daseinsbedingungen leiden, beweist vielleicht am anschaulichsten die Geschichte der politischen Emigration. Aber angenommen, dass das Interesse des einzelnen Arbeiters von der Zugehörigkeit zu der oder jener Nation nicht berührt wird, so ist doppelt erstaunlich, dass Meissner gerade aus der Gleichgültigkeit der Nationalität den Schluss zieht, der Arbeiter solle seine Nationalität ja nicht abstreifen, er dürfe ja nicht einer anderen Nation eingegliedert werden!

Ich weiss nicht, ob Genosse Meissner glaubt, mit seiner Argumentation, die von dem wirtschaftlichen Interesse des einzelnen Arbeiters ausgeht, den Boden des Marxismus betreten zu haben. Sollte dies der Fall sein, dann hat Meissner — wie übrigens viele vor ihm — den historischen Materialismus mit dem individualistischen Utilitarismus verwechselt. Dieser fragt: Was sollen wir tun, damit der einzelne möglichst gut lebe? Jener untersucht, wohin die ökonomische Entwicklung die Menschen treibt — eine Entwicklung, die bekanntlich nicht immer dem Vorteil jedes einzelnen dient. Nicht auf Marx, sondern auf Bentham weist Meissners Methode zurück.

Genosse Meissner fragt, ob das Interesse des einzelnen von seiner Nationalität abhängig sei. Ei freilich! Wahrscheinlich würde es jedem Individuum am besten ergehen, wenn die ganze Menschheit eine einzige Nation bilden würde — ein Schluss, den der rationalistische Utilitarismus in der Tat oft gezogen hat. Nur wissen wir, dass dieser Wunsch heute ganz eitel ist: die soziale Entwicklung treibt heute nicht zur Verschmelzung, sondern zur Differenzierung der Nationen. Genosse Meissner meint, der Lohn des Arbeiters sei nicht höher noch niedriger, ob er nun Tscheche bleibt oder Deutscher wird. Aber die ökonomische Entwicklung kümmert sich um diese Berechnungen nicht; sie bewirkt, dass viele Minoritäten der nationalen Assimilation erliegen, während andere, durch fortwährenden Zuzug ihrer Volksgenossen gestärkt, durch den kulturellen Aufstieg der Arbeiter gekräftigt, sich erhalten und entwickeln. Genosse Meissner wünscht, dass die tschechischen

Arbeiter die deutsche Sprache erlernen, dass sie aber trotzdem Tschechen bleiben; aber gerade die Kenntnis der deutschen Sprache bringt den tschechischen Arbeiter der deutschen Verkehrsgemeinschaft näher, sie erleichtert die Assimilation! Ob der einzelne Arbeiter nun Tscheche bleibt oder Deutscher wird, hängt von allen Zufällen seines Lebens, von seinen äusseren Lebensbedingungen ab. Davon zum Beispiel, ob er ein tschechisches oder ein deutsches Mädchen heiratet, ob in der Fabrik, in die die Not der Arbeitsuche ihn treibt, Tschechen oder Deutsche arbeiten, ob er in dem Stadtviertel, in das die Wohnungsnot ihn drängt, tschechischen oder deutschen Umgang findet. Die Kompliziertheit der sozialen Beziehungen, die der historische Materialismus beschreibt, kann der individualistische Utilitarismus nicht meistern.

Es ist uns übrigens in dieser Diskussion neben dem individualistischen auch ein kollektivistischer Utilitarismus begegnet. Er geht nicht vom Interesse des einzelnen, sondern von dem des Gemeinwesens aus. Auf diesem Boden stehend, haben Hartmann, Wesely, Prachensky bewiesen, dass so manches Hemmnis der sozialen Entwicklung beseitigt wird, wenn alle nationalen Minderheiten möglichst schnell assimiliert werden. Aber der kollektivistische Utilitarismus Hartmanns bringt uns nicht weiter als der individualistische Utilitarismus Meissners. Wo eine Minorität durch regelmässigen starken Zuzug aus ihrem Sprachgebiet erhalten und gefestigt wird, bleibt die nationale Assimilation beschränkt, mag das Interesse der Gesamtheit sie noch so sehr erfordern; wo der Zuzug nicht stark genug ist, der Anziehungskraft der Mehrheit entgegenzuwirken, wird die Minorität assimiliert, mag auch die wirtschaftliche Lage des einzelnen dadurch nicht gebessert werden.

Wovon hängt das Schicksal der tschechischen Minorität in Wien ab? Wenn im tschechischen Sprachgebiet in Böhmen und in Mähren die Geburtenzahl schnell sinkt und wenn diese Gebiete zugleich schnell industrialisiert werden, dann wird der tschechische Zuzug nach Wien allmählich kleiner werden. In diesem Falle ist die tschechische Minorität in Wien verloren, ihre Assimilierung durch die deutsche Mehrheit ist unvermeidlich. Daran würde die Errichtung öffentlicher tschechischer Schulen in Wien nichts ändern. Die tschechische Schule schützt den, der in deutscher Umgebung zu leben und mit Deutschen zu verkehren gezwungen ist, durchaus nicht vor der Assimilation. Die meisten Tschechen, die heute in Wien assimiliert werden, sind erst nach Vollendung des vierzehnten Lebensjahres nach Wien eingewandert, nachdem sie vorher in ihrer tschechischen Heimat eine tschechische Schule besucht hatten! Umgekehrt wird dagegen, wenn die Industrialisierung des tschechischen Sprachgebietes langsam vor sich geht, so dass die tschechische Industrie den tschechischen Bevölkerungszuwachs nicht aufzusaugen vermag, die tschechische Minderheit in Wien, durch jährlichen Zuzug gestärkt, wachsen und sich entwickeln, und zwar auch dann, wenn keine tschechischen Schulen in Wien errichtet werden. Denn wer im Hause, in der Werkstätte, am Gasthaustische nur mit Tschechen verkehrt, bleibt ein Tscheche, mag er auch eine deutsche Schule besucht haben. Das Schicksal der tschechischen Minderheit in Wien hängt also nur von wirtschaftlichen Tatsachen ab: von der Geburtenzahl und von der industriellen Entwicklung in den tschechischen Gebieten Böhmens und Mährens. Weder das naturrechtliche „Volksvurteil“ unserer tschechischen Genossen, noch die utilitaristischen Kalkulationen Meissners auf der einen, Hartmanns auf der anderen Seite können an dieser Tatsache irgend etwas ändern. Ob wir uns der Assimilation freuen oder sie beklagen, ist gleichgültig; ob und in welchem Umfang sie erfolgt, hängt ausschliesslich von wirtschaftlichen Tatsachen ab, die sich unserem Einfluss entziehen. Sowohl die ethisch-naturrechtlichen Deklamationen als auch die utilitaristischen Kalkulationen versinken in nichts, wenn wir es lernen, auch die nationalen Probleme im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung zu sehen.

Aus dieser Erkenntnis nun müssen wir unsere politischen Folgerungen ziehen. Da ist nun zunächst eine Forderung unbestritten: Wo die ökonomischen Bedingungen der Assimilation nicht gegeben sind, ist jeder Versuch, sie durch Gewalttätigkeit oder durch Rechtsverweigerung zu erzwingen, abzulehnen.

Was soll aber dort geschehen, wo die ökonomischen Bedingungen der Assimilation gegeben sind? Sollen wir dort der Assimilation hindernd in den Weg treten?

Das hiesse in der Tat eine kleinbürgerliche Politik treiben, die auf dem Boden des Kapitalismus die Wirkungen des Kapitalismus aufheben zu können glaubt — die Politik des Zünftlers, der das Handwerk immer noch „retten“ will, mag es auch durch die ehernen Gesetze des Kapitalismus mitleidlos zum Tode verurteilt sein. Eine solche Politik wäre unmarxistisch, unsozialistisch. Sie würde den unvermeidlichen Prozess der Assimilation nicht verhindern, ihn aber für die betroffenen Individuen nur langwieriger, schwerer, schmerzhafter gestalten. Wo die ökonomischen Bedingungen der Assimilation gegeben sind, ist jeder Versuch, sie zu hindern, abzulehnen.

Noch im Jahre 1852 hat Karl Marx von den Tschechen und Slowenen geschrieben: „Es ist das natürliche und unvermeidliche Schicksal dieser sterbenden Nationen, den Prozess der Auflösung und Aufsaugung durch ihre stärkeren Nachbarn sich vollenden zu lassen“*. Die Geschichte hat nun freilich Marx widerlegt: in ihrem geschlossenen Sprachgebiet haben sich diese Nationen erhalten und werden sie sich erhalten, und auch ein Teil ihrer Minderheiten im deutschen Gebiete ist lebensfähig. Aber was von den ganzen Nationen nicht gilt, gilt doch von einzelnen abgesplitterten Volksteilen: es ist gewiss das „unvermeidliche Schicksal“ vieler Minoritäten aller Nationen, „den Prozess der Auflösung und Aufsaugung durch ihre stärkeren Nachbarn sich vollenden zu lassen“. Wo eine ganze Nation — wie nach Marxens Ansicht die Tschechen, nach unserer Ansicht zum Beispiel die Juden — oder einzelne Volkssplitter, — wie viele tschechische Minderheiten im deutschen, viele deutsche Minderheiten im tschechischen Gebiete — durch die ökonomische Entwicklung zum Untergange verurteilt sind, dort ist es kleinbürgerlich, reaktionär, utopistisch, sich dieser unvermeidlichen Entwicklung zu widersetzen.

Wir sehen vor uns tschechische Kinder in einer deutschen Stadt. Was muss ihnen die Schule geben? Wir wissen, es hängt nicht von unseren Wünschen, auch nicht von der Schule, sondern von den wirtschaftlichen Daseinsbedingungen dieser Kinder auf ihrem späteren Lebenswege ab, ob sie Tschechen bleiben oder Deutsche werden. Die Schule kann nicht voraussehen, in welchen Umständen die Kinder später leben werden; sie soll sie für jeden der beiden Fälle, sowohl für den Fall, dass ihr Lebensschicksal sie der nationalen Assimilation unterwirft, als auch für den anderen Fall, dass ihre Daseinsbedingungen sie der Mutternation erhalten, möglichst gut ausrüsten. Darum fordern wir Schulen, die die Assimilation weder erzwingen noch verhindern. Diese Forderung ist ganz unmittelbar in der historisch-materialistischen Auffassung nationaler Probleme begründet. Weil wir wissen, dass die Nationalität des einzelnen nichts anderes als ein Niederschlag wirtschaftlich bedingter sozialer Beziehungen ist, darum fordern wir Schulen, die es den Kindern der Minoritäten erleichtern sollen, sich der Nation, welche immer es sei, einzugliedern, mit der die wirtschaftliche Entwicklung sie verknüpft. Meissners Unterstellung, in unserem Schulprogramm seien geheime Germanisationswünsche versteckt, bricht damit von selbst zusammen.

Aber noch bleibt den tschechischen Genossen ein Argument: sie haben bemerkt, dass wir darüber gar nicht böse sind, wenn in Wien oder in Deutschböhmen ein tschechischer Proletarier im friedlichen Verkehr mit deutschen Klassengenossen allmählich zum Deutschen wird. Die nationale Assimilation sei also doch nicht nur eine Tatsache, die wir feststellen und erklären, sondern ein Ziel, das wir zu erreichen wünschten. Damit seien wir als Germanisatoren entlarvt. „Die deutschen Genossen wollen die Minoritäten assimilieren, die tschechischen Sozialdemokraten wollen sie schützen und erhalten“ — dies sei der Gegensatz zwischen uns.

Wünschen und wollen wir, dass der Kapitalismus das Handwerk zugrunderichte? Nein! Wir stellen nur fest, dass er es tut. Die einen von uns mögen den Untergang des Handwerks, diesen Prozess beklagen, in dem Hunderttausende in langem hoffnungslosen Kampfe mit ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit auch ihre Gesundheit und ihre Lebensfreude verlieren, mögen seine traurige Geschichte als einen Anklageakt gegen den Kapitalismus formulieren. Die anderen unter uns mögen sich der Ergebnisse dieses

* Marx, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“. Stuttgart 1896. Seite 99.

Prozesses freuen: der Tatsache, dass der Grossbetrieb uns den technischen Fortschritt bringt, dass in ihm dem kämpfenden Proletariat weit günstigere Kampfbedingungen gegeben sind als im Kleinbetrieb des Handwerkers, dass er uns näher bringt der Verwirklichung unseres letzten Zieles. Aber ob wir uns nun dieses Prozesses freuen oder ihn beklagen, ist gleichgültig. Er vollzieht sich unaufhaltsam, von unseren Wünschen unbeeinflusst. In welcher Stimmung wir ihn betrachten mögen, sind wir doch einig darin, dass wir ihm nicht wie die Zünftler entgegentreten dürfen, dass wir diesen Prozess der Auflösung und Aufsaugung sich vollenden lassen müssen.

Wünschen und wollen wir, dass die kapitalistische Entwicklung die Minoritäten assimiliert? Nein! Wir stellen nur fest, dass sie es unter bestimmten Bedingungen tut. Die einen von uns mögen diesen Prozess, in dem eine kleine Nation viele Tausende ihrer besten Söhne verliert, beklagen. Die anderen unter uns mögen sich der Ergebnisse dieses Prozesses freuen: der Tatsache, dass die Entwicklung die Arbeiter verschiedener Abstammung einander näher bringt, die Schranken, die die Verschiedenheit der Sprache und Kultur zwischen ihnen aufgerichtet hat, niederreisst, indem sie die Minderheit der Mehrheit assimiliert. Aber ob wir uns dieses Prozesses freuen oder ihn beklagen, ist gleichgültig. Er vollzieht sich unaufhaltsam, von unseren Wünschen unbeeinflusst. In welcher Stimmung wir ihn betrachten mögen, müssen wir doch darin einig sein, dass wir ihm nicht wie die Kleinbürger entgegentreten dürfen, dass wir diesen Prozess der Auflösung und Aufsaugung, wo immer seine ökonomischen Bedingungen gegeben sind, sich vollenden lassen müssen.

Darum müssen wir zwar gewiss jede Vergewaltigung, jede Entrechtung der nationalen Minderheiten bekämpfen. Wo aber die nationale Assimilation sich im friedlichen Verkehr freiwillig vollzieht, wo sie nicht Unterwerfung unter das fremde Kapital, sondern Angleichung an die eigenen Klassengenossen bedeutet, dort kann es nicht unsere Sache sein, ihr entgegenzutreten. Die tschechischen Sozialdemokraten tun das. Tomášek, Meissner, Hudec erkennen zwar die Nützlichkeit des deutschen Unterrichts in den tschechischen Schulen theoretisch an, aber in der Praxis bekämpft die tschechische Sozialdemokratie die zweisprachigen Schulen in Schlesien, sie agitiert in jedem Jahre zur Zeit des Schulbeginnes gegen die Gewohnheit der tschechischen Arbeiter, ihre Kinder während eines Teiles der Schulzeit in deutsche Schulen zu schicken, damit sie auch die deutsche Sprache erlernen, sie stimmt der lex Perek zu, die den tschechischen Arbeiterkindern in Mähren den Besuch deutscher Schulen geradezu verbietet, sie bekämpft nicht etwa nur die gewalttätige Unterdrückung der Minoritäten, sondern auch die freiwillige Assimilation im friedlichen Verkehr, sie stellt jeden Tschechen, der in einer deutschen Stadt allmählich zum Deutschen geworden ist, als einen verabscheuungswürdigen „Renegaten“ hin. All das mag vom nationalen Standpunkt aus begreiflich erscheinen: ist es doch heute ein bei allen Nationen verbreitetes „Volksvorurteil“, dass die Nation geschwächt wird, wenn ein noch so kleiner Teil ihrer Volksgenossen zu einer anderen Nation übergeht. Den Interessen der Arbeiterklasse aber dient diese Politik unserer tschechischen Genossen nicht: denn dem Arbeiter, der durch die von seinem und unserem Willen unabhängigen ökonomischen Bedingungen seines Lebens in die Verkehrsgemeinschaft einer anderen Nation gezogen wird, fügen wir schweren Schaden zu, wenn wir ihm die unvermeidliche Anpassung an die neue Gemeinschaft erschweren. Diese Politik betreiben unsere tschechischen Genossen nicht als Arbeiter, sondern als Tschechen; es ist eine Politik, die die wirklichen Interessen vieler Arbeiter dem vermeintlichen Interesse der Nation opfert. Es ist unsere Pflicht, eine solche Politik nicht nur nicht zu unterstützen, sondern sie offen zu bekämpfen. Wir müssen selbstverständlich jedem entgegentreten, der die tschechischen Minderheiten zur Assimilation zwingen will. Aber wir würden wirklich „kulturwidrig und unsozialistisch“ handeln, wenn wir die tschechischen Arbeiter auch dann von uns stossen wollten, wenn sie sich freiwillig in friedlichem Verkehr uns annähern und angleichen. Wir wollen den tschechischen Arbeitern im deutschen Gebiet Schulen schaffen, die es ihren Kindern erleichtern, in enger Beziehung zu der tschechischen Kultur zu bleiben; aber wir wünschen nicht, dass ihre Kinder Schulen besuchen, in denen sie die Sprache der Mehrheit nicht erlernen — Schulen, die die

Scheidewand der Sprache zwischen Arbeitern aufrichten, die in derselben Gemeinde, in derselben Fabrik ihren Kampf gemeinsam führen müssen. Wer den nationalen Problemen nicht mit dem „Volksvorurteil“ des nationalen Naturrechts gegenübertritt, sondern im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung ihre Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung erkennt, muss mit uns Institutionen fordern, die den Minoritäten ihre Anpassung an ihre Daseinsbedingungen erleichtern: die es ihnen erleichtern, ihrer Mutternation treu zu bleiben, wenn die ökonomische Entwicklung ihnen dies gestattet, es ihnen aber auch nicht erschweren, zu der anderen Nation überzugehen, wenn die ökonomische Entwicklung sie dazu zwingt.

Es gibt im deutschen Gebiet zweierlei Tschechen: solche, die Tschechen bleiben können und wollen, und solche, denen ihre äusseren Daseinsbedingungen das Bedürfnis erwecken, im Deutschtum aufzugehen. Wir fordern Schutz für beide: Schutz für die, die Tschechen bleiben wollen, — also Befriedigung ihrer Bedürfnisse in der Schule und im Amt, für grössere Minderheiten auch die Konstituierung als öffentlich-rechtliche Körperschaften (Minoritätsgemeinden); Schutz aber auch für die, die Deutsche werden müssen, — also keine Proskription der „Renegaten“, keine Agitation gegen den Besuch deutscher Schulen, soweit dieser Besuch nicht von Kapitalisten und Behörden erzwungen, sondern von den Eltern freiwillig gewählt wird, Abkürzung und Erleichterung des für diesen Teil der Tschechen unvermeidlichen Assimilationsprozesses durch Erteilung deutschen Unterrichts an den tschechischen Minoritätsschulen. Selbstverständlich wünschen wir, dass die Deutschen im tschechischen Gebiet nicht anders behandelt werden sollen als die Tschechen im deutschen Gebiet. Auch ihre Assimilation soll weder erzwungen noch verhindert werden.

Wir wissen natürlich, dass auch diese Argumente unsere tschechischen Genossen nicht überzeugen werden. Das „Právo Lidu“ wird natürlich auch meine Ansichten ebenso wie die des Genossen Seliger „wahrhaft erschreckend“ finden und die Wanderredner des Separatismus werden auch in Zukunft grosse Volksversammlungen mit der Erzählung aufregen, die deutschen Genossen hätten zugestanden, dass sie die tschechischen Minoritäten assimilieren „wollen“. Daran sind wir nun schon gewöhnt und daran wird sich auch in naher Zukunft nichts ändern. Solange der Separatismus Argumente gegen die deutsche Sozialdemokratie braucht, wird er sie finden oder erfinden.

Wir aber müssen aus dieser Tatsache den rechten Schluss ziehen. Es ist zwecklos, eine Diskussion fortzusetzen, die uns entzweit, statt uns zu einigen. Wir müssen zugestehen, dass heute eine volle Einigkeit der Sozialdemokraten aller Nationen in Oesterreich in dieser Frage schlechthin unerreichbar ist. Der Gewerkschaftskonflikt beweist, wie schwer es heute in Oesterreich ist, selbst den unmittelbaren wirtschaftlichen Klassenkampf des Proletariats in voller Einheit zu führen; unter solchen Umständen ist die volle Einigkeit in nationalen Fragen noch viel weniger zu erreichen. So schmerzlich dies ist, muss sich die deutsche Sozialdemokratie an den Gedanken gewöhnen, dass sie in den nächsten Jahren in nationalen Fragen ihren eigenen Weg wird gehen müssen. Es muss der Weg des internationalen proletarischen Klassenkampfes sein, in dem wir die nationalen Fragen in jene bescheidene Rolle verweisen, die ihnen gebührt.

Der Genosse Meissner denkt darüber freilich anders. Er meint, die Bedeutung der Sozialdemokratie in Oesterreich liege gerade darin, dass sie die nationalen Fragen zu lösen berufen sei! Wie weit sind wir von unserem Ausgangspunkt entfernt, wenn solche Ansichten überhaupt auftauchen können! Sind wir dazu ausgezogen zu unserem weltgeschichtlichen Kampfe, um den in Unordnung geratenen Hausrat des Hauses Habsburg wieder in Ordnung zu bringen, um hier eine Amtssprachenfrage und dort eine Schulfrage zu „lösen“? Nein, Genosse Meissner! Die Bedeutung der Sozialdemokratie liegt auch in Oesterreich darin, worin ihre Bedeutung in aller Welt liegt: darin, dass sie die grosse soziale Revolution vorzubereiten hat, in deren Vollendung mit dem österreichischen Staat auch die österreichische Nationalitätenfrage verschwinden wird.

Aber zugegeben, dass der Sozialdemokratie in Oesterreich auch auf nationalem Gebiete eine wichtige Rolle zugewiesen ist, so erfüllt sie diese Funktion nicht, indem sie ihr Schwert zugunsten der einen oder der anderen Nation in die Wagschale wirft, nicht indem sie im Prager Landhaus Arm in Arm mit dem Grafen Thun die streitenden

Bourgeoisien versöhnt, nicht indem sie jede Einzelfrage, die der nationale Kampf aufwirft, zu ihrer eigenen Sache macht, sondern dadurch, dass sie im Klassenkampfe wächst und erstarkt, so lange, bis die Bourgeoisien sich einigen müssen, weil sie uns getrennt nicht beherrschen können. Sässen heute nur um 20 deutsche Sozialdemokraten mehr im Abgeordnetenhaus, dann wäre Bienert's deutsch-polnische Koalition unmöglich, die deutsche Bourgeoisie müsste sich mit der tschechischen über die schwebenden nationalen Fragen einigen, weil nur noch der feste Bund der beiden Bourgeoisien uns beherrschen könnte. Der nationale Friede wird geschlossen werden von der Bourgeoisie; er wird geschlossen werden nicht durch uns, sondern gegen uns; er wird geschlossen werden, wenn wir so stark sind, dass die Bourgeoisie sich den Luxus der nationalen Spaltung nicht mehr erlauben kann. Je besser wir unsere Wachstumsenergie zu schützen verstehen vor den störenden Wirkungen des nationalen Streites, desto wirksamer arbeiten wir für den nationalen Frieden.

Dass wir heute in nationalen Dingen getrennt marschieren müssen, bedauert niemand mehr als ich. Aber auch die internationale Einheit proletarischen Willens ist an ökonomische Bedingungen geknüpft. Heute können wir uns über die Minoritätenfrage nicht einigen. Aber indessen arbeitet die kapitalistische Entwicklung selbst an ihrer Lösung. Weit schneller als in den deutschen Gebieten wächst heute im tschechischen Teile Böhmens, im tschechisch-polnischen Teile Ostschlesiens und Nordmährens die Industrie. Das Erstarken der tschechischen Industrie wird der Minoritätenfrage ihre Gefahren nehmen. Je mehr der tschechische Bevölkerungszuwachs von der tschechischen Industrie aufgesaugt, im tschechischen Gebiete festgehalten wird, desto mehr wird die Furcht der Deutschen vor der Tschechisierung ihres Sprachgebiets verschwinden, desto geringeren Wert werden die Tschechen auf die Expansion in das deutsche Gebiet legen. Heute lebt ein grosser Teil der tschechischen Arbeiterschaft in den deutschen Industriegebieten; kein Wunder, dass unsere tschechischen Genossen die Minoritätenfrage mit solcher Leidenschaft behandeln. Wenn erst im tschechischen Gebiete selbst eine mächtige Industrie entsteht, werden auch sie erkennen, dass die Assimilierung abgesprengter Volkssplitter das Schicksal der tschechischen Nation nicht gefährdet. Das gesellschaftliche Sein der Menschen gestaltet ihr Bewusstsein. Erst wenn die ökonomische Entwicklung, die über das Schicksal der Minoritäten entscheidet, weit genug vorgeschritten sein wird, kann der Wille nach Institutionen, die dieser Entwicklung dienen, sich durchsetzen. Erst die ökonomische Entwicklung im tschechischen Sprachgebiet wird möglich machen, was heute noch unerreichbar ist: die volle Einheit des Willens der Arbeiter aller Nationen in Oesterreich.

Janko Sakasoff (Sofia): Neoslawismus, Balkanföderalismus und Sozialdemokratie

Die Balkanbevölkerung scheint für die ideologischen Verlockungen der Anbeter und Handlanger des russischen Absolutismus nicht sehr empfänglich zu sein. Der alte Panslawismus fand keinen Weg zu den Herzen der Balkanvölker. Nur hier und da tauchte in den gebildeten Kreisen des Bürgertums im Anfang der Siebzigerjahre des vorigen Jahrhunderts die Idee einer Verbrüderung aller slawischen Stämme auf, natürlich unter der Führung des stärksten russischen Zweiges, aber weder in den Volksmassen noch in den führenden politischen Schichten des Bürgertums fand diese Idee einen tiefen und starken Anhang. Es waren vielmehr andere Ideen, die die Balkanbevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beherrscht haben. Die älteste und die verbreitetste von ihnen war die Idee des selbständigen Kampfes gegen das türkische Joch, die in zahlreichen lokalen und allgemeinen Aufständen zum Vorschein kam. Mit dem Erstarken der türkischen Zentralgewalt und mit der Modernisierung der Kriegführung

wurde diese Idee allmählich von zwei anderen begleitet, von einer Ideologie der Föderation aller Balkanvölker, der Rumänen, Serben und Bulgaren, um die türkische Herrschaft zu zertrümmern und die Erbschaft unter sich zu verteilen, und einer anderen, praktischeren und doch zugleich hilfloseren, der mystischen Hoffnung auf eine Erlösung und Befreiung durch Russland. Es ist hier nicht der Ort, darzulegen, wie alle diese Ideen aufeinander folgten; es genügt, zu sagen, dass sie eng verknüpft waren einerseits mit dem Stand und der Veränderung der Machtverhältnisse am Balkan selbst und andererseits mit der eben begonnenen offenen und geheimen Propaganda der freiwilligen und der besoldeten russischen Agenten.

Diese drei Ideen ergänzten einander und beherrschten die Gemüter der aufgeweckten Schichten der Balkanbevölkerung bis zu der Zeit des russisch-türkischen Krieges (1877/78). Diese Ideen liessen keinen Raum für die Ideologie des alten Panslawismus. Aber die Tatsache der darauffolgenden Befreiung Bulgariens durch Russland schuf einen weit gefährlicheren Zustand in der Volksstimmung — eine tiefe Verehrung und Anbetung des offiziellen Russland — ein Faktum, das die Geschicke des neu geschaffenen Fürstentums auf Jahrzehnte zu beeinflussen drohte.

Die Geschichte des modernen bulgarischen Bürgertums ist die Geschichte der Emanzipation Bulgariens von der russischen Vormundschaft. Die Jahre 1881 bis 1883 und 1885 bis 1894 sahen zuerst einen Riss, dann einen Kampf zwischen Russland und dem kleinen Bulgarien, das um seine Unabhängigkeit rang. Vom Jahre 1894 bis 1903 gewöhnte sich Russland allmählich daran, im Fürstentum Bulgarien ein selbständiges Staatsgebilde zu sehen, und vom Jahre 1904 an trachtete es, mit ihm eine gemeinsame Politik auf dem Balkan zu machen.

Diese Entwicklung zur Selbständigkeit, die Bulgarien und die anderen kleinen Staaten im Südosten machten, brachte es mit sich, dass Russland, als es nach dem japanischen Kriege und nach der Revolution zu der Orientpolitik zurückkehrte, in Südosteuropa selbstbewusste und über ihre Autonomie eifersüchtig wachende slawische Nationen fand, die ihre eigenen Wege zu gehen suchten. Der alte Panslawismus war tot. Er hatte jede materielle Unterlage verloren.

Aber die Furcht vor dem Germanentum, vor dem Vordringen Deutschlands und Oesterreichs nach Südosten und die noch nicht ganz verschwundene Idee der russischen Hegemonie über die slawischen Völker, verknüpften sich jetzt in einer neuen Ideologie des slawischen Zusammenhaltens, in dem sogenannten Neoslawismus. Es ist kein Zufall, dass zwei bürgerliche Demokraten, der Führer der Jungtschechen Dr. Kramarsch und der Führer der russischen Kadetten Professor Miljukoff, die zwei beredtesten Befürworter der neuen Ideologie geworden sind. Der Neoslawismus bezweckte, alle slawischen Stämme in einem freien, die Autonomie und die Selbständigkeit einer jeden Nation bewahrenden Bunde einander zu nähern. Es war der alte Panslawismus, nur den neuen demokratischen Zuständen angepasst. Der neuslawische Kongress in Prag, an dem alle slawischen Länder und Nationen teilgenommen hatten, bemühte sich, die neue Ideologie allen slawischen Nationen und allen slawischen Demokratien anziehend zu gestalten.

Aber die Fiktionen der slawischen Ideologen können nicht die brennenden politischen Probleme ersetzen, die den einzelnen slawischen Nationen zur praktischen Verwirklichung gestellt sind. Und da der Spatz in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dache, war jedem einzelnen der slawischen Stämme seine augenblickliche praktische Sorge wichtiger als alle die schönen neuslawischen Ideen. Die Polen, die Kroaten, Serben, Bulgaren, Russen u. s. w. hatten, eine jede Nation für sich, selbständig Wichtigeres zu tun, als sich an den neuslawischen Träumen zu berauschen. Am wenigsten konnten die Südslawen, und insbesondere die Bulgaren, die in der Türkei so grosse nationale Sorgen hatten, die Gefangenen des Neoslawismus sein. So kam es, dass man bis zu der Zeit der Einberufung des zweiten neoslawischen Kongresses in Sofia in den weiten politischen Kreisen Bulgariens von dem Neoslawismus so viel wie gar nichts wusste. Und mit welchen weithallenden Protesten die fortgeschrittene bürgerliche Intelligenz und namentlich die organisierte Arbeiterschaft Bulgariens den Kongress selbst empfangen haben, ist bekannt. Das demokratische und sozialistische Bulgarien hat seine Schuldigkeit getan, um die völkerknechtende Tendenz der neoslawischen Idee zu enthüllen. Aber selbst

die konservativen und reaktionären Kreise in Bulgarien sahen in dieser neoslawischen Kundgebung wohl nur eine Parade, die den Einfältigen imponieren sollte, während sie selbst inzwischen der Befriedigung ihrer Klassen-, Gruppen- und persönlichen Interessen um so eifriger sich ergaben. Wir wissen nicht, ob die neoslawische Idee überhaupt ausgelebt hat, aber wir können bestimmt sagen, dass sie in Bulgarien nie gelebt hat und kein Leben finden wird.

* * *

Ein ganz anderes Schicksal hat die Idee der Balkanföderation, die in letzter Zeit viel besprochen wurde. Sie tauchte mit erstaunlicher Kraft in allen Balkanländern kurz nach der türkischen Revolution im Jahre 1908 auf. Als sich die Völker da unten in der Türkei brüderlich umarmten, entstand die Idee eines Zusammenschlusses der kleinen Balkanstaaten, die freie konstitutionelle Türkei inbegriffen, in eine Föderation, die den erobersüchtigen Grossstaaten von Norden und Westen Halt gebieten könnte. Es war erstaunlich, welch raschen Fortschritt diese Idee machte und wie sie bis zu den untersten Schichten der Völker eindrang.

Die späteren Ereignisse aber, das Ausbleiben wirklicher Reformen in der Türkei, die hochmütige Haltung der jungtürkischen Regierung Bulgarien gegenüber, die Proklamierung der Unabhängigkeit des Fürstentums und die Annexion Bosniens zerstörten alle diese schönen Träume der Balkanvölker. Zwar wurde die Idee der Föderation während der Krisis von höchster offizieller Stelle ermutigt, aber Russland, dessen Minister des Aeusseren Iswolsky diese Idee in der Duma empfahl, dachte kaum ernstlich an eine wirkliche Vereinigung der Balkanstaaten, da diese ihre Spitze zuerst gegen Russland kehren würde. Eine Föderation dieser Staaten, die gegen Oesterreich gerichtet und zugleich ein Spielzeug in Russlands Händen gewesen wäre, würde gewiss dem „slawischen Beschützer“ sehr willkommen sein, aber eine freie, sich selbst genügende, die Balkanhalbinsel und den Bosphorus beherrschende und beschützende Föderation, die auch auf die Integrität der türkischen Gebiete in Asien nicht ohne Einfluss sein könnte, dürfte Russland kaum in den Kram passen. Und in der Tat, inoffiziell wurde später in den bulgarischen politischen Kreisen das Gerücht verbreitet, dass Russland jede Föderation mit der Türkei als eine gegen Russland gerichtete politische Kombination ansehen würde. Eine Föderation aber nur zwischen den slawischen Balkanstaaten — Serbien, Bulgarien, Montenegro — hat einen zu offensichtlich antiösterreichischen Charakter, um geduldet zu werden. Der Eifer, mit dem die österreichische Regierungspresse jedes Gerücht über eine Annäherung zwischen Serbien und Bulgarien verfolgte, war deutlich genug, zu zeigen, dass man in Wien und Budapest eine solche Föderation niemals freiwillig zulassen werde.

So blieb diese Idee den Regierungskreisen in den Balkanstaaten fern, und es waren nur die oppositionellen politischen Schichten von den bürgerlichen Radikalen bis zu den Sozialdemokraten, die an eine Föderation denken und glauben konnten.

Aber eigentümlich genug. So populär diese Idee bei der Bevölkerung war, so politisch begründet und berechtigt sie schien, so blieb sie nichtsdestoweniger sehr weit von der Verwirklichung. Die Jungtürken sprachen sehr gern über die Verbrüderung der Balkannationen, aber in Wirklichkeit trieben sie eine gewaltsame innere Politik, die alle Nationalitäten in der Türkei von der Selbstbestimmung so fern als möglich hielt. Die Bulgaren huldigten einer Föderation der Völker auf dem Balkan, aber sie meinten damit die Erhebung der Mazedonier zu einem autonomen, selbständigen Glied in dieser Föderation, die ihnen die Märkte und die Häfen der Türkei öffnen würde. Und was könnten sich die Serben unter dieser Idee vorstellen? Etwa die Annäherung Bosniens an ihr Königtum und die Erschliessung der türkischen Grenze nach Altserbien und nach dem Aegäischen Meere! Die Rumänen aber wurden auch in den Lenzestagen der türkischen Revolution von dem Begeisterungsrausch nicht erfasst, und wenn ihnen bei der Idee der Konföderation etwas Vorteilhaftes vorschweben sollte, so wäre es kaum die Anschliessung der Rumänen von Transsylvanien an ihre Monarchie, sondern eher, dass Bulgarien das Dreieck Silistra-Rustschuk-Varna der rumänischen Krone abtreten solle.

Ueberhaupt, je näher man an diese Idee der Föderation herantritt, desto deutlicher wird man gewahr, dass sie, so praktisch nah sie scheint, doch wie eine Fata Morgana immer weiter und weiter zurückflieht.

Wir sahen, wie durch die politischen Ereignisse gleich nach der türkischen Revolution die schönen Träume der Balkanvölker zerstört wurden. Die jeweiligen Regierungen sind gezwungen, mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen, und sie können nicht in die noch so nah scheinende Zukunft einen Sprung machen. Von ihnen können wir also die Verwirklichung der Konföderation nicht erwarten. Aber sind die übrigen bürgerlich-oppositionellen Kreise mehr geeignet, einen solchen Schritt zu tun? Solange sie in der Opposition bleiben, können sie aufrichtig glauben, für eine Konföderation arbeiten zu können, aber sobald sie die Regierung antreten, würden sie mit denselben Schwierigkeiten rechnen müssen wie ihre Vorgänger. Und in der Tat, die einsichtigen oppositionellen Kreise sehen auf die Konföderation wie auf eine schöne, vorläufig aber nicht zu verwirklichende Idee. Wenn man in dieser Weise eine politische Schicht nach der anderen ausscheidet, so bleiben als Anhänger der Konföderation nur die Linksradiكالen und die Sozialdemokraten übrig, die als ihre treuen Verfechter auf der politischen Tribüne auftreten.

Kann aber die Idee der Föderation der Balkanvölker überhaupt verwirklicht werden? Ihre Popularität beim Volke und bei der Intelligenz beweist an sich noch nicht ihre Durchführbarkeit, denn einmal gibt es viele utopische Ideen, die sehr populär sind, und zweitens kann diese Popularität bei einem Volke einen Grund und Sinn, bei anderen Völkern ganz anderen Grund und ganz anderen Sinn haben.

Und in der Tat: worauf beruht denn die Werbekraft der Idee einer Föderation der Balkanvölker? Man denkt gewöhnlich so: Die kleinen Staatsgebilde am Balkan sind die Beute der Grossstaaten. Wären sie föderiert, dann könnten sie ein grösseres Wirtschaftsgebiet zur Verfügung haben, eine grössere politische Kraft zur Abwehr, eine beträchtliche Verminderung der Staatsausgaben, eine friedlichere Entwicklung nach aussen. Den Bulgaren ist in diesem schönen Gemälde das grössere Wirtschaftsgebiet sehr erwünscht, aber für die Jungtürken und für die Serben wird das kaum der Fall sein. Den Jungtürken wäre es lieber, wenn die Föderation ihnen eine grössere politische Kraft verliehe, aber diese Kraft möchten sie auch gegen die anderen Glieder der Föderation und erst recht gegen ihre eigenen Nationen verwenden dürfen. Den Serben würde wohl das grössere Wirtschaftsgebiet willkommen sein, aber nur zu dem Zwecke, dass sie ihre Rohprodukte nach den Nachbarländern exportieren können, ohne gezwungen zu werden, die Fertigfabrikate dieser Länder nach ihrem Lande zuzulassen. Wie man sieht, die verschiedene politische Lage und die Entwicklungsstufen der Balkanländer lassen nicht die gleiche Interpretation des Föderationsgedankens zu und beeinflussen sehr das Verhältnis der verschiedenen Nationen zu dem Inhalt dieses Gedankens.

Es kommt noch ein sehr gewichtiger Grund dazu, um die Idee der Konföderation den herrschenden Schichten der Balkanländer unannehmbar zu machen. Es ist dies die Verschiedenheit der sozialen Zusammensetzung dieser Schichten und die Möglichkeit, ihre Bestrebungen ohne die Hilfe der Konföderation, sogar gegen sie besser und leichter zu erfüllen. Es ist zweifellos, dass die türkische Militäroligarchie in einer Konföderation alles zu fürchten hätte. Sie kann ihre Herrschaftsbestrebungen nur mit Hilfe einer Grossmacht, die ihre Herrschaft und Ausbeutung im Reiche unterstützt, behaupten. Es wäre naiv, zu erwarten, dass die Türken, ganz einerlei, ob alt oder jung, so eingenommen sein werden von der vermeintlichen friedlichen Entwicklung oder von der Verminderung der Staatsausgaben, die ihnen die Föderation angeblich bieten würde, um die unmittelbaren Existenzbedingungen ihrer Klasse einfach zu vergessen. Betrachten wir die herrschenden Parteien in Bulgarien, die doch viel demokratischer sind als die Jungtürken und die sich so gern mit der Phrase der friedlichen wirtschaftlichen Entwicklung umhüllen! Gibt es einen Zweifel darüber, dass sie es doch immer vorziehen werden, ein möglichst grosses Stück fremden Landes in die Hände zu bekommen, um den Ueberschuss von Aemterjägern und den Ueberfluss ihrer Raubenergie irgendwo vorteilhafter und gefahrloser zu placieren? Und dann alle diese Ausgaben für den Militarismus und die Bureaucratie, sind sie selbst nicht ein genügendes Ziel für diese Klassen,

das ihnen so grosse Möglichkeit gibt, sich in dieser oder jener Weise zu bereichern? Die jetzige Feindseligkeit zwischen den Balkannationen passt diesen Schichten am besten, denn sie erlaubt ihnen mit der Hilfe des kriegerischen Lumpentums die Gesellschaft in fortwährender Unsicherheit zu erhalten und so die untern Volksschichten von der Teilnahme an der Regierung und an den Staatsgütern fernzuhalten. Um diese Gelüste zu nähren und auf sie fördernd zu wirken, gibt es so viele mächtige auswärtige Klassengenossen rund um den Balkan! Es wird hier überflüssig sein, die wirklichen Tendenzen der serbischen herrschenden Klassen zu schildern. Ueberall kommen die regierenden bürgerlichen Schichten in den Balkanländern in Widerspruch mit dem Gedanken der Konföderation.

Worauf soll denn diese Föderation beruhen, wer wird sie denn verwirklichen? Wir sehen nicht die gesellschaftlichen Kräfte, die auf ihr Zustandekommen hinarbeiten sollten. Nun ja, es ist wahr, dass es eine radikale und eine soziale Demokratie gibt, die sehr energisch für die Annäherung der Balkanvölker wirken. Aber was zunächst die Radikalen anbelangt, so schütteln sie, je mehr sie sich der Regierungsmacht nähern, eine ihrer „Ideen“ nach der anderen ab und übernehmen ruhig die jeweiligen Interessen der herrschenden Klassen. Und die Sozialdemokraten werden, wenn sie imstande sein werden, auf ihre Regierungen einen entscheidenden Einfluss auszuüben, Dringenderes zu tun haben, als eine künstliche Staatsidee zu verwirklichen. Ja, wenn die Idee der Balkanföderation auf dem Wege der Entwicklung der Balkanländer läge, wenn die Voraussetzungen zu diesem Staatsgebilde in jeder Balkannation und in dem gesamten politischen Zusammenwirken des europäischen Südostens gegeben wären, dann könnte es nicht ausgeschlossen sein, dass bei einer günstigen Situation und bei einer Volkserhebung zwei oder drei nahestehende Nationen sich zu einem politischen Bund oder gar zu einer Föderation vereinigen könnten. Aber so wie die Dinge jetzt stehen, wie die Entwicklung der einzelnen Nationen vor sich geht und wie die entscheidenden Einflüsse der Politik der nächst interessierten Grossmächte wirken, ist es ganz ausgeschlossen, an eine Föderation der Balkanländer zu denken, die noch dazu auch die Türkei mit einschliessen solle. Ein Bündnis zwischen Bulgarien und Serbien, das neben einem Zollbündnis auch gewisse politische Verbindungen einhielte, wäre das höchste, was man von der gegebenen Situation erwarten könnte. Aber die Regierungen der beiden Länder können nicht einmal zu diesem Ergebnis kommen und die interessierten Grossstaaten werden ein solches Bündnis kaum zulassen. Und man denke, wie weit ein Bündnis zwischen Serbien und Bulgarien noch von einer demokratischen Föderation der Balkanländer ist!

Die Idee der Balkanföderation, so utopisch sie ist, kann noch eine Zeitlang dem Frieden am Balkan und der Agitation der Sozialisten für die Annäherung der Balkanvölker gute Dienste leisten. Dem wütenden Ausbruch der nationalistischen Gelüste und den plünderungssüchtigen Bestrebungen der herrschenden Klassen aller Balkannationen gegenüber wirkt die Propaganda der Idee der Balkanföderation als eine reelle, handgreifliche Lösung der Balkanzwistigkeiten und der Balkanprobleme in den Massen entgegen. Bei der Arbeiterschaft, bei dem Bauerntum, bei dem Kleinbürgertum und sogar bei vielen Schichten der herrschenden Klassen wie auch bei der Intelligenz findet diese Idee eine begeisterte Aufnahme. Es ist nur zu bedauern, dass jeder neue Tag dieser Idee viel von ihrem Glanze nimmt. Die reale Politik, die man im Orient auf allen Seiten treibt, und der rasche Wechsel der äusseren und inneren Verhältnisse, die den praktischen Wert oder Unwert jeder neuen Idee bald offenbaren, untergraben rasch den Boden auch für die Idee der Balkanföderation. Es gibt jetzt sehr wenige auch unter den Sozialisten, die an die Teilnahme der Türken an einer Föderation glauben. Die Rumänen, die an dem Dreibund fest angegliedert sind und die an einer Balkanföderation wenig interessiert sind, scheiden von vornherein aus dieser Kombination aus. Es bleiben nur noch Bulgarien und Serbien, die noch ein aktuelles Interesse an einem Bündnis haben können. Und wenn man trotzdem so ohneweiters die Balkanföderation propagiert, ohne der veränderten Situation und den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, kann man leicht in die üble Lage geraten, dem Spiele der bürgerlichen Parteien oder den Tendenzen einer gewissen Grossmachtspolitik in die Hände zu arbeiten. Schon jetzt spürt man in der allgemeinen Idee der Konföderation eine Ausnützung der

freiheitlichen Idee für die nationalistischen Gelüste der herrschenden bürgerlichen Schichten, und je weiter man geht, desto schärfer wird nur diese Seite der Föderation zum Vorschein kommen. Ein aktuelles sozialistisches Programm, das die Forderung der Balkanföderation mit einschliesst, kann, wäre es noch so demokratisch-republikanisch, in der stark veränderlichen politischen Situation am Balkan sehr bald gegen die freie Entwicklung der Völker selbst gewendet werden und wider Willen Hand in Hand mit der Eroberungssüchtigen oder reaktionären Politik irgend einer Balkan- oder Grossmacht gehen. Alles das legt den Balkansozialisten die Pflicht auf, die Idee der Föderation ihrer Länder zu revidieren und praktischer zu gestalten. Hoffentlich wird das auch geschehen, wenn die geplante Zusammenkunft aller sozialistischen Vertreter am Balkan stattfindet.

* * *

Die panslawistische Idee des alten russischen Absolutismus war allzu fern den politischen Bedürfnissen der Balkanvölker, um bei ihnen Fuss fassen zu können. Der Neoslawismus der russischen und der tschechischen konstitutionellen Parteien leidet wieder an demselben Fehler wie sein Vorgänger und bleibt ohne jede Wirkung und ohne jeden Einfluss auf die Balkanvölker. Diese ideologischen Fiktionen scheinen mehr den politischen Bedürfnissen der mitteleuropäischen Slawenländer als denen der Südslawen angepasst zu sein. Die Balkanföderation dagegen ist entsprungen aus den Bedürfnissen der bürgerlichen Parteien, hauptsächlich der zwei südslawischen Nationen, der Bulgaren und Serben, und lässt die übrigen Slawenländer und auch die übrigen Balkanvölker, Türken, Griechen und Rumänen, kalt. Die tatsächliche Entwicklung in Südosteuropa untergräbt alle diese Rassenfiktionen und nationalistischen Ideologien und macht Platz einer anderen, sozialistischen Staatsidee, deren Formen noch nicht zu bestimmen sind, deren Inhalt, aber die Annäherung und die Verbrüderung aller Völker auch im Südosten Europas sein wird.

Wilhelm Rokotnitz: Die Frau und die Nation

Wir leben in der Zeit eines grandiosen Emanzipationskampfes. Rassen, Klassen und Nationen, welche die Fesseln der Abhängigkeit verspüren, erheben allenthalben den Ruf nach Freiheit. Und sie alle holen sich diese: die einen durch systematisches Ringen — in langsamer, aber sicher vorwärtsstrebender Evolution — die andern, die ungestümeren — durch die Revolution. Während so die Entwicklung sichtbar auf dem Wege zur Freiheit fortschreitet, steht unser politisches Leben im Zeichen des Nationalismus, der sich anmass, diese Entwicklung täglich und stündlich zu bevorzugen. Dass dieser Nationalismus eine spezifische Erscheinung der bürgerlichen Gesellschaft ist und den wirklichen Interessen einer Nation durchaus nicht entspricht, ist durch die Aufdeckung der natürlichen Entwicklungsgesetze der Nationen schon oft bewiesen worden. Deshalb haben unsere bürgerlichen Nationalpolitiker ihre Meinung über den Nationalismus ebensooft revidieren müssen. Und so sahen sie sich in letzter Zeit genötigt — wenigstens in der Theorie — den Zusammenhang zwischen der nationalen Frage und der Arbeiterfrage zuzugeben.

Dass aber jeder sozialpolitischen Frage eine nationale Bedeutung zukommt, zu dieser Auffassung werden und wollen sich diese Herren nicht aufschwingen. Freilich, der Standpunkt der Sozialdemokratie geht hier noch weiter. Sie behauptet ja, dass die nationale Frage nur im Rahmen der grossen sozialen Frage ihrer Lösung zugeführt werden kann. Also ist logischerweise jede soziale Frage eine eminent nationale Frage. Trifft das zu, dann muss auch der grosse Emanzipationskampf des weiblichen Geschlechtes, der sich im Sozialismus seine Berechtigung holt, ein wahrer nationaler Kampf sein.

Man spricht oft von der Grösse einer Nation. Man denkt dabei an ihre gewaltige Seelenzahl, an ihre grosse wirtschaftliche Macht und nicht zuletzt an ihre überragende

Kultur. Es sind also, wie Genosse Renner in wiederholten lichtvollen Ausführungen gezeigt hat, die wesentlichen Faktoren, welche die Grösse und Macht einer Nation bestimmen 1. die Populationskraft, 2. die Produktionskraft und 3. die Kultur. Wenn wir nun untersuchen, inwieweit die Frauenbewegung diese Bestimmungsfaktoren beeinflusst, werden wir leicht erkennen, welche Bedeutung der Kampf des weiblichen Geschlechtes gegen tausendjähriges Vorurteil und Unrecht für die Nation hat.

Unsere heutige Gesellschaft ist bekanntlich auf der Institution der Ehe aufgebaut, und daher ist diese Institution die wesentlichste Grundlage der Volksvermehrung. Eine grosse Anzahl von Eheschliessungen wird die Populationskraft günstig beeinflussen, die Vermehrung der Bevölkerung beschleunigen. Aber in unserer kapitalistischen Gesellschaft ist man nicht in der Lage, ausschliesslich auf Grund der Neigung zu heiraten, sondern es sind wirtschaftliche Verhältnisse, welche hier bestimmend wirken. Bebel zeigte schon in seiner „Frau“, wie in Zeiten des Aufschwunges oder der Krise die Zahl der Eheschliessungen steigt und fällt. Die Deutschen, die als eine der fortgeschrittensten Nationen eine höhere Lebenshaltung beanspruchen, kommen verhältnismässig schwerer und später zur Eheschliessung als die Slawen.

Im Jahre 1900 waren in ganz Oesterreich von je 100 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren — dem Alter, das für die Fruchtbarkeit in Betracht kommt — 48 verheiratet. In den deutschen Kronländern ist der Prozentsatz weit niedriger. Er betrug in:

Niederösterreich	43·1	Steiermark	41·5
Oberösterreich	45·0	Tirol	38·0
Salzburg	38·0	Kärnten	32·0

Diese für das Deutschtum ungünstige Erscheinung findet ihre Erklärung im Agrarkapitalismus, der diesen Gegenden sein Gepräge gibt. Der Bauer huldigt dem Höfesystem und dem landwirtschaftlichen Gesinde ist es in seiner berühmten patriarchalischen Abhängigkeit unmöglich, zu heiraten. Bei den Ehen der arbeitenden Klassen muss die Frau ebenso wie der Mann durch Erwerbstätigkeit den Haushalt bestreiten helfen. Die verheiratete Frau ist aber auf eine relativ unabhängige und bessere Arbeitsgelegenheit angewiesen. Diese findet sie nur in der Industrie. Betrachten wir nun die Verhältnisse in Böhmen, das ja als unser vornehmstes Industrieland gilt.

In der deutschen Industrie kamen auf 1000 berufstätige Männer 373 Frauen, in der tschechischen Industrie nur 231 Frauen. Die Frauenarbeit ist also bei den Deutschen mehr verbreitet als bei den Tschechen. Mit der grösseren Erwerbstätigkeit der deutschen Frau ist auch eine erhöhte Zahl von Eheschliessungen verbunden.

Im Jahrzehnt 1890 bis 1900 entfielen auf je 1000 Personen:

In den rein deutschen Bezirken	83·10	Eheschliessungen
„ „ „ tschechischen „	79·13	„

Diese für die Deutschen so erfreulichen Zahlen werden mit der Erstarkung der gewerkschaftlichen Bewegung noch eine Steigerung erfahren. Je mehr es dieser gelingt, der Ausbeutung entgegenzuwirken und den Frauen eine würdigere Entlohnung ihrer Arbeit zu erkämpfen, desto zahlreicher werden deutsche Arbeiterinnen geschlossen werden.

Aber auch in den Mittelschichten der Gesellschaft werden die Frauen immer stärker zur Erwerbstätigkeit gedrängt. Die erhöhte Lebenshaltung, die allgemeine Teuerung und nicht zuletzt die geänderte Lebensanschauung hat sie gelehrt, dem unproduktiven Beruf der Hausfrau zu entsagen, um durch Erwerbstätigkeit den gemeinsamen Haushalt zu ermöglichen. Wir finden sie dafür in öffentlichen Aemtern, in Comptoirs, aber auch schon in vielen gelehrten Berufen. Wenn also die Frauen nach wirtschaftlicher Besserstellung und nach Eröffnung aller Berufszweige streben, so schaffen sie dadurch die Möglichkeit zu einer Vermehrung der Eheschliessungen, die ja als wichtigste Grundlage für die Volksvermehrung anzusehen ist.

Der Emanzipationskampf der Frauen beeinflusst auch auf anderen Gebieten die Populationskraft in überaus günstiger Weise. Es ist eine alte sozialhygienische Erfahrung, dass der beste Kinderschutz — der Mutterschutz ist. Kranke, geplagte und unterernährte Mütter bringen sieche oder tote Kinder zur Welt. Und daher ist der Kampf

gegen die Ausbeutung der erwerbstätigen Frauen zugleich ein Kampf für die heranwachsende Generation. Namentlich die allzu lange Beschäftigung in den gesundheitsgefährlichen Betrieben (Blei, Phosphor, Tabak etc.) zeitigt die schwersten Folgen. So konstatiert zum Beispiel Professor Dr. Stephan Bauer in seinem Bericht über die gesundheitsgefährlichen Industrien, dass bei Giessereiarbeiterinnen durchschnittlich 52'5 Prozent aller Geburten Fehlgeburten, hervorgerufen durch Bleivergiftung, sind. Nicht viel besser sind die Frauen in der Tabak- und Phosphorindustrie daran.

Unter unserer unzureichenden Arbeiterschutzgesetzgebung haben die Frauen am schwersten zu leiden. Während die allgemeine Sterblichkeit stark zurückgegangen ist, können die Frauen in den Berufskategorien, wo es keine obligatorische Krankenversicherung gibt, auf eine steigende Sterblichkeit, besonders an der Tuberkulose, hinweisen.

In der Landwirtschaft entfielen auf je 1000 an Tuberkulose verstorbenen männlichen Berufsangehörigen:

im Jahre 1896	1219 weibliche Berufsangehörige
„ „ 1900	1365 „ „

die der Tuberkulose erlagen. Wenn aber die Mütter dieser Seuche in immer wachsender Zahl zum Opfer fallen, wie will man dann einen gesunden Nachwuchs der Nation heranziehen!

Geradezu trostlos sind die Zustände, die durch die Ausbeutung der Frauen in der Heimarbeit hervorgerufen werden. Hier können wir so recht und deutlich sehen, wie weit eine von keinem Gesetz und keiner nennenswerten gewerkschaftlichen Bewegung gehemmte Ausnützung der weiblichen Arbeitskraft gehen kann. Eine Geschichte des Elends und der grenzenlosen Not ist der offizielle Bericht der Gewerbeinspektoren über die Heimarbeit in Böhmen (1900). Ist es nicht eine vernichtende Anklage gegen unsere vielgepriesene Gesellschaft, wenn wir zum Beispiel auf Seite 327, Band I, zu lesen bekommen:

„Sichergestellt wurde, dass eine gewandte Arbeiterin, wenn sie elf Stunden ununterbrochen fleissig ist, bei der Zwirnknochenzeugung (in Böhmen) höchstens 16 Kreuzer zu verdienen imstande ist. Im Durchschnitt kann angenommen werden, dass eine Zwirnknochenzeugerin unter Mithilfe von ein oder zwei Familienmitgliedern im Winter 1 Gulden und im Sommer 40 Kreuzer wöchentlich verdient.“

Lesen wir dann weiter, in welcher Weise eine solche Familie ihr Leben fristet, dann bekommen wir ein grauenerregendes Bild menschlichen Elends, dass die „nationalen“ Unternehmer durch ihre zügellose Profitgier geschaffen haben. Dass die Kindersterblichkeit bei derartigen Zuständen beängstigende Dimensionen annimmt, ist ja leicht erklärlich und die statistischen Daten unserer deutschen Industriegebiete wissen davon viel zu erzählen. In Böhmen starben im Jahrzehnt 1880 bis 1890, also zur Zeit, wo die Frauen mangels jeder Gewerkschaftsbewegung den Unternehmern ganz ausgeliefert waren, von 1000 lebendgeborenen Kindern im ersten Lebensjahr bei den Deutschen 314, während die Tschechen nur 214 tote Kinder zu beklagen hatten. Wenn die verbreitetere Frauenarbeit bei den Deutschen und damit die Gelegenheit zur Ausbeutung der Frauen mit der grösseren Kindersterblichkeit zusammenfällt, ist dies gewiss keine Erscheinung des Zufalls. Und diejenigen, die der deutschen Nation so die schwersten Wunden schlagen, sind — unsere deutschnationalen Industriearbeiter. In immer grösserer Zahl ziehen sie die stets willigeren und schwachen Frauen zur rücksichtslosesten Fronarbeit heran und füllen dadurch nicht nur ihre Taschen, sondern auch die Kinderfriedhöfe der deutschen Lande.

Ein ebenso wichtiges wie trauriges Kapitel in der Volksvermehrung bildet die Frage des unehelichen Kindes. Wie bedeutsam diese Frage für die deutsche Nation ist, zeigt die örtliche Verteilung der unehelichen Geburten in Oesterreich.

Im Jahre 1899 waren von 100 Geburten unehelich in:

Niederösterreich	24.1	Krain	6.8
Oberösterreich	18.8	Küstenland	6.7
Salzburg	25.0	Böhmen	13.4
Steiermark	23.4	Mähren	10.0
Kärnten	41.4	Schlesien	10.0
Galizien	12.1	Dalmatien	4.0

Die deutschen oder überwiegend deutschen Kronländer haben die grösste Quote an „illegitimen“ Geburten. Nun ist die Zahl der Totgeburten bei ledigen Frauen eine verhältnismässig höhere als die bei verheirateten. Dazu kommt noch die erschreckende Sterblichkeit bei unehelichen Kindern, die in den ausserordentlich schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, die ja das uneheliche Kind fast immer umgeben, ihre Erklärung findet.

Den Zusammenhang zwischen unehelichen Geburten und Kindersterblichkeit hat auch der bekannte deutschbürgerliche Statistiker Professor Rauchberg in seinem Werke „Der nationale Besitzstand in Böhmen“ festgestellt. Im Jahrzehnt 1890 bis 1900 entfielen in Böhmen auf je 1000 Geburten überhaupt:

	uneheliche Geburten	Totgeburten	Lebendgeborene, vor Ablauf des fünftens Lebens- jahres verstorben
in den rein deutschen Bezirken	181	38	358
in den rein tschechischen Bezirken	119	31	327

An der Spitze der Bezirke mit höchster Kindersterblichkeit in Böhmen stehen die deutschen Industriebezirke Joachimsthal, Karlsbad und Falkenau. Sie haben aber auch die grösste Anzahl an unehelichen Geburten aufzuweisen. Im Jahrzehnt 1890 bis 1900 entfielen auf je 1000 Geburten:

	uneheliche Geburten	Lebendgeborene, vor Ablauf des fünften Lebensjahres verstorben
Joachimsthal	252	541
Karlsbad	234	502
Falkenau	231	522

In jenen deutschen Bezirken, wo jedes zweite Kind, vor Ablauf des fünften Lebensjahres, auf den Kirchhof gebettet wird, steigt der Prozentsatz der unehelichen Geburten von 18 Prozent auf 25 Prozent. Die deutsche Nation ist also in ihrem ureigensten Interesse verpflichtet, dem Problem des unehelichen Kindes die weiteste Aufmerksamkeit zu schenken. Nun sind für das uneheliche Kind, welches ja nur auf die Mutter angewiesen ist, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Frauen bestimmend. Deshalb ist die Frage des unehelichen Kindes unauflöslich mit der Frauenfrage verknüpft. Nur indem man den Frauen Schutz und erweiterte Rechte zugesteht, wird man das uneheliche Kind der Nation besser bewahren können.

Die Forderungen, welche die Frauen in Bezug auf Arbeiterinnenschutzgesetzgebung erheben, enthalten so ziemlich alles, was man unter den heutigen Verhältnissen in diesen verschiedenen, die Populationskraft berührenden Fragen tun kann. Gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit, namentlich in den gesundheitsgefährlichen Industrien, Verbot der Nacharbeit, Wöchnerinnenschutz, Mutterschaftsversicherung sowie gesetzliche Regelung der Heimarbeit wären die wichtigsten Forderungen, die jede moderne Nationalpolitik aufnehmen müsste.

Wenn wir aus den vorstehenden Untersuchungen ersehen haben, welche eminente Bedeutung der Emanzipationskampf des weiblichen Geschlechtes für die Populationskraft hat, so werden wir aus den folgenden Ausführungen erkennen, wie weit derselbe Kampf die Produktionskraft beeinflusst.

Die wirtschaftliche Macht einer Nation beruht auf dem Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Produktion. Ist nämlich die Produktion von Waren innerhalb einer Nation so fortgeschritten, dass sie nicht nur den eigenen Bedarf deckt, sondern auch andere produktiv schwache Nationen damit versorgt, so zieht die wirtschaftlich entwickelte Nation aus dieser Warenausfuhr reichen Gewinn. Die Möglichkeit zum Export kann aber nur dann geschaffen und gefördert werden, wenn immer mehr und mehr Hände zur Produktion herangezogen werden. Nun beruht die Produktion nicht nur auf Männerhänden, sondern auch auf Frauenhänden. Wenn daher eine Nation die Produktionskraft steigert und damit gross und mächtig wird, so ist dies nicht zum Geringsten auf die vermehrte Frauenarbeit zurückzuführen.

Betrachten wir die wirtschaftlich starken Nationen, so war die Verteilung der Erwerbstätigen in Bezug auf das Geschlecht wie folgt:

	männliche Erwerbstätige	weibliche Erwerbstätige	von 100 Frauen sind erwerbstätig
Deutschland (1907)	18,599.236	9,492.881	30·4
Frankreich (1901)	12,910,565	6,804.510	34·8
England (1901)	12,951.186	5,309.960	25·0
Spanien (1900)	5,986.208	1,351.792	14·2
Russland (1897)	25,995.237	5,276.112	8·4

Während bei den wirtschaftlichen Grossmächten Deutschland, Frankreich und England 25 bis 35 Prozent aller Frauen zur Erwerbstätigkeit herangezogen werden, beschäftigen das barbarische Russland und das bettelarme Spanien nur 8 bis 14 Prozent ihrer Frauen. Auch die wirtschaftliche Erstarkung Oesterreichs geht parallel mit der Verbreitung der Frauenarbeit. Im Jahre 1869 sind 43·9 Prozent aller Erwerbstätigen weiblichen Geschlechtes, 1890 schon 44·5 Prozent. Von 100 Frauen waren 1869 erwerbstätig 50·6, im Jahre 1890 aber 51·2.

Enorme Werte werden alljährlich von den so oft verspotteten „zarten“ Frauenhänden geschaffen. Im Jahre 1897 betrug der Produktionswert in der deutschen Textilindustrie zirka 2243 Millionen Mark. Die Textilarbeiterschaft Deutschlands zählt aber 50 Prozent Frauen. Auch der österreichische Staat, dieser grosse Unternehmer, weiss, welche Werte Frauenarbeit einbringt. Mehr als 226 Millionen Kronen sackte der Fiskus im Jahre 1905 durch den Verkauf der Tabakfabrikate ein. In den k. k. Tabakfabriken sind aber 88 Prozent Frauen tätig.

Und wenn die Deutschen in Böhmen stolz auf ihre wirtschaftliche Hegemonie hinweisen, so sollten sie nicht vergessen, dabei der deutschen Frauen zu gedenken, die in grösserer Zahl als die tschechischen in der Industrie Werte schaffen. Speziell in der Textilindustrie entfielen auf 1000 berufstätige Männer

bei den Deutschen	1026 Frauen
„ „ Tschechen	856 „

Also mehr Frauen als Männer arbeiten für die ökonomische Machtstellung der Deutschen in Böhmen, die ja in der Textilindustrie die wichtigste Grundlage findet.

Aber unser Bürgertum will in seiner sozialen Einsichtslosigkeit das Verdienst der erwerbenden Frau nicht anerkennen. Der eichenstarke deutsche Mann fürchtet die Konkurrenz des schwachen Geschlechts und zetert nach gesetzlicher Beschränkung der weiblichen Berufstätigkeit. Gerade solche Massregeln schaffen aber die ungesundesten wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Strom der erwerbenden Frauen ergiesst sich dann in die wenigen ihnen offen gelassenen Berufskategorien, aus denen die Männer dann unaufhaltsam verdrängt werden.

Diesen Prozess können wir überall verfolgen. So entwickelte sich in der österreichischen Hutmacherindustrie der Arbeiterstand in folgender Weise:

Jahr	Gehilfen	männliche Hilfsarbeiter	weibliche Hilfsarbeiter
1881 bis 1885	1200	1760	1740
1886 „ 1890	1100	1650	2350
1891 „ 1892	849	1510	3290

Die genügsamere Frau konkurriert eben mit Erfolg durch Unterbietung des Lohnes mit dem Manne. Diese Züchtung der Frau zur Lohnrückerei verschlechtert die allgemeine Lage der arbeitenden Klasse und damit die der breitesten Schichten der Nation. Das Ziel jeder vernünftigen Wirtschaftspolitik muss also sein, dass beide Geschlechter in freier Entfaltung ihrer Kräfte sich in der Produktion betätigen können. Die Völker, die sich diesem Prinzip immer mehr und mehr nähern, sind nicht zufällig die wirtschaftlich stärksten Nationen.

Ein Volk, das sich in der Weltgeschichte die Attribute „gross und mächtig“ eringen will, darf sich aber nicht mit physischer und wirtschaftlicher Stärke begnügen.

Es muss auch ein würdiger Teilnehmer an dem geistigen Höhenfluge der Menschheit sein, der in der Kulturgeschichte seine Beschreibung findet. Nun ist es gewiss eine unbestrittene Tatsache, dass eine bedeutsame Grundlage und Funktion der Kultur — die allgemeine Bildung ist. Wie will man aber zu einem erhöhten Bildungsniveau kommen, wenn man die grössere Hälfte der Nation, die Frauen, von den wichtigsten geistigen Erziehungsstätten ausschliesst? Wenn zum Beispiel der österreichische Staat im Jahre 1905 119.976 Knaben und nur 986 Mädchen Mittelschulbildung zukommen lässt, so drückt er eben die Durchschnittsbildung seiner Bürger herab. Es ist ebenso unvernünftig wie unverständlich, wenn man dem weiblichen Geschlechte durch Verweigerung der Bildung die Teilnahme an der Kulturarbeit erschwert. Wir würden um ein gutes Stück Kultur zurück sein, wenn man die von Frauen erbrachten Kulturschöpfungen ausscheiden würde, aber um ein noch grösseres Stück weiter halten, wenn man auf die Mitarbeit der Frauen nicht so hochmütig verzichtet hätte. Ist es vielleicht ein Zufall, dass die fünf Millionen Köpfe zählende schwedische Nation, die den Frauen verhältnismässig die meisten Rechte einräumt, für die Kulturgeschichte mehr bedeutet als das 20 Millionen Seelen zählende Ungarn, in welchem die Betyarenmoral die Frauenbildung für Luxus erklärt! Wenn eine Selma Lagerlöf oder eine Frau Curie durch Verleihung des Nobelpreises die offizielle Anerkennung für geleistete Kulturarbeiten erhält, ist nicht dadurch die von ihr repräsentierte Nation geehrt? Eine Nation, die den Frauen das geistige Brot verweigert, sündigt ebenso, wie wenn sie diese physisch und wirtschaftlich bedrückt.

Wir sehen, wie sinnlos unsere bürgerliche Gesellschaft handelt, die in ihrer sogenannten Nationalpolitik der sozialen Frage weit aus dem Wege geht. Sie glaubt ja eine heilige Mission zu erfüllen, wenn sie sich als kräftigste Stütze des Klassenstaates gebärdet. Unser Klassenstaat ist aber nichts anderes als der Handlanger des Kapitalismus. Er entrechtet die Frauen politisch, er knechtet sie geistig, um sie dann besser durch den Kapitalismus ausbeuten zu lassen. Der Kampf der Frauen gegen ihre Unterdrücker findet aber bei unserem nationalen Bürgertum keinerlei Unterstützung. Die unendliche Geringschätzung, mit der es die Frauenbewegung abtut, zeigt, dass es einfach unfähig ist, die Grundlagen der nationalen Entwicklungsgesetze zu erfassen. Dafür betätigt es seine Liebe zur Nation in einem fruchtlosen „Nationalismus“, für den es keine brennenden wirtschaftlichen Fragen gibt und der die Not des Tages in Hass und Leidenschaft zu ersticken sucht. Der unerträgliche Zustand, der dadurch geschaffen wird, bedroht die breiten, aufstrebenden Schichten der Nation in ihren elementarsten Lebensbedingungen, sie sehen sich daher ausserstande, die bürgerliche Nationalpolitik mitzumachen. Die Entwicklung wird lehren, dass die Zukunft einer Nation nicht im Nationalismus der herrschenden Tausend, sondern im Sozialismus der unterdrückten Millionen liegt.

Adolf Braun: Eigenproduktion als gewerkschaftliches Kampfmittel?

Jede Möglichkeit, das Arsenal der gewerkschaftlichen Waffen zu erweitern, muss uns mit der lebhaftesten Sympathie erfüllen. Jeder ältere Gewerkschafter erinnert sich der mannigfachen, oft in optimistischer Auffassung geführten Debatten über neue gewerkschaftliche Kampfmittel. Vom Boykott und der Kontrollmarke glaubte man eine Zeitlang, dass sie den gewerkschaftlichen Kampf in ganz neue Richtungen führen könnten, die uns ohne Opfer der einzelnen und der Gesamtheit, ohne die zweischneidige Waffe des Streiks gewerkschaftliche Erfolge, Verkürzungen der Arbeitszeit, Erhöhungen der Löhne in Aussicht stellen. Ohne die Anwendung des Warenboykotts und der Kontrollmarke als völlig aussichtslos bezeichnen zu wollen, sehen wir uns doch ernüchert von der früheren Begeisterung für diese gewerkschaftlichen Kampfmittel. Wir wissen alle, dass wir mit dem Boykott der Waren und mit der Kontrollmarke vielleicht in einzelnen Fällen bei ganz besonders liegenden Fällen

Erfolge erzielen könnten, dass wir aber an eine allgemeine Anwendung dieser gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht denken können, weil sie den Erwartungen nicht entsprochen haben, die man einst an sie knüpfen zu können vermeinte. Als die gewerkschaftlichen Kampfmittel der französischen Syndikalisten bei uns bekannt wurden, interessierte man sich zwar für sie, aber man knüpfte an sie nicht die Hoffnung, dass sie sich bei uns anwenden liessen. So richtig die nüchterne Kritik aller Vorschläge ist, so wäre es doch verfehlt, es würde dem ganzen Wesen unserer Arbeiterbewegung jedenfalls widersprechen, wollten wir vor neuen Kampfmitteln zurückschrecken und nur das alte, als das bewährte, allein anwenden.

In einer Versammlung der Gehilfenvertreter in den Wiener Genossenschaften* hat Genosse Widholz die Eigenproduktion der Gewerkschaften als ein sehr wichtiges gewerkschaftliches Kampfmittel der Zukunft bezeichnet. Es ist sicherlich kein Zufall, dass Genosse Widholz, der überall für seine Anregungen die Aufmerksamkeit und das Interesse der Zuhörer erwarten kann, sich gerade die genossenschaftlichen Gehilfenvertreter für die Propagierung seiner Ideen ausgewählt hat. Wir wollen mit dieser Feststellung gleich einen der wichtigsten Einwände gegen seine Vorschläge anführen, dass sie uns jedenfalls für den Grossbetrieb nicht in Betracht zu kommen scheinen. Es erscheint ausgeschlossen, dass wir auf Bergbau und Hüttenwesen, auf die Maschinenindustrie und die Bierbrauerei, um besonders hervorstechende Beispiele zu wählen, einen Einfluss auszuüben vermöchten, wenn die Gewerkschaften zur Eigenproduktion übergehen würden. Dabei soll durchaus nicht geleugnet werden, dass unter ganz besonderen Voraussetzungen auch in der Grossindustrie** die Möglichkeit des Experimentierens mit der Eigenproduktion gegeben sein kann, ja wir wollen sogar zugestehen, dass Konstellationen möglich sind, wo das eine oder andere Experiment dieser Art, so zum Beispiel in der italienischen Glasindustrie, auf den gewerkschaftlichen Kampf, beziehentlich auf die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Aufgaben, einen Einfluss ausüben könnte. Aber darum kann es sich wohl nicht handeln, wenn man die Eigenproduktion als gewerkschaftliches Kampfmittel empfehlen will. Widholz denkt, wie Hueber auf dem letzten Gewerkschaftskongress*** in einer kurzen Bemerkung charakterisierte, an unsere rückständigen wirtschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs, an die handwerksmässigen Gewerbe, wie zum Beispiel die Tischlerei. Sicherlich muss man die gewerkschaftliche Taktik aufbauen auf die tatsächlichen Zustände in den Gewerben, in denen wir den Arbeitern bessere Arbeitsbedingungen erringen wollen, aber wir werden doch niemals ganz ausser acht lassen können die sichtbaren und stark wirkenden Tendenzen für die Umgestaltung rückständiger Betriebsformen. Wir werden uns auch niemals täuschen lassen dürfen durch die grosse Zahl kleiner selbständiger Meister, wir werden immer prüfen müssen, wie weit die Selbständigkeit dieser Meister eine tatsächliche ist oder ob sie nur in ihrer scheinbaren Selbständigkeit die Dezentralisation der Grossindustrie dem ungeschulten Beobachter verhüllen. Wir werden weiter zu erwägen haben, ob die Entscheidung über den Ausgang einer Lohnbewegung bei einer grossen Masse mehr oder minder selbständiger kleiner Meister oder bei zwar vereinzelt, aber den Ausschlag gebenden Grossbetrieben liegt oder ob — wie zum Beispiel in der Perlmutterindustrie — die Entscheidung überhaupt nicht bei den Produzenten, sondern bei einigen wenigen von der Produktion sich durchaus fernhaltenden, Beziehungen mit den Arbeitern völlig entbehrenden Handelsfirmen liegt. Diese Handelsfirmen können durch uns oft gar nicht beeinflusst werden, weil sie in ihrem ganzen Gedeihen durch den Export und durch von uns nicht beeinflussbare Abnehmer bestimmt werden.

Beziehungen zwischen Eigenproduktion und Gewerkschaften hat es schon früher gegeben. Die übrigens sehr häufig aus öffentlichen Mitteln geförderten Produktivgenossenschaften in Frankreich, italienische Produktivgenossenschaften, solche im Deutschen Reiche und auch in Oesterreich sind aus gewerkschaftlichen Organisationen häufig erwachsen, sie verdanken ihre Entstehung vielfach verlorenen Streiks. Gemassregelte, auf

* Siehe den Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 181 (Wien, 4. Juli 1910).

** Odon Por, „Die italienischen Glasarbeiter und die Krise in der Glasindustrie“. „Kampf“, III. Band, S. S. 454 ff.

*** Protokoll des VI. Gewerkschaftskongresses (1910), S. 301.

die schwarze Liste gesetzte Arbeiter sollten untergebracht werden. Hier und da erwuchs auch, nicht nur in Frankreich, die Eigenproduktion theoretischen gewerkschaftlichen Erwägungen, ja selbst der ausschweifenden Phantasie, die dem Gedanken der Konkurrenzierung der kapitalistischen Produktionsweise durch die Eigenproduktion besitzloser Arbeiter nachjagte. Lassen sich in Frankreich diese zahlreichen, leider fast ausnahmslos missglückten, niemals aber die Erwartungen erfüllenden Experimente auf Proudhon, zum Teil auch auf Fourier, Buchez und Louis Blanc zurückführen, so ist in Oesterreich der Gedanke der Produktivgenossenschaft als Gegensatz gegen die Konsumgenossenschaftliche Propaganda der Max Menger und Genossen in einem gewissen Missverstehen der Lassalleschen Polemik gegen Schulze-Delitzsch erwachsen.

Vor allem hat die Notwendigkeit, Gemassregelte zu versorgen, zur Gründung von Produktivgenossenschaften geführt. Dass diese Produktivgenossenschaften, mit hochgespannten Erwartungen gegründet, oft traurig geendet haben, niemals den Enthusiasmus dauernd erhalten konnten, weiss jeder. Wir müssen im Rahmen der heutigen wirtschaftlichen Entwicklung eine Propaganda für die Produktivgenossenschaften wenig aussichtsvoll halten. Die genossenschaftliche Theorie empfiehlt heute nicht mehr die Produktivgenossenschaft, sondern die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften, die erfreulichste Wirkungen gezeitigt hat. Aber diese genossenschaftliche Produktion ist stets, oder wenigstens in erster Linie, propagiert worden im Interesse der Konsumenten, nicht im Interesse der Produzenten. Man will die Preise herabdrücken, man erstrebt reine und gute Waren, man hofft preisregulierend auf den Markt zu wirken und man soll natürlich, weil es sich um Unternehmungen der Arbeiter handelt, im Arbeitsverhältnis die Forderungen der Arbeiter berücksichtigen, die gewerkschaftlich anerkannten Arbeitsbedingungen verwirklichen, die Heimarbeit bekämpfen u. s. w.; aber praktische Genossenschaftler haben sich nicht zu der Versprechung zu verstiegen, durch die genossenschaftliche Produktion eine allgemeine preisregulierende Wirkung auf die Ware Arbeitskraft auszuüben.

Wenn die Gewerkschaft und nicht die Genossenschaft zur Eigenproduktion übergeht, muss man von ihr durchaus anderes erwarten. Als höchstes Ziel muss erscheinen, nicht auf das Produkt, sondern auf die Ware Arbeitskraft preisregulierend für die Konkurrenz, das heisst auf dem gesamten Arbeitsmarkt des betreffenden Berufes, zu wirken, also durch die Eigenproduktion für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, für die Hintanhaltung ihrer Verschlechterung zu wirken. Aber wir können uns von der Eigenproduktion — rein theoretisch genommen — auch andere Vorteile versprechen, wir können glauben, dass die Macht der Gewerkschaft gestärkt, dass die Angriffskraft der Unternehmer geschwächt wird. Betrachten wir hier einmal, was sich — immer rein theoretisch genommen — die Verfechter der Eigenproduktion der Gewerkschaften neben dem höchsten Ideal der preisregulierenden Wirkung von ihr erhoffen könnten.

Kann die gewerkschaftliche Eigenproduktion direkt als gewerkschaftliches Kampfmittel wirken, etwa wie der Streik? Das gewerkschaftliche Kampfmittel soll die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bezwecken. Direkt dies durch die gewerkschaftliche Eigenproduktion herbeizuführen, wäre nur denkbar, wenn die Möglichkeit einer so grossen Ausweitung der gewerkschaftlichen Produktion und des leichten Absatzes ihrer Produkte vorhanden wäre, dass alle nur unter den gewerkschaftlich anerkannten Arbeitsbedingungen wirkenden Arbeiter und Arbeiterinnen stets innerhalb der gewerkschaftlichen Produktionsstätten rationell produktiv beschäftigt werden könnten. Das ist theoretisch denkbar, aber kein Praktiker der Gewerkschaftsbewegung wird dies für möglich erachten können, ja man wird diese Entwicklung und Leistungsfähigkeit des gewerkschaftlichen Eigenbetriebes wegen der Tendenz, die zum Grossbetrieb führt, für ganz unmöglich erklären.

Wir glauben auch nicht, dass die Befürworter der Eigenproduktion als Kampfmittel der Gewerkschaft so weitgehende Schlüsse aus ihren Vorschlägen gezogen wissen wollen. Ihr Gedanke ist erwachsen aus dem Streben, den neuen und unzweifelhaft für die Arbeiter sehr bedenklichen Kampfmitteln der Unternehmerorganisation Widerstand entgegenzusetzen. Die Unternehmer wollen die gewerkschaftliche Aktion lähmen, die Gewerkschaften erschöpfen, den gewerkschaftlichen Kampf aussichtslos machen, und dadurch zu ausschliesslichen Bestimmern der Arbeitsbedingungen werden,

indem sie den Streik mit der Aussperrung womöglich aller Arbeiter der von ihnen beherrschten Betriebe beantworten. Die Allgemeinheit dieser Aussperrung zu erzwingen ist den Unternehmern sehr wichtig, ihnen erscheint jedes Mittel hierzu am Platze. Wo sie nicht durch Ueberredung, wo sie nicht durch abgezwungene Unterschriften, nicht durch hinterlegte Blankowechsel, die der Aussperrung widerstrebenden Berufsgenossen in den einheitlichen Willen zwingen können, wenden sie besonders scharfe Methoden an, die die Weiterführung des Betriebes den Aussenseitern gänzlich unmöglich machen wollen. Man sucht auf die Gesamtheit der Lieferanten von Rohmaterialien, Halbfabrikaten, Hilfsstoffen, von Werkzeugen und Maschinen, auf das private Transportgewerbe — wobei man fast überall mit Organisationen der Händler und Produzenten zu tun hat — einen Druck auszuüben, um die Lieferung der zur Produktion erforderlichen Materialien bei denjenigen Unternehmern vollständig zu unterbinden, die sich der proklamierten Aussperrung nicht fügen wollten. Diese Unternehmer den Geboten und Zwangsmassnahmen der Scharfmacher nicht unterwerfen zu lassen, kann ein bedeutsames gewerkschaftliches Kampfmittel sein, kann eine starke moralische Wirkung auf die schwankenden Unternehmer, kann auf die Aussperrer, die die Konkurrenz der Weiterarbeitenden fürchten, einen Eindruck machen. Freilich darf man nicht vergessen, dass die festgegliederten Organisationen der Unternehmer nicht nur auf die Lieferanten des Rohmaterials, sondern auch auf die Abnehmer der fertigen Waren, auf Händlerkorporationen und dergleichen starken Eindruck machen, die Einstellung ihrer Nachfrage nach Waren erzwingen können. Jedenfalls ist festzustellen, dass wir bisher mit der Bekämpfung der Materialsperre keine entscheidende Wirkung auf den Ausgang einer Aussperrung auszuüben vermochten. Auch der Ankauf und der Betrieb der Stabziehereien bei der letzten Tischleraussperrung in Wien entschied nicht den Abschluss dieses langwierigen Kampfes. Diese energisch betriebene Aktion der ausgesperrten Arbeiter hat auf diejenigen keinen entscheidenden Einfluss ausgeübt, die auf der Seite der Unternehmer das Kampffeld beherrschten, den Frieden herbeiführten. Das waren die grossen Unternehmer und das werden auch in Zukunft nicht die kleinen Handwerksmeister sein. Was man erzielen wollte, war, unter den kleinen Unternehmern Verwirrung herbeizuführen, indem man bewies, dass trotz der Materialsperre die Gewerkschaft das Weiterarbeiten den Tischlermeistern garantieren könne, die sich den Befehlen der Scharfmacher nicht fügen wollten. Dass sich aber diese Verwirrung nicht in dem erhofften Umfange einstellte, dass auf den Streik also nicht die gewünschte Wirkung ausgeübt werden konnte, wird heute kaum mehr bestritten werden können.

Wir müssen uns klarmachen, dass die erwähnten Massregeln bei der letzten Tischleraussperrung zu sehr weitgehenden Konsequenzen Veranlassung geben können. Holzbearbeitungsmaschinen wirken zu lassen, mag ja notwendig sein, aber es kann das Holz fehlen, das geschnitten, gerichtet und genutet werden soll. Wenn man sich für alle Fälle vorbereiten müsste, müsste man Holzlagerplätze aufkaufen, Holz der verschiedensten Art in grossen Mengen aufhäufen, man müsste andere Rohmaterialien und Halbfabrikate zur Verfügung halten. Das sind aber finanzielle Anforderungen an die Gewerkschaften, die weit über ihre Mittel gehen, denen keine Gewerkschaft heute gewachsen sein kann. Die Gewerkschaften würden so zu Unternehmern von Nebenbetrieben innerhalb ihres Berufes, also bei den Tischlern, Stabzieher, Holz- und Leimhändler u. s. w., u. s. w. Es kann natürlich schon aus den einfachsten wirtschaftlichen Erwägungen heraus nicht angehen, dass derartig festgelegte Vermögensbestandteile der Gewerkschaften unproduktiv bleiben, man wird selbstverständlich dann auch in den Zeiten der Ruhe und des Friedens diese Betriebe im Gang zu halten suchen. Mit neuen grossen und schweren Aufgaben, mit einer starken Verminderung der für die eigentlichen Kampfw Zwecke bestimmten Gelder müsste da gerechnet werden. Wir bezweifeln, dass die Gewerkschaften fähig sind, in nur einigermaßen ausreichender Weise als Lieferanten von Rohmaterialien, als Zurichter von Halbfabrikaten und dergleichen zu wirken. Wir bezweifeln ferner, dass es eine richtige gewerkschaftliche Taktik ist, erhebliche finanzielle Mittel den besonderen Aufgaben der Organisation im gewerkschaftlichen Kampf zu entfremden. Gerade nun, wo die Kämpfe zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gigantische Formen annehmen, muss unsere Sorge sein, die höchsten finanziellen Lei-

stungen für den Kampf zu ermöglichen und nicht durch Methoden, die doch in letzter Linie die Entscheidung nicht bringen können, die gewerkschaftliche Finanzkraft zu schwächen.

Ich bin auch der Meinung, dass sich die Gewerkschaften nur mit aller Vorsicht Aufgaben zuwenden sollen, die ausserhalb ihres Aufgabenbereiches liegen. Werden die Gewerkschaften zu Händlern, zu Produzenten, so werden sie häufig erkennen, dass sie ihren eigenen Kräften zu viel zumuten, dass ihnen die erforderliche kaufmännische Begabung, die Vorteile des Einkaufes, die Gewandheit beim Absatz und dergleichen abgeht. Enttäuschungen auf diesem Gebiete können aber auch auf die Solidarität der Mitglieder, auf ihre Eintracht, auf ihr Vertrauen in die Leitung, auf ihre Zuversicht, erfolgreichen Unternehmern Widerstand leisten zu können, bedenkliche und ungünstige Wirkungen ausüben.

Aus den agitatorischen Fähigkeiten, die vielen unserer Gewerkschaftsführer eigen sein müssen, ergibt sich leicht, dass sie die Möglichkeiten, die sich ja aus ihren Vorschlägen ergeben, zu optimistisch werten, und aus gewissen Notwendigkeiten des Kampfes zu allgemeinen Schlüssen und Empfehlungen gelangen, die in weiteren Kreisen ihrer Kollegen zu grosse Hoffnungen erstehen lassen. So sehen wir, dass aus dem Gedanken, der Materialsperre der Scharfmacher entgegenzuwirken, Hoffnungen erwachsen, dass der eigene Betrieb der Gewerkschaft einen grossen Teil der Produktion an die gewerkschaftlichen Werkstätten fesseln könne. Doch gegen derartige phantastische Erwartungen, die mit der Oekonomie und Psychologie der Bourgeoise nicht rechnen, soll hier gar nicht polemisiert werden.

Wir wollen uns auch in keine Erörterung einlassen über die Hoffnungen, die an die Solidarität der Arbeiter als Käufer der in den gewerkschaftlichen Produktionsstätten hergestellten Waren geknüpft werden. So weit sind wir mit der Erziehung der Arbeiter noch nicht gelangt, dass sich jeder Proletarier bei jeder Handlung auch in seinem privaten Leben, fragt, ob er damit dem Befreiungskampf seiner Klasse nütze oder schade. Die Verbreitung der Arbeiterpresse, das Verhältnis der Zahl der organisierten Arbeiter zur Zahl der Konsumvereinsmitglieder, die nicht vollständige Ausnützung der Produktivkraft der Hammerwerke, beweisen uns, dass wir mit der Voraussetzung, dass der Arbeiter auch als Konsument für den Befreiungskampf seiner Klasse wirke, erst in sehr beschränkter Masse rechnen dürfen. Vielfach kann der Arbeiter seinen Willen als Konsument gar nicht zum Ausdruck bringen.

Auch die nüchternsten Befürworter der Eigenproduktion der Gewerkschaften erhoffen sich von ihr die Unterbringung der Vertrauensleute, der Gemassregelten und doch auch die Verminderung der Streikenden während eines Lohnkampfes. Man darf aber nicht vergessen, dass eine ökonomische richtige Verwertung der Gewerkschaftsmittel zur Voraussetzung haben muss die ununterbrochene Inbetriebhaltung der gewerkschaftlichen Produktionsstätten. Wird man Vertrauensmänner, wird man Gemassregelte unterbringen wollen, so wird man Arbeiter, die in den gewerkschaftlichen Betrieben schon tätig sind, aus den Betrieben weisen müssen, weil ihm in der Regel die Elastizität fehlen wird, weil er aus räumlichen Gründen der Produktionsstätte wie aus Rücksicht auf die Absatzfähigkeit der Waren die Zahl der beschäftigten Arbeiter nicht steigern kann. Nach dem Ausbruch eines Streiks würde man die Arbeiter, die in dem Betriebe tätig waren, nicht aus ihm weisen können, um dafür Streikende hineinzunehmen. Durch die Verminderung der Zahl der Streikenden wird bei keinem ernsthaften Streik die Eigenproduktion der Gewerkschaften eine Wirkung ausüben können.

In negativer Weise ist die Frage der Eigenproduktion der Gewerkschaften schon des öfteren beantwortet worden. Wenn die altherühmte und in gewerkschaftlichen Erfahrungen hohes Ansehen geniessende Organisation der deutschen Buchdrucker stets daran festgehalten hat, keine Druckereien zu kaufen, wenn ein ähnlicher Standpunkt sehr häufig von den Gewerkschaften eingenommen wurde, sobald ihnen die finanzielle Teilnahme an Produktivgenossenschaften zugemutet wurde, muss da stets vorausgesetzt werden, dass die Gewerkschaften schon Stellung zu der Frage der Eigenproduktion genommen haben müssen. Vielfach sehen wir die Produktivgenossenschaften entstehen als Nachklang verlorener Streiks. Wenn zahlreiche Arbeiter auf das Pflaster ge-

worfen waren, wenn das sieghafte Unternehmertum seine wirtschaftliche Uebermacht rücksichtslos anwandte, dann wurden häufig Produktivgenossenschaften gegründet. Aber wir wissen, dass auch Produktivgenossenschaften als Selbstzweck gegründet wurden, als ein Experiment, den Unternehmer auszuschalten, den ganzen Wert der Arbeitskraft den Arbeitern zugute kommen zu lassen und vor allem Musterbetriebe zu schaffen, in denen sich die Arbeiter nach ihrem gewerkschaftlichen Ideal bewegen und ihre Wünsche durchsetzen könnten. Dabei ist sicherlich bei den Produktivgenossenschaften bewusst oder unbewusst häufig gehofft worden, eine Zufluchtsstätte für kämpfende Kollegen zu schaffen, unter all den Gesichtspunkten, unter denen die Eigenproduktion der Gewerkschaften wirken soll, der Gesamtheit der Arbeiter des betreffenden Berufes zu nützen. So kann man von den Produktivgenossenschaften, wenn auch mit mancher Einengung, Schlüsse ziehen auf Wirkungs- und Erfolgsmöglichkeiten der Eigenproduktion der Gewerkschaften.

Nun weiss man nur zu genau, dass die Geschichte der Produktivgenossenschaften in Frankreich wie in England, in Deutschland wie in Oesterreich Erfolg und Ruhm nicht erspriessen liess. Zahlreiche Hoffnungen und Erwartungen sind durch die Produktivgenossenschaften getäuscht worden, es ergab sich dies zum Teil aus den Bedingungen ihrer Gründung, zum Teil aus Verhältnissen, die in den meisten Produktivgenossenschaften erwachsen. Vielfach waren im Vordergrund der Gewerkschaftsbewegung tätige Arbeiter Verbandsfunktionäre, Vertrauensleute, Agitatoren und Organisatoren die Gründer und Arbeiter in den Produktivgenossenschaften. Sie vermochten infolge der Tätigkeit der Produktivgenossenschaft ihre Wirksamkeit in der Organisation nicht zu vermindern, sie mussten sie steigern, häufig ihre Tätigkeit im Betrieb unterbrechen, niemals sie zur ungestörten Wirkung gelangen lassen, so dass sich schon hieraus eine verminderte Leistungsfähigkeit ergab. Die Produktivgenossenschaft, die in der Regel mit wenig Geld und mit nicht mehr kaufmännischen Erfahrungen arbeiten musste, vermochte auch niemals alle technischen Möglichkeiten vollkommen auszunützen. Es war begreiflich, dass die Produktivgenossenschaft den Unternehmern kein Beispiel höchster Produktivität zeigen wollte, dass sie in der Anwendung neuer Maschinen und technischer Vorteile langsam und vorsichtig war, zum Teil aus finanziellen Erwägungen, häufig aber auch, weil sie den privaten Unternehmern nicht zum Vorbild werden wollte für das Ueberflüssigmachen menschlicher Arbeitskraft. Viel zu viel Interessen kamen damit ins Spiel, die die technische Entwicklung nur zu häufig hemmten. Nicht selten fehlte auch dem Leiter der Produktivgenossenschaft die notwendige Autorität; tüchtige, leitende Kräfte waren sehr schwer festzuhalten. Die Solidarität der Arbeiter als Käufer der von der Produktivgenossenschaft hergestellten Waren wurde als ein die Prosperität garantierendes, aber sich leider nur ungenügend einstellendes Moment in Rechnung gestellt.

Wir sehen, dass die Lehren, die wir aus der Geschichte der Produktivgenossenschaft ziehen, zur Eigenproduktion der Gewerkschaften nicht gut anregen können. Wohl mögen die finanziellen Momente für die Eigenproduktion günstiger sein wie für die Produktivgenossenschaften, aber alle anderen das Schicksal der Produktivgenossenschaften ungünstig beeinflussenden Momente wirken für die Eigenproduktion der Gewerkschaften ebenso wie für die Produktivgenossenschaften.

Kurz wollen wir noch erörtern verwandte Probleme der Beeinflussung der Produktion durch die Organisationen der Arbeiterschaft oder durch von ihr beeinflusste Einrichtungen. Es wurde zum Beispiel empfohlen, dass die gewerkschaftlichen Organisationen einen Teil ihrer Gelder in Aktien der industriellen Unternehmungen ihres Berufes anlegen und hierdurch ein Recht erhalten sollen, mitzusprechen über die Arbeitsbedingungen innerhalb dieser Aktienunternehmungen. Aber ein Blick auf die Statistik des Aktienkapitals lehrt, dass die gewerkschaftlichen Organisationen nur einen ganz geringen Bruchteil dieses Aktienkapitals aufzubringen vermöchten, so dass die Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen, weit geringer sein können, als es die beflügelte Phantasie manches Gewerkschaftspolitikers möglich erscheinen liess. Gegen die völlige Festlegung der angesammelten Gewerkschaftsgelder in einem Aktienunternehmen werden sich sehr gewichtige Gründe anführen lassen, das Interesse der gewerkschaftlichen Aktion würde zu stark beeinflusst werden durch das Ergehen eines Fabrikunternehmens, es können Zeiten kommen, wo

die Umsetzung dieser Aktien in Geld, das für gewerkschaftliche Zwecke unbedingt notwendig ist, unmöglich wäre, jedenfalls würde der plötzliche Verkauf einer grossen Anzahl Aktien eines Unternehmens, selbst in den Zeiten ihrer besten Prosperität, sehr ungünstig auf die Kurse und damit auf das Vermögen der Organisation wirken. Erwägungen dieser Art können die Aktionsfähigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation lähmen, so dass schon um deswillen alle Vorsicht beim systematischen Aktienankauf geboten ist. Wer die Mittel kennt, mit denen die Kartelle unangenehme Konkurrenten niederzukonkurrieren vermögen, der wird sich nicht viel versprechen von einer gewerkschaftlichen Beeinflussung der Lohnbedingungen innerhalb eines Aktienunternehmens, es könnten sich selbst beim scheinbar besten Erfolge im enggesteckten Rahmen gar keine Wirkungen für die Gesamtheit und auch bald Enttäuschungen in dem von der Gewerkschaft „kontrollierten Betriebe“ ergeben.

Weit grössere Möglichkeiten der Produktionsbeeinflussung gewährt die gewerkschaftliche Förderung der Eigenproduktion der Konsumvereine, wie sie Franz Nader im „Kampf“* empfohlen hat. Wenn Nader am liebsten die gesamten Gelder der gewerkschaftlichen Organisationen zum Häuserbau und zu anderer Produktion verwenden möchte, so möchten wir ihm den unverrückbaren Grundsatz für die gewerkschaftliche Finanzgebarung entgegenhalten, dass Gewerkschaften stets kriegsbereit sein müssen, immer mit flüssigen Geldern rechnen können sollen. Wohl führt die Entwicklung des langfristigen Tarifvertrages dazu, dass man nicht überall mit Kämpfen rechnen muss, aber die notwendige Sicherung des Tarifvertrages erfordert auch wieder finanzielle Kampfbereitschaft der gewerkschaftlichen Verbände. Wir bestreiten durchaus nicht, dass bis zu einem gewissen Grade und bei Anwendung aller Vorsicht, sowohl im Interesse der Gewerkschaften wie der Genossenschaften, gewerkschaftliche Gelder verwendet werden könnten für die Eigenproduktion der Konsumvereine. Aber dass diese einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen eines ganzen Gewerbebezuges gewinnen könnten, scheint selbst nach den Erfahrungen Englands höchst unwahrscheinlich. Selbst unter den günstigsten Voraussetzungen wird sich eine Wirksamkeit nur ergeben können für eine ganz beschränkte Anzahl von Industriezweigen. Jedenfalls wird man also auch hier nicht vom genossenschaftlichen Standpunkt, sondern vom gewerkschaftlichen sehr nüchtern die denkbaren Wirkungen abwägen müssen. Es soll durchaus nicht geleugnet werden, dass wir mustergehend durch gewerkschaftlich geförderte genossenschaftliche Eigenproduktion wirken können. Wenn die Unternehmer zum Beispiel an gewissen schädlichen Produktionsmethoden festhalten zu müssen erklären, zum Beispiel an dem Zwischenmeistersystem und der doppelten Ausbeutung der Heimarbeiterinnen in der Konfektionsindustrie, so könnte man durch die Errichtung geschlossener Werkstätten der Konsumvereine moralisch wirken. Aber das sind Leistungen experimenteller Art, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden soll, die aber fernab liegen von den Massenwirkungen, die die gewerkschaftliche Organisation bezweckt. Diese Versuche können nicht lohnregulierend auf die anderen Betriebe wirken. Also auch hier soll man sich vom gewerkschaftlichen Standpunkte nicht zu viel erhoffen.

Nur der Vollständigkeit wegen müssen wir auch die Käuferligen erwähnen. In Amerika, in England, mit tastenden Versuchen auch in Deutschland und in Oesterreich, hat man versucht, auf die Käufer und Käuferinnen nicht nur der Arbeiterklasse erzieherisch zu wirken. Man sucht sie zu beeinflussen, dass sie sich nicht lediglich nach der Billigkeit und dem Kaufpreis der Ware richten, sondern auch prüfen, wie die Waren hergestellt werden. Es soll von den Mitgliedern der Käuferligen dort nicht gekauft werden, wo Läden zu lange geöffnet sind, wo die Waren in der Hausindustrie oder in Strafhäusern hergestellt werden, wo den Arbeitern entwürdigende Bedingungen, zu lange Arbeitszeiten, zu niedrige Löhne aufgenötigt werden. Wir wissen, dass man mit diesen Massnahmen nicht viele Ausbeuter schrecken, keine grossen gewerkschaftlichen Erfolge erzielen kann.

Wir sehen, dass die Eigenproduktion als ein gewerkschaftliches Kampfmittel wohl Illusionen produzieren kann, aber die erwarteten Wirkungen nicht zeitigt. In normalen

* IV. Band, Siehe Seite 179 ff.

Zeiten möchte ich die allgrösste Vorsicht bei der Engagierung gewerkschaftlicher Gelder für die Eigenproduktion empfehlen. Bei gewaltigen Streiks kommt es natürlich nicht darauf an, ob ein Erfolg auch recht teuer erkaufte werden muss. Man wird die Materialsperre während eines Streiks, eventuell mit grossen Geldaufwendungen unwirksam machen, es wird noch immer billiger sein, als die ununterbrochene Anwendung von Geldmitteln in normalen Friedenszeiten zur Bekämpfung einer vielleicht von den Unternehmern während eines künftigen Kampfes in Erwägung gezogenen Materialsperre.

Je grösser die Betriebe werden, gegen die wir zu kämpfen haben, je enger sich das Unternehmertum aneinanderschliesst, je mehr es Einfluss auszuüben vermag auf die Lieferanten des Rohmaterials, wie auf die Händler, die ihre Produkte abnehmen, desto weniger werden wir mit der Eigenproduktion erzielen können. Alle Vorsicht ist am Platze, wenn die Dezentralisation der gewerkschaftlichen Finanzen in Frage kommt. Deswegen warnen wir vor allen Illusionen über die Eigenproduktion der Gewerkschaften; selbst wo sie Aussichten verspricht, ist nüchtern abzuwägen, ob nicht die Schwächung der gewerkschaftlichen Finanzen infolge der Eigenproduktion bedeutsamer und gefährlicher ist als die Vorteile, die uns aus der Anwendung dieses gewerkschaftlichen Kampfmittels erwachsen könnten.

Julius Deutsch: Arbeiterheime und Baugenossenschaften

Die Arbeiterheime sind richtige Schmerzenskinder unserer Organisationen. Wo man sie ins Leben rief, erweckten sie stets die überschwenglichsten Hoffnungen, um nachher, wenn die hochgespannten Erwartungen sich nicht erfüllten, um so bitterer zu enttäuschen. Viele schwere Sorgen halsten übereilte und allzu gross angelegte Arbeiterheimgründungen unseren Organisationen auf; manch tiefer Seufzer galt und gilt ihnen.

Und doch haben bis jetzt alle unangenehmen Erfahrungen nicht verhindern können, dass bald da und bald dort neuerlich Arbeiterheimgründungen versucht wurden. Es scheint so, als ob die eine Lokalorganisation nicht von der anderen zu lernen vermöchte, wenigstens werden die Missgriffe, was die Arbeiterheime anbelangt, durch die gemachten trüben Erfahrungen nicht seltener. Es entspriesst das Arbeiterheim eben doch gewissen Notwendigkeiten, die die Organisationen stets von neuem auf diese Bahn drängen.

In dem vielgestaltigen Vereinsleben fast jedes grösseren Parteiortes fehlt der notwendige Sammelpunkt. Die Organisationen, die über ein verhältnismässig grosses Gebiet zerstreut sind, sind in kleinen und meist schlechten Gasthäusern untergebracht. Die Berührungspunkte der einzelnen Organisationen sind zahlreich, ja sie werden durch die stets zentralistischer werdende Bildungstätigkeit immer zahlreicher; der örtliche Sammelpunkt fehlt indes. Das Bedürfnis nach einem alle Organisationen vereinigenden Arbeiterheim wird so immer stärker. Dazu kommt noch, dass sich die Vereinsmitglieder in den wenig ansprechenden Wirtshäusern nicht wohl fühlen; die Vereinslokalitäten lassen ebenso wie die gebotenen Speisen und Getränke meist alles zu wünschen übrig. Der Aufenthalt im Wirtshaus wird auch dadurch unerquicklich, dass nicht selten kleine Reibereien mit Gegnern entstehen, zumindest aber, dass das Nebeneinander von Arbeitern und Bürgern auf beiden Seiten ein unbehagliches Gefühl des gegenseitigen Geniertseins wachruft. In politisch erregten Zeiten, zum Beispiel bei Wahlen, kann die notwendige administrative und organisatorische Arbeit im Wirtshause nicht mit der notwendigen Ruhe und Präzision geleistet werden, weil man eben durch die dort herrschende Unruhe immer wieder gestört wird.

Freilich, es gibt auch Momente, die gegen das Arbeiterheim sprechen; zum Beispiel die Tatsache, dass durch die Vereinstätigkeit, die sich auf viele Gasthäuser ver-

teilt, der Agitationswirkungskreis auf eine breitere Basis gestellt ist. Demgegenüber erscheint das Arbeiterheim vom Gesichtspunkte der Agitation aus gesehen als eine Art Einschachtelung, als ein System der Agitation, das von einem einzigen Punkte aus ein grosses Gebiet zu bearbeiten unternimmt. Welcher Standpunkt aber auch der richtigere sein möge, heute erweist sich jedenfalls der Zug zum Arbeiterheim viel kräftiger als der gegen das Heim. Es ergab sich nun die Notwendigkeit, einmal festzustellen, wie viele Arbeiterheime bereits existieren, und zu untersuchen, welche Tätigkeit sie entfalten. Erst wenn wir wissen, wie es auf diesem Gebiete aussieht, kann die Haltung der Partei zu diesen Unternehmungen bestimmt werden.

Die Reichsparteivertretung der deutschen Sozialdemokratie hat das Parteisekretariat beauftragt, eine vorläufige Erhebung über die Arbeiterheime durchzuführen. Das Ergebnis dieser Rundfrage ist im wesentlichen folgendes:

Im Gebiete der deutsch-österreichischen Partei gibt es 68 Unternehmungen, die es sich zum Ziele gesetzt haben, den Arbeitern eines bestimmten Gebietes einen örtlichen Sammelpunkt, in der Form eines Arbeiterheims, gemieteter Versammlungsräume und dergleichen zu schaffen. In dieser Ziffer sind natürlich die Geschäftshäuser der Konsum- und Produktivgenossenschaften, die Parteidruckereien und Gewerkschaftshäuser nicht mit einbezogen. Eine Ausnahme bilden nur einige Wiener Verwaltungsgebäude, die zugleich den Organisationen des Bezirkes als Sammelpunkt dienen, wie das Metallarbeiterhaus in Margarethen, das Verbandsheim in Mariahilf und das Hutmacherhaus in der Josefstadt. Sie erscheinen in diesen Bezirken als ein Ersatz für das Arbeiterheim und mussten deshalb der Vollständigkeit halber wohl mitgezählt werden.

Auf die einzelnen österreichischen Kronländer verteilen sich diese Unternehmen wie folgt:

Deutsche sozialdemokratische Vereine „Arbeiterheim“ und gleichartige Unternehmungen von Ortsverbänden bestehen

in Böhmen	17,	davon sind bereits in Tätigkeit	14
„ Bukowina	1,	„ „ „ „ „	1
„ Kärnten	1,	„ „ „ „ „	0
„ Mähren	11,	„ „ „ „ „	10
„ Niederösterreich	5,	„ „ „ „ „	5
„ Wien	13,	„ „ „ „ „	13
„ Oberösterreich	4,	„ „ „ „ „	3
„ Salzburg	1,	„ „ „ „ „	0
„ Schlesien	8,	„ „ „ „ „	8
„ Steiermark	4,	„ „ „ „ „	3
„ Tirol	2,	„ „ „ „ „	2
„ Vorarlberg	1,	„ „ „ „ „	0
Zusammen	68	Zusammen	59

Am verbreitetsten sind, wenn wir von Wien absehen, die Arbeiterheime in den Sudetenländern. Das mag zum nicht geringen Teil darin seine Ursache haben, dass in den industriereichen nördlichen Teilen des Reiches die Klassengegensätze besonders scharf ausgeprägt sind und infolgedessen viele Versammlungslokale den Arbeiterorganisationen überhaupt nicht zugänglich sind. Die Saalabtreibereien der Gegner liessen da manches Arbeiterheim erstehen. Nicht selten ist aber auch der Wunsch, ein eigenes Heim zu besitzen, stärker als die Möglichkeit, es aus eigener Kraft zu behaupten. Da kam es dann zu mancher voreiligen Gründung. — Sehr vorsichtig geht man in den Alpenländern an die Gründung von Arbeiterheimen. Die rühmenswerte Methode der steiermärkischen Genossen, Arbeiterheime völlig aus eigener Kraft zu erbauen oder gar keine, wird auch in den anderen Alpenländern getreulich befolgt.

Die meisten der in Betrieb gesetzten Arbeiterheime befinden sich in Häusern, die der Parteiorganisation selbst gehören. Als Eigentümer erscheint in der Mehrzahl dieser Fälle ein Verein „Arbeiterheim“, manchmal auch der Orts- oder Bezirksverband der Arbeitervereine oder auch ein Konsumverein. Das letztere kommt am seltensten vor. Insgesamt besitzen diese Organisationen 41 Häuser, die als Arbeiterheime in Benützung stehen. Zwei Häuser (Czernowitz, Wiener-Neustadt) sind gepachtet, in 16 Fällen wohnt das Arbeiterheim zur Miete. Die eigenen

Häuser verteilen sich auf folgende Kronländer: Böhmen 12, Mähren 9, Niederösterreich 3, Oberösterreich 1, Wien 8, Schlesien 6, Tirol 2.

Wir versuchten auch festzustellen, von welcher Seite die erwähnten Organisationen ein Darlehen erhielten, das den Bau der Häuser ermöglichte. In 16 Fällen haben Sparkassen gemeinsam mit Brauereien einen erheblichen Teil des benötigten Kapitals — gegen eine entsprechende Verzinsung natürlich — vorgeschossen. In 7 Fällen haben Sparkassen allein und in 4 Fällen Brauereien allein ein Darlehen gegeben. Vielfach haben auch die Vereinsmitglieder selbst durch ihre Mitgliedsbeiträge oder durch die Abnahme von Anteilscheinen beträchtliche Summen aufgebracht, auch Gewerkschaften und Genossenschaften steuerten bei. Der Bau von 14 Häusern wurde durch die letztgenannten Beiträge allein oder zu einem grossen Teil möglich. Wir hoffen, dass die künftigen Arbeiterheime stets mehr und mehr auf die eigene Finanzkraft unserer Organisationen gestellt sein werden.

Von den 59 in Betrieb gesetzten Arbeiterheimen haben 48 eine Gastwirtschaft. 29 dieser Wirtschaften werden in eigener Regie geführt, 19 sind verpachtet. In der letzten Zeit mehren sich die Arbeiterheime, die zur Eigenregie übergehen.

In dem bescheidenen Rahmen, in dem dies der Sachlage nach möglich ist, vermieten die Arbeiterheime auch Wohnungen. In den meisten Heimen gibt es eine Anzahl Wohnungen, die an Privatleute vermietet werden. — Dieser letzte Teil unserer Rundfrage führte uns auf ein weiteres Gebiet, das der Erhebung wert zu sein dünkte. Wir versuchten eine Feststellung dessen, was die Arbeiterschaft bis nun getan hat, um aus eigener Kraft billigere Wohnungen zu erstellen.

Das jüngst geschaffene Wohnungsfürsorgegesetz wird eine nachhaltige genossenschaftliche Bewegung zum Baue von Kleinwohnungen auslösen. Der organisierten Arbeiterschaft harrt eine höchst bedeutsame Aufgabe, die zu lösen unsere Kräfte gewidmet werden müssen. Eine nicht unwichtige Vorbedingung erfolgreicher Arbeit ist die Kenntnis dessen, was bisher auf dem Gebiet baugenossenschaftlicher Tätigkeit versucht worden ist. Viel ist es ja nicht, was geleistet werden konnte, aber immerhin dürften auch die bisherigen Erfahrungen einige Fingerzeige für die kommende Arbeit geben.

Die Eisenbahner besitzen schon seit mehreren Jahren Baugenossenschaften, die sich mit dem Bau von Kleinwohnungen für Berufsgenossen beschäftigen. In Wien und anderen Städten wirken einheitliche organisierte Genossenschaften unter dem Titel „Spar- und Baugenossenschaft für Bedienstete der k. k. österreichischen Staatsbahnen“. Diese haben bereits einige verdienstliche Werke geschaffen. So wurde im Jahre 1908 in Villach eine Genossenschaft gegründet, die bereits 300 Mitglieder zählt. Die Durchschnittseinlage dieser Mitglieder ist 3 K im Monat. Im Jahre 1909 wurden an Anteilen und Anteilsraten 8663 K eingezahlt, welcher Betrag auch in den folgenden Jahren aufgebracht werden wird. Im Jahre 1910 wurde mit dem Bau von genossenschaftlichen Wohnhäusern begonnen. Fünf Häuser mit 34 Wohnungen sind bereits fertiggestellt. Die Wohnungen bestehen teils aus Zimmer und Küche, teils aus Zimmer, Küche und Kabinett. Von dem grossen Baugrund, den die Genossenschaft besitzt, — er hat ein Ausmass von 5000 Quadratklafter — sind bis nun erst 740 Quadratmeter verbaut. Auch die Verbauung dieses Grundteiles war natürlich nur durch die Inanspruchnahme von Kredit möglich. Der Bau kostete 168.000 K. Die Stadtgemeinde Villach gewährte ein unverzinsliches Darlehen von 20.000 K auf fünf Jahre, nach dieser Zeit ist ein geringer Zins zu entrichten. Desgleichen liess die Villacher Sparkasse zu guten Bedingungen 110.000 K. Die finanzielle Lage der Genossenschaft ist so weit befriedigend, dass in absehbarer Zeit an die weitere Verbauung des Grundbesitzes wird geschritten werden können. Der eingehobene Mietzins für Zimmer und Küche schwankt zwischen 18 und 20 Kronen im Monat.

Die Baugenossenschaft der Eisenbahner in Knittelfeld zählte am Ende des Jahres 1909 624 Mitglieder. Ein voller Anteil beträgt 10 K; 10908 Anteile sind bereits eingezahlt. Die Genossenschaft hat bereits 56 Häuser errichtet, in denen sich 198 Wohnungen befinden. Wie man daraus ersieht, wurden Kleinhäuser gebaut. Die Wohnungen bestehen aus Küche und Zimmer oder Küche, Zimmer und Kabinett. Jeder Wohnungsinhaber hat Anspruch auf die freie Benützung eines Gartenstückes. Auch

die finanzielle Lage dieser Genossenschaft ist befriedigend, sie verfügt über einen Reservefonds von 17.000 K. Das äussere Bild der Knittelfelder Wohnungsanlage ist sehr anmutvoll. Am Ende der Stadt gelegen, breitet sie sich behäbig und freundlich in der Ebene hin. Die Häuschen sind schmuck und rein, die Gärten zumeist sorgfältig gepflegt. Das Herz taut einem auf bei dem Gedanken, dass es schliesslich gelingen mag, allen Lohnarbeitern ein solch ruhiges, gefälliges Heim zu schaffen.

Gegenwärtig ist man in einigen Industrieorten daran, für alle Arbeiter ohne Unterschied des Berufes genossenschaftliche Werke zu errichten, wie sie die Eisenbahner manchenorts bereits besitzen. In Bodenbach, Frankstadt in Mähren, Wilhelmsburg, Schwechat, Wels, Weisskirch in Schlesien u. s. f. versucht man Baugenossenschaften zu gründen. In anderen Orten ist man über die Vorarbeiten bereits hinaus. In Mährisch-Schönberg besteht eine Genossenschaft, die fünf Häuser mit 64 Wohnungen erbaut hat; ausserdem besitzt die Genossenschaft einen Grundbesitz von 7500 Quadratklaftern, der nun mit Hilfe des Wohnungsfürsorgefonds verbaut werden soll. In Freudenthal in Schlesien hat eine Vereinigung von Arbeitern und Bürgerlichen 15 Häuser mit 60 Wohnungen errichtet.

Bemerkenswert ist der Entwicklungsgang der Gloggnitzer Baugenossenschaft. Nach langwierigen Vorarbeiten konstituierte sich am 17. Juli 1910 eine „Gemeinnützige Arbeiter-Bau- und Wohnungsgenossenschaft“. Der Gloggnitzer Arbeiter-Konsumverein gab dieser Genossenschaft einen schönen Baugrund zu billigen Preise und günstigen Zahlungsbedingungen ab. Die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt in Wien sagte eine Belehnung von 75 Prozent des Schätzungswertes der zu erbauenden Häuser zu, falls die Gemeinde Gloggnitz die Zinsengarantie übernimmt. Diese Zinsengarantie wurde unter dem Druck der rührigen Genossenschaft von der deutschnationalen Gemeindeverwaltung tatsächlich beschlossen. Da erhoben sich aber die Gegner der Wohnungsfürsorge und ihrer wilden Agitation gelang es, die Gemeindegewaltigen wieder umzustimmen. Diese schlossen sich nun einem Protest gegen ihren eigenen Beschluss an, was zur Folge hatte, dass der Landesausschuss die beschlossene Zinsengarantie aufhob. Nun war die Genossenschaft in einer schwierigen Lage und erst als das Wohnungsfürsorgegesetz beschlossen worden war, konnte man auf die endliche Durchführung der geplanten Bauten rechnen. Im Frühjahr 1911 wird mit dem Bau von drei Häusern, die 44 Wohnungen enthalten, begonnen werden.

Zur gleichen Zeit wird wohl auch in Liesing der Bau von genossenschaftlichen Arbeiterwohnhäusern in Angriff genommen werden. Der dortigen Genossenschaft gehören 150 Arbeiter an und es besteht die begründete Hoffnung, dass der Wohnungsfürsorgefonds den Bau finanzieren wird.

Am grössten angelegt von den bisherigen Versuchen ist die Gründung der steiermärkischen Arbeiter. Es besteht eine „Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Steiermark“, die ihre Tätigkeit über das ganze Kronland erstreckt. Der Genossenschaft gehören in Graz 397 und in der steiermärkischen Provinz 169 Arbeiter und Beamte als Mitglieder an. Die Arbeiter sind in der übergrossen Majorität. Jedes Mitglied ist verpflichtet, zum mindesten einen Geschäftsanteil von 100 K abzunehmen, der auch in 20 Monatsraten oder 100 Wochenraten eingezahlt werden kann. Die Genossenschaft hat bereits mit den praktischen Arbeiten begonnen. In Eggenberg bei Graz wurde um 50.000 K ein Grund im Ausmasse von 14.000 Quadratmetern gekauft. Im Frühjahr 1911 wird mit dem Bau von 15 dreistöckigen Wohnhäusern und 18 einstöckigen Familienhäusern begonnen werden. Jede Wohnpartei wird auch einen kleinen Garten zur freien Benützung erhalten. Inmitten des Häuserkomplexes wird sich ein grosser Kinderspiel- und Turnplatz befinden. Die Monatsmiete stellt sich in den genossenschaftlichen Wohnhäusern auf 23 bis 24 K für Vorzimmer, Zimmer und Küche, auf 29 bis 30 K für Vorzimmer, Zimmer, Kabinett und Küche. Die Gemeinde Eggenberg beschloss, eine Garantie bis zu 85 Prozent der Gestehungskosten zu übernehmen, eine kleine Subvention zu bewilligen und ausserdem einige Geschäftsanteile anzukaufen. — In Graz selbst ist ebenfalls ein Baugrund angekauft worden. Auch hier konnte eine Unterstützung der Gemeinde erzielt werden. Diese wäre bereit, eine Garantie bis zu 70 Prozent des Schätzungswertes zu übernehmen und gewährt auch einige weitere Unterstützungen. Leider kann vorläufig weder

die Garantie der Grazer noch der Eggenberger Gemeinde praktisch wirksam werden, weil der steirische Landtag nicht funktioniert. Dagegen ist es für die Genossenschaft von grosser, unmittelbarer Bedeutung, dass die Grazer Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt sich bereit erklärte, 500.000 K für zweite Sätze zu reservieren und sie zu einer vierprozentigen Verzinsung der Genossenschaft abzugeben.

Die steiermärkische Baugenossenschaft hat auch bereits in zwei Provinzorten — in Fürstenfeld und Frohnleiten — Baugründe erworben; mit dem Bau soll noch in diesem Jahr begonnen werden.

Die Darlegung der bisherigen Versuche baugenossenschaftlicher Gründertätigkeit führt uns darauf, dass jede der auf diesem Gebiet tätigen Arbeitergruppen selbständig vorgeht und der Kenntnis jener Erfahrungen entbehrt, die an anderen Orten bereits gemacht wurden. Es ergibt sich da von selbst die Notwendigkeit der Schaffung einer baugenossenschaftlichen Zentralstelle. Diese hätte Auskünfte zu erteilen, die Geschäftsgebarung zu überwachen und die gemeinsamen Angelegenheiten der Baugenossenschaften zu wahren. Eine derartige Zentralstelle könnte wohl auch den Arbeiterheimen, die sich bis nun gleichfalls völlig selbst überlassen waren, mit Rat und Tat beistehen. Vielleicht wäre die Zentralstelle den Arbeiterheimen gegenüber vorerst nicht mehr als eine Warnungsstelle, ein Hemmungszentrum; aber die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer solchen Institution erhielte durch diese Art der Tätigkeit gewiss nur eine um so stärkere Begründung. Die baugenossenschaftliche Zentralstelle brauchte natürlich keine mit grossem Aufwand in das Leben gerufene selbständige Institution zu sein. Es könnte sehr wohl der Zentralverband österreichischer Konsumvereine im Einverständnis mit der Parteiorganisation eine solche Funktion übernehmen. Auf alle Fälle sollten wir rechtzeitig darauf Bedacht nehmen, dass sich die baugenossenschaftliche Tätigkeit nicht in viele kleine und kleinliche Versuche zersplittert, sondern von vornherein versuchen, eine grosszügige, einheitlich geleitete Bewegung zu schaffen.

Karl Volkert: Ein Jahr Jugendbibliothek

Seit einigen Jahren zeigt sich das Bestreben, die Schundliteratur, die den Kindern vorgesetzt wird, ernstlich und wirksam zu bekämpfen. Eine ganze Reihe von Institutionen besteht bereits, um jene Bücher auszusuchen, die man ohne Furcht den Kindern in die Hand geben kann. So lobenswert und wichtig nun auch diese Aufgabe ist, eines steht trotzdem fest: Der Arbeiter kommt mit Rücksicht auf seine spärlichen Mittel sehr selten in die Lage, ein gutes Buch für seine Kinder zu kaufen. Daraus folgt mit brutaler Gewissheit, dass das Kind des Arbeiters auf gute Bücher beinahe vollständig verzichten muss. Wohl gibt es vielfach Schulbibliotheken, denen die Aufgabe zufallen sollte, den Kindern gute Bücher zu vermitteln. Aber wie schauen diese Bibliotheken aus? Mit ängstlicher Sorgfalt wird jedes Buch ferngehalten, das auf den Geist des Kindes veredelnd einwirken könnte. Wie da bei der Auswahl vorgegangen wird, dafür bietet Wien einen typischen Beweis. Ist es doch vorgekommen, dass die lebensfrischen Geschichten Roseggers „Als ich noch der Waldbauernbub war“ aus einer Schulbibliothek zurückgewiesen wurden. Die Herren Zensoren fanden, dass diese Bücher aus sittlichen und religiösen Gründen abzulehnen seien. Hält man sich das vor Augen, dann kann man auch sofort den Wert einer solchen Bibliothek ermessen: Sie enthalten wertloses Zeug, das in seiner frömmelnden und geschichtsfälschenden Art geradezu vergiftend auf die Gehirne der Kinder einwirkt.

Sollen nun die Kinder der Arbeiter auf diese Schulbibliotheken angewiesen bleiben? Das kann wohl nicht unser Wunsch sein. Im Gegenteil! Wir müssen die Kinder von derartigen Bibliotheken fernhalten. Das wird uns natürlich nur dann gelingen, wenn wir in der Lage sind, einen ausreichenden Ersatz zu schaffen. Auf den ersten Moment mag dies als eine schwierige Aufgabe erscheinen. Dem ist aber nicht

so. Sehr leicht sind wir in der Lage, eine Bibliothek zu schaffen, die wir unseren Kindern zur Verfügung stellen können. Eine solche Jugendbibliothek wird unserer Sache die besten Dienste leisten und alle Beteiligten werden eine grosse Freude an ihr erleben. Es wäre sicher von der grössten Wichtigkeit, wenn, wo immer es nur möglich ist, solche Institutionen geschaffen würden.

Wie bei allen Dingen dürfte auch hier die leidige Geldfrage sofort ins Treffen geführt werden. Sehr mit Unrecht! Denn gerade für einen derartigen Zweck lassen sich die entsprechenden Mittel viel leichter aufbringen als für jeden andern. Es handelt sich nur darum, den Parteigenossen das notwendige Verständnis beizubringen. Hat sich dieses einmal durchgesetzt, dann braucht einem um die weitere Entwicklung der Sache nicht mehr bange sein.

Dafür bietet die Ottakringer Jugendbibliothek den besten Beweis.

Im Spätsommer 1909 entschloss sich die Unterrichtsorganisation Wien XVI, an die Gründung einer Jugendbibliothek zu gehen. Als die Idee den Vertretern der verschiedenen Organisationen des Bezirkes vorgetragen wurde, wurde sie nicht nur auf das freudigste begrüsst, es wurde auch, was das wichtigste war, sofort materielle Hilfe in Aussicht gestellt. Mit dieser beruhigenden Zusicherung konnten die Vorarbeiten begonnen werden. Das schwerste Stück Arbeit lag in der Zusammenstellung der Bibliothek, denn hier musste auf die verschiedenen Altersklassen die grösste Rücksicht genommen werden. Zu diesem Zwecke wurden die Kinder in drei Altersstufen eingeteilt, und zwar: Erste Stufe von 7 bis 8, zweite von 8 bis 11 und die dritte von 11 bis 14 Jahren. Die Bestimmung der Bücher für die erste Altersstufe bildete den schwierigsten Teil der Aufgabe, denn Kinder in diesem Alter wollen noch nicht viel lesen, die legen auf Bilder weit grösseres Gewicht. Gerade da ist aber keine besonders grosse Auswahl. Wohl wird riesig viel produziert. Legt man aber auf gute Bilder Wert — und das ist unbedingt notwendig — dann findet man leider nicht viel Brauchbares. Für die zweite und dritte Altersstufe ist die Auswahl schon wesentlich leichter. In unserer Märchen- und Sagenwelt haben wir einen reichen Schatz zur Verfügung, auch an guten Erzählungen und Reisebeschreibungen ist kein Mangel.

Die Organisationen des Bezirkes steuerten nach besten Kräften, so dass mit Jahresschluss bereits 1200 K zur Verfügung standen. Durch das solidarische Zusammenwirken aller wurde es möglich, 520 Bücher anzukaufen und die zur Einrichtung der Bibliothek notwendigen Drucksorten zu beschaffen. Am 23. Jänner 1910 wurde die Bibliothek mit 88 Teilnehmern eröffnet. Es war von Haus aus Prinzip, nur Kinder von Parteigenossen zur Benützung zuzulassen. Ausserdem musste die Bibliothek den Kindern vollständig unentgeltlich zur Verfügung stehen. Für die Werbung von Teilnehmern wurde keinerlei Agitation entfaltet, trotzdem stieg die Leserschaft von Woche zu Woche. Schon Ende März erwies sich die Bibliothek erfreulicherweise als zu klein. Die Teilnehmerzahl war auf 400 angewachsen und neue Einschreibungen konnten nicht mehr vorgenommen werden. Als wieder Gelder eingelaufen waren, konnte an eine Vergrösserung geschritten werden. Der Bücherstand wurde auf 750 erhöht. Durch den grossen Zuspruch der Kinder war der Beweis geliefert, dass die Gründung der Bibliothek ein Bedürfnis war.

Als die Genossen diesen Erfolg konstatieren konnten, steuerten sie aus eigenem Antrieb ein zweitesmal zur Sache bei. Dadurch wurde es mit Ende des Jahres 1910 möglich, eine neuerliche Erweiterung vorzunehmen. Bereits im Jänner 1911 wird diese durchgeführt sein und die Bibliothek wird dann über 1000 Bände umfassen. Schon nach einem einjährigen Bestand wird man dann 700 Kinder zur regelmässigen Benützung zulassen können.

Daraus geht wohl mit aller Deutlichkeit hervor, dass die Gründung der Bibliothek eine Notwendigkeit war. Die Benützung ist eine ungemein grosse und übersteigt die kühnsten Erwartungen. Doch darüber lassen wir am besten einige Zahlen sprechen:

Die Zahl der Leser betrug Ende März 400,
Ende Juni 475,
Ende September 496,
Ende Dezember 600.

Diese 600 Teilnehmer waren das Maximum, das bei einem Bücherstande von 750 Bänden zugelassen werden konnte. Die Zahl der Entleihungen ist eine ungemein grosse. An 77 Bibliothekstagen wurden 13.996 Entleihungen vorgenommen. Die Bücher werden auf 14 Tage ausgeliehen, es wird diese Frist dann auf weitere 14 Tage verlängert. Davon wird jedoch äusserst selten Gebrauch gemacht. Es ist bezeichnend, dass bei der grossen Entleihungsziffer nur 298 Kinder das Buch über die vierzehntägige Frist behielten und gemahnt werden mussten. Die Ausgabe der Bücher erfolgt an schulfreien Nachmittagen zweimal in der Woche. In die Arbeiten teilen sich neun Genossen und Genossinnen, die mit Lust und Liebe ihrer Aufgabe nachkommen.

Lässt man nun diese Ziffern auf sich einwirken, dann wird man ohneweiters den grossen Wert einer Kinderbibliothek ermessen können. Mit einem Betrag von insgesamt 1600 K, der fast vollständig aus den Mitteln der Organisationen aufgebracht wurde, war es möglich, einer grossen Zahl von Kindern ungezählte Stunden der Unterhaltung zu verschaffen. Es wurden ihnen gute Bücher in die Hand gegeben und dadurch erreicht, jede geisttötende und verderbliche Literatur von ihnen fernzuhalten. Dass das für die heranwachsende Generation einen ungeahnten Wert besitzt, liegt auf der Hand. Das müsste nun allorts als Ansporn dienen, einen ernsthaften Schritt nach vorwärts zu machen. Gewiss wird es nicht immer möglich sein, in einem so raschen Tempo vorzugehen, als es bei unseren Ottakringer Genossen der Fall war. Denn nicht überall wird man in der Lage sein, eine so grosse Summe aufzubringen. Das ist aber auch gar nicht notwendig. In den meisten Orten wird man mit einigen hundert Kronen beginnen können und in kleineren lässt sich sogar mit 50 oder 60 K ein hübscher Anfang machen. Nur um das Beginnen kann es sich handeln. Ist einmal der Anfang gemacht, dann ist auch die Hauptarbeit getan. Sehen die Genossen einmal die Erfolge, dann ist auch die weitere Entwicklung der Bibliothek sichergestellt.

Die Gründung der Ottakringer Jugendbibliothek hat den Heissunger unserer Arbeiterkinder nach guter Literatur geoffenbart. An uns liegt es nun, ihn zu stillen. Für unsere Wahlvereine wie auch für unsere Frauenorganisation eröffnet sich hier eine segensreiche Tätigkeit. Möge sie entfaltet werden, der Nutzen wird nicht ausbleiben.

Josef Luitpold Stern: Franz Diederich

Wer kennt den Mann und sein Werk? Seine Dichtungen sind erst wenigen bekannt und der Kreis derer, die ihn schätzen, hat einen kleinen Durchmesser. Ihn selbst aber erfüllt eine künstlerische Kraft, die so mächtig und neu ist, dass ihr Geduld selbstverständlich erscheint. Vor sechs und sieben Jahren gab Franz Diederich seine Gedichte in drei Bänden heraus. Sie wurden nicht viel beachtet. Mancher erfreute sich an ihrer vielfach originellen Form, manchen erstaunte die Wortmalerei, doch das Grosse, das Entscheidende dieser eigenartigen Lyrik blieb unbegriffen.

Altniedersächsisches Bauernblut rollt schwer durch Diederichs Adern. Sein Wesen ist ganz wie die Heide, die er so liebt, scheinbar still und einförmig und doch reich an Leben und sonnenstark, mit weiten Fernen und tausend verborgenen Wegen und jählings können Blitze zucken über Moor und Kate. Kein Wunder, wenn ihn zunächst die Naturwissenschaften fesselten, da wollten die Wunder der Fernen sich erschliessen und tiefer durfte er nun schauen in das Leben seiner Gräser und Kräuter und Vögel und Käfer. Aber auch die Freude am Blitze wachte in ihm. Mit einemmal stand der junge Doktor mitten in der Berliner Arbeiterbewegung, studierte und erlebte nun zugleich den wild aufgärenden Willensdrang der Zeit und schon war er, die stille, die sonnene Heidenatur, politischer Redakteur in Bremen, dann in Dortmund, stand mitten drin in hassatmenden Streikkämpfen, wurde wegen Aufreizung angeklagt und in Ketten durch die Strassen geschleppt. Zwei Jahre sass er hinter harten Zuchthausgittern. Durch so viel Leiden führt der Weg eines wahrhaften Dichters der Gegenwart. Aber es zeugt

von der dichterischen Höhe Franz Diederichs, dass er diesen Episoden keineswegs besondere Bedeutung beimisst. Ein kleines Talent hätte daraus lyrische Münzen geschlagen. Er, der Stille, Schwere, er blieb treu seiner Heide. Wann es ihm möglich wird, lässt er Grossstadtgelärme und Menschenkampf und streift durch sein Heimatland. In solchen Stunden — in jedem Jahre gönnt ihm sein schaffensreiches Leben als Feuilletonredakteur des Dresdener Parteiorgans nur Stunden — in solchen Stunden entstehen dann ein paar Gedichte, Bilder und Stimmen der Heide. Das ist alles. Was kann da Besonderes vorliegen?

Wir wollen so ein paar Naturgedichte in unser Herz ziehen lassen. Da klingt schon eins:

Hat mich ein Traum umfängen?
Ein braunes Dämmern weht,
Nebel sind leis zergangen
Eine weite Welt ersteht.

Ein Suchen, ein Träumen
Immer, immerzu
Nach qualfernen Räumen
Tiefster Märchenruh.

Blass schmilzt des Mondes Siegel.
Der Morgen müht sich still,
Der die schweren Riegel
Dem Schweigen lösen will.

Die Stirn will neigen,
Wer am Herzen fror —
Stille Weiten steigen
Braun empor.

Und durch die frühe Stille
Schauert es tief und bang:
Aller Sehnsucht Wille
Füllt den tiefen Klang.

Braune schlummernde Weiten,
Aber heimlich, leis
Regt sich verborgenes Zielbereiten:
Feine Knospen drängen sich weiss...

Ein Lauschen, ein Schauen
Streift in den nahen Tag:
Ob nicht das lärmende Grauen
Bald verstummen mag.

Aller Stille Sinnen
Sehnt im Knospenbann:
Dass sich das Leben tief innen
Ganz gewinnen kann...

Die deutsche Naturlyrik hat viele herrliche Morgenlieder aufzuweisen, aber dieser Ton war ihr bisher fremd. Der Morgen, der sich still müht, dem Schweigen die Riegel zu lösen, indes alles lauscht und schaut voll Knospensehnsucht — spürt ihr nicht unser eigenes Leben darin? Etliche mühen sich, um aus sich selbst einen Morgen zu machen, etliche wollen dem dumpfen Schweigen der Tiefe die Riegel lösen, etliche fühlen die frühe Stille und schauern auf, etliche schauen über die Wirre hinaus, wann es Tag will werden und in allen von uns, in allen bereitet sich ein Ziel: das Leben, das sich ganz gewinnen muss. Will das der Dichter sagen? Ist dieses Morgengedicht also ein soziales Symbol? Nichts will der Dichter sagen. Er lebt mit uns, er müht sich und sucht mit uns und im Frühdämmer tritt er hinaus und siehe — auch hier grüsst ihn eine Welt, die sich müht, die sucht und der ein Morgen wird. Keine Zeit vor uns konnte den Sänger des Frühdämmers hervorbringen. Und der Sänger des Frühdämmers, das ist Franz Diederich. Weil er tief den Sinn des Kampfes erlebt, hat er Auge und Worte für alles, was kämpft. Der Kämpfer macht den Dichter reich! Alles, was ins Helle tritt, was zutage ringt, was zur Höhe will, was sein eigenes Blühen erträgt, was aufwacht, was nach Wurzelgrund tastet, alles, was Form werden will, ist seinem Herzen verwandt, wird von ihm erlebt und besungen. Eine Fülle wundersamster Morgenstimmungen hat Diederich in Strophen zu fassen verstanden, Stimmungen, die bisher ihres Sängers harrten. Alle Schönheiten, alle Tiefen dieser Stunden zwischen Dunkel und Tag hat er uns geborgen. Ihm ist der Morgen kein theatralisches Schauspiel mehr, banges Frösteln, scheues Tasten, mühseliges Schaffen, das ist der Morgen. Der Morgen wird. Der Morgen kämpft. Der Morgen ist Leben.

Aber hat nur das Frühdämmern eine Stunde zwischen Dunkel und Tag? Es gibt Mittag, die wie ein Dämmern sind und es gibt Nächte, in denen ein Leuchten aufgeht. Und keine Stunde verrinnt am Heideweg, im Walde, beim Fluss, im Herzen, da nicht etwas ins Leben fingert. All dem geht Diederichs Dichtergeist nach,

Bis den Sinnen sich gesellt
Ein fühlend Begreifen:
Aller Gedanke der Welt
Quillt im Blühen und Reifen.

So ist ihm auch der Vorfrühling vor allem gross und erhaben:

O Gartenrätsel junger Frühlingswelt!
Du junge Form, die Schönheit werden will!
Du bist der Ton, den meine Seele tief
Erzitternd in sich selbst vernimmt

Das Lied vom Wunder einer Ewigkeit:
Wie alle Schönheit nur ein Anfang ist,
Nur Schale um den schönsten Rätselkern
Und alles Ende wieder Anbeginn
Und nie des Wandels hin und her genug.
Und bei dem Lied ergrünt die Welt. Die Seele
Erschliesst die Blüten und dem Kelch entquillt's:
O meine Gärten! Gärten, tut euch auf!

Darum besingt er das Leuchten der Nächte, die Schollen der Aecker, alles in der Natur, worin erstes Suchen aufzittert:

Ich bin die lauschende Ferne.
Ich bin der Sand, der Halm, die Flut, der
Wind,

Bin das Ueberall. —
Und alles, was sich regt, regt sich in mir.
Ich weiss nicht, was es will,

Und frage nicht,
Nur des Bewegens ewiger Zwang,
Der Sehnsucht ist,
Sehnsucht voll Seligkeit,
Durchzittert mich, erfüllt mich ganz. —
Ich fand das Licht, das alle Nacht durchrinnt.

Die kämpferische Bewegung in der Natur als Freude an der Natur empfinden — das lehrt uns Diederich. Das ist das Grosse seiner Naturanschauung, das Sozialistische. Sozialistisches Naturempfinden? Nur keine Scheu. Der künstlerische Reiz des sozialistischen Naturempfindens liegt darin, dass sein Träger das gesellschaftliche Wollen mit kräftigem Bewusstsein im Naturanblick mitschwingen lässt. Dabei droht auch der „reinen“ Naturlyrik keine Gefahr. Man höre nur Diederichs zartes Morgenlied:

Auf den feinsten Nebelschuh'n
Geht der Morgen durch die Wiesen.
Immer grüner quellen nun
Ihre gelbumblühten Fliesen.

Ferne Laute beben leicht —
Nebelhallend rauhe Stimmen.
Wie vom Fluss der Nebel weicht,
Seh' ich frühe Segel schwimmen.

Immer grüner aufgehellet
Leuchten Fernen mir entgegen.
Immer weiter in die Welt
Darf ich meine Ziele legen.

Gewiss ein feines, einfaches Lied. Aber lassen wir es sacht auf uns wirken. Wir stehen im Wiesenland. Irgendwo hallen rauhe Stimmen. Da und dort und überall liegt der schwere Nebel. Aber nein, der liegt nicht, der bewegt sich. Und es sind doch breite, weiche Schuhe. In denen schreitet der hohe Morgen über Land. Und was er mit seinem Fuss sanft berührt, das wacht auf. Nun ging er an uns gar vorüber. Ja, wie wird uns? Da blühen ja richtige gelbe Blumen vor uns? Und dort! Nun blitzt dort der Fluss auf. Immer schärfer. Und zwei Segel gleiten schmuck heran. Und die Landschaft wird blank und grün, Stück um Stück grüner, immer mehr Land, immer tiefer, immer tiefer hinein; was jetzt Ziel war, der nächste Augenblick hat's schon überholt. So schenkt der Morgen immer neue Ziele. — Aber will's uns so nicht gar oft geschehen? Rings liegt nebelnde Gegenwart, einige sagen, unsere Stimmen hallen rauh. Nur Geduld. Ueber ein Weilchen werden sie uns erst richtig sehen, da sind wir, schmucke Segler, die ins Licht fahren. Und es braucht eigentlich keiner mehr ganz nebelbang und verzweifelt dastehen. Die Schleier lüpfen sich schon und bald lacht Ziel an Ziel und lockt zu Mut und Schritt.

Und da will ich zum Beschluss noch ein Gedicht von Diederich hinsetzen, das ihn zugleich als Meister einer neuen Form zeigt:

Am Pfluge.

Wolkenschwere ächzend über den Feldern

Alle Sehnen zucken mir jäh.

Den feuchten Stoppelacker hinan
Reissen zwei stämmige stampfende Bauerngäule
Vorwärts den Pflug;
Hinterdrein grobderb der Knecht —
Hüh! halloh!

Ueber den Riesenacker der Menschheit
Gärt
Wetterbläue, leuchtend, wölbungsgewaltig,
Sturmverklärt.
Am Eisenpfluge die schüttelnde Faust
Jung, talluftstark
Schreitet die Zeit.

Die Kruste knirscht, bricht, herrisch aufgewühlt;
 Jahrtausend zähes Schollenwerk
 Stürzt durcheinander
 Wolken wälzen darüberhin....
 Aber droben über den Ackerhö'n
 Aus grau gelagerter Nebelwildnis
 Wirrt sich kühn
 Lichtgross
 Der Tag.

Die weissen Wolken überall
 Schmücken mit blauen Schleifen sich —

Lichtstaunen rinnt —

Saatneu feldert sich grün die Welt.

*

Einen neuen Dichter kennen lernen, heisst ein neues Land durchschreiten. Damit euch noch genug zur eigenen Entdeckerfreude bleibt, habe ich hier nur von Franz Diederichs Naturlyrik gesprochen. Was für trotzige Kampfrufe er zu formen weiss, wie edel seine Liebesgedichte klingen, wie ergreifend seine Lieder an seine Kinder sind — das leset in seinen Büchern* nach. Seit vielen Jahren hat dieser stille, grosse Dichter keinen Band mehr herausgegeben. Er denkt sich wohl, die Welt kann warten. Aber nein, greift nach seinen Strophen und bekennt euch zu denen, die ungeduldig sind nach Schönheit und Veredlung.

Rundschau

Eduard Vaillant

Wer den interessanten Charakterkopf Eduard Vaillants während der Verhandlungen des Kopenhagener Kongresses beobachten konnte, wer sich über seine Frische und Lebhaftigkeit, über seinen Eifer erfreute, wunderte sich, dass dieser knorrige alte Jüngling schon im siebzigsten Lebensjahre steht. Viel eher hätte man ihn für einen frühen Fünfziger halten können. Aber das reiche Leben dieses Mannes, die grosse Stellung, die er in der internationalen Arbeiterbewegung schon vor vielen Jahrzehnten eingenommen hat, liessen sich nicht in ein so kurzes Leben zwingen. Man wusste, dass er mit Proudhon bekannt, mit Marx befreundet, dass er ein frühes und hervorragendes Mitglied der alten Internationale war, dass er in den ersten Reihen der Kommune als einer ihrer hervorragenden Organisatoren, als ein Träger der sozialistischen Anschauungen in ihr stand. Es muss also wahr sein, dass Marie Eduard Vaillant im Jahre 1911 seinen 70. Geburtstag feiern kann.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle einen Lebensabriss dieses ebenso sympathischen wie hochverdienten Mannes zu geben. Sein Leben ist mit tausend Fäden verknüpft mit dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse, es ist mannigfaltig im Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung aller Länder. Es hiesse die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung und des

internationalen Sozialismus seit 45 Jahren schreiben, wollte man sein Leben so würdigen, wie es erfasst werden muss: als ein Stück des Befreiungskampfes des Proletariats. Schon als junger Student war er erfüllt von Kampfeslust, von Hoffnung auf die Befreiung des Proletariats, von der internationalen Solidarität. Den jungen Medizinstudenten trieb es nicht nur an die französischen Quellen der Wissenschaft, um seine reichen medizinischen, ökonomischen und philosophischen Kenntnisse zu begründen; in Deutschland, in Oesterreich, in London bildete er sich als Arzt wie als wissenschaftlicher Sozialist aus und überall suchte er auch die Arbeiter und ihre Bewegung zu studieren. Wir wissen, dass er zur Zeit der beginnenden modernen Arbeiterbewegung in Oesterreich Ende der Sechzigerjahre in Wien geweiht hat; vielleicht erzählt er uns einmal, welchen Eindruck die Wiener Arbeiter und ihre Organisationen jener Zeit bei ihm hinterlassen haben. Damals war er schon Mitglied der Internationale, an deren Kongressen er teilgenommen hat, damals war er schon einer der geschultesten französischen Sozialdemokraten.

Wie Wilhelm Liebknecht als Bindeglied der revolutionären Bewegung des Jahres 1848 mit dem modernen wissenschaftlichen Sozialismus eine besondere Stellung in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie einnimmt, wie Liebknecht einer der ersten Pfleger der internationalen Beziehungen, ein wichtiges Bindeglied der

* Von Franz Diederich erschienen im Verlag von Georg Müller die Gedichtbände „Worpsweder Stimmungen“ (Preis K 2'40, gebunden K 3'60) und „Die weite Heide“ (Preis 3 K, gebunden K 4'20), im Verlag von Kaden u. Komp. in Dresden „Die Hämmer dröhnen — Werdestimmen“ (Preis K 1'20).

Arbeiterbewegung aller Länder war, so ist Eduard Vaillant nicht nur durch seine hervorragenden persönlichen Leistungen uns teuer und bedeutungsvoll, sondern auch als Bindeglied zwischen den ersten revolutionären Vorkämpfern des französischen Proletariats, deren Zeitalter vor allem durch den Namen Blanquis gekennzeichnet ist, und dem internationalen wissenschaftlichen Sozialismus. Und in seinem Leben finden wir persönliche Beziehungen zu Proudhon, auch zu Feuerbach, wir sehen in ihm den Organisator und Agitator, den Mann der revolutionären Praxis wie der revolutionären Theorie. Er ist eine merkwürdige Zusammenfassung revolutionärer Kraft, lebendigster Zukunftshoffnung, emsigster Gegenwartsarbeit. So erscheint er uns in seinem ganzen Leben als einer der würdigsten Schüler von Karl Marx. Sein Leben, das noch lange währen soll, wird als Vorbild die Kleinmütigen stärken, die Hoffenden begeistern, die Müden zu neuer Arbeit treiben. Er ist uns nicht nur wert als französischer Genosse, er ist uns auch lieb und teuer wegen seines Strebens, die Arbeiterbewegung aller Länder zu verfolgen, die Nationen des Proletariats einander näherzubringen durch internationales Wirken für alle, zu wirken gleichzeitig durch Ausnützung aller internationalen Erfahrungen für die Arbeiter seines Landes.

Schwere Opfer hat Vaillant für seine Gesinnung gebracht, aber die Arbeiter haben es ihm auch gedankt. Er ist einer der angesehensten und beliebtesten Vertrauensmänner des französischen Proletariats. In ihm grüssen wir zum siebzigsten Geburtstag ebenso den Träger hoher Traditionen der gesamten Arbeiterbewegung wie den frischen Kämpfer unserer Tage.

ad. br.

Parteipresse und Parteiliteratur

Von dem Büchlein des Genossen Danneberg über das sozialdemokratische Programm und von den Vortragsdispositionen des Genossen Braun über die Gewerkschaften musste schon wenige Wochen nach der ersten, für österreichische Verhältnisse ungewöhnlich grossen Auflage eine zweite Auflage hergestellt werden. Diese Tatsache beweist, wie sehr das Interesse an der theoretischen Vertiefung unserer Bewegung in den letzten Jahren erstarkt ist. Doch ist es nicht unsere Gewohnheit, mit dem Erreichten zufrieden zu sein. Noch ist für die sozialistische Erziehung der Massen sehr viel zu tun. Und wie nützlich Vorträge und Unterrichtskurse auch sind, so bleibt doch das Buch das wichtigste Bildungsmittel.

Die Sorge für die Verbreitung unserer Parteiliteratur obliegt vorerst unseren Organisationen. Ihre Sache ist es, die Kolportage zu organisieren und zu beaufsichtigen. Aber auch unsere Parteipresse kann auf diesem Gebiet sehr viel leisten.

Einzelne unserer Parteiblätter schenken leider unserer Parteiliteratur — wenn ich von unserer Parteiliteratur spreche, meine ich natürlich die gemeindeutsche Parteiliteratur, also nicht nur die in Deutsch-Oesterreich, sondern auch die von unseren Parteibuchhandlungen im Deutschen Reich und in der Schweiz herausgegebenen Schriften — überhaupt keine Aufmerksamkeit. In ihren Spalten wird so mancher neue Roman, so manches neue Buch über die Persönlichkeit Jesu besprochen, obwohl kein Arbeiter Geld und Zeit hat, diese Bücher zu erwerben und zu lesen. Aber gute billige Broschüren, die für die Arbeiter bestimmt sind, werden selten erwähnt.

Andere Parteiblätter begnügen sich damit, die „Waschzettel“ der Verleger zu drucken. Da geht nun alles kunterbunt durcheinander: bürgerliche und sozialistische Literatur, teure Bücher und billige Broschüren, wissenschaftliche Werke und volkstümliche Flugschriften. Damit ist dem Arbeiter nicht gedient. Wer ihm raten will, muss eine Auswahl treffen. Die Zeit des Arbeiters ist kostbar. Wir dürfen ihm nur solche Bücher empfehlen, die gut, nützlich, seiner Vorbildung angepasst, ihm erreichbar sind.

Wir wissen sehr wohl, dass unsere Redakteure mit schwerer Arbeit überlastet sind. Wir hoffen aber, dass es ihnen trotzdem gelingen wird, ihre Kräfte auch in den Dienst dieser Arbeit zu stellen. Es ist nicht zu verlangen, ist gar nicht zu empfehlen, dass umfangreiche wissenschaftliche Werke in unserer Parteipresse besprochen werden; aber notwendig ist, dass die Redakteure unserer Parteiblätter aus unserer grossen, von Jahr zu Jahr wachsenden Broschürenliteratur die Schriften auswählen, die für die Arbeiterschaft ihres Verbreitungsgebietes geeignet sind, und ihnen Leser zu werben suchen.

Unsere Parteipresse hat ihre Kraft in den letzten Jahren in viel höherem Masse als früher in den Dienst der prinzipiellen sozialistischen Bildungsarbeit gestellt. Auch an der Verbreitung unserer Parteiliteratur hat sie mitgearbeitet: ein so grosser Erfolg wie der, den Dannebergs Programm-Broschüre erreicht hat, wäre ohne die Unterstützung der Parteipresse unmöglich gewesen. Das Gute, dessen wir uns freuen dürfen, muss uns ermutigen, nach dem Besseren zu streben.

O. B.

Bücherschau

Marx-Literatur

Georg Charasoff, dessen ältere Schrift den Lesern des „Kampf“ bekannt ist*, spinnt seinen Faden in einer zweiten Schrift weiter. Sein „System des Marxismus“** enthält eine mathematische Kritik der Grundlagen der Marxschen Oekonomie. Seine Probleme, die zu den schwierigsten der Oekonomie gehören, sind einem zu kleinen Teile unseres Leserkreises verständlich, als dass wir ihrer Erörterung breiten Raum gewähren könnten. Wir müssen uns daher mit einem kurzen Hinweis auf diejenigen Teile dieser Marx-Kritik begnügen, die uns als die wichtigsten erscheinen.

Charasoff teilt die Produktion in zwei Teile: die Grundproduktion, das heisst die Reproduktion der Produktionsmittel und der Arbeitskraft (beziehungsweise der zur Reproduktion der Arbeitskraft erforderlichen Waren), und die Mehrproduktion, das heisst die Produktion der Waren, die gegen den Mehrwert umgesetzt werden. Bei einfacher Reproduktion ist die Mehrproduktion identisch mit der Produktion von Luxuskonsumtionsmitteln im Sinne von Marx, „Kapital“, II, Seite 398.

Charasoff rechnet nun in folgender Weise:

I. Grundproduktion: $C + V + M = G$.

II. Mehrproduktion: $c + v + m = l$.

Umsatz der Produkte von I: $C + V + c + v = G$.

Umsatz der Produkte von II: $M + m = l$.

Profitrate: $(M + m) : (C + V + c + v) = l : G$.

Nun werden aber die Waren nicht zu ihren Werten umgesetzt, sondern zu ihren Preisen. Der Quotient $l : G$, in Produktionspreisen ausgedrückt (Preisausdruck der Profitrate), ist von dem Quotienten $l : G$, in Werten ausgedrückt (Wertausdruck der Profitrate), verschieden, da die organische Zusammensetzung der beiden Produktionszweige nicht gleich ist. Die Höhe der Produktionspreise wird nun natürlich durch den Preisausdruck, nicht durch den Wertausdruck der Profitrate bestimmt. Also ist, meint Charasoff, Marxens Preisformel falsch. Charasoff nimmt nun einfach an (Seite 77), dass die Preise der in der Grundproduktion erzeugten Waren ihren Werten gleich seien. Dann werden die Produktionspreise nicht durch die allgemeine Profitrate, sondern nur durch die Profitrate in der Grundproduktion bestimmt. Was aber Seite 77 eine ganz willkürliche Annahme ist, davon sagt er Seite 79 bereits, es habe sich „herausgestellt“. So gelangt er zu einer eigenartigen Erneuerung physiokratischer Anschauungen, wobei an die Stelle, die bei den Physiokraten die Landwirtschaft einnimmt, die „Grundproduktion“ tritt. Auf dieser Basis baut er dann seine Theorie des „Urkapitals“ und der „Produktionsreihen“ auf.

* Georg v. Charasoff, „Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft“. Berlin 1909. Hans Bondy, Vgl. „Der Kampf“, II., Seite 380f., 480.

** Dr. Georg Charasoff, „Das System des Marxismus“. Berlin 1910. Hans Bondy.

In der That reduziert sich Charasoffs ganze Kritik auf folgenden Tatbestand: Setzen wir zunächst voraus, dass der Preisausdruck der allgemeinen Profitrate ihrem Wertausdruck gleich ist, dann erhalten wir folgenden Schluss:

Preisausdruck der Profitrate der Grundproduktion
= Preisausdruck der allgemeinen Profitrate
Preisausdruck der allgemeinen Profitrate = Wertausdruck der allgemeinen Profitrate

Preisausdruck der Profitrate der Grundproduktion
= Wertausdruck der allgemeinen Profitrate

Da der Obersatz nach dem Gesetz der Ausgleichung der Profitraten nicht bestritten werden kann, ist der Schluss richtig, fällt also Charasoffs Bestimmung der Profitrate mit der Marxschen zusammen, wenn der Untersatz gewiss ist. Das setzt nun Marxens vereinfachende Darstellung voraus. In Wirklichkeit muss es aber nicht ganz zutreffen; es trifft nicht zu, wenn die organische Zusammensetzung der Grundproduktion nicht die des gesellschaftlichen Durchschnitts ist. Marx hat zunächst die allgemeine Profitrate auf der Grundlage der Wertlehre entwickelt und dann gezeigt, wie durch sie die Werte in Produktionsweise verwandelt werden; er hat es aber unterlassen zu zeigen, wie die Bildung der Produktionspreise dann ihrerseits wieder die Profitrate modifiziert. Die Ausfüllung dieser Lücke wäre praktisch unerheblich, aber theoretisch gewiss interessant. Aber sie kann nicht in der Weise geschehen, dass man ganz willkürlich die Preise der Grundprodukte ihren Werten gleichsetzt und damit in die Irrtümer der Physiokraten zurückfällt. Auch in der Mehrproduktion ist der Wert der Ware grösser als der Wert der Arbeitskraft, auch dieser Mehrwert wird auf alle Kapitalien je nach ihrer Grösse verteilt.

Charasoff meint nun zunächst, dass seine Berichtigung der Marxschen Preisformel das Gesetz des Sinkens der Profitrate aufhebe. Wenn er beweisen könnte, dass der Produktionspreis der Produktionsmittel (einschliesslich der zur Reproduktion der Arbeitskraft erforderlichen Konsumtionsmittel) unter ihrem Werte steht und die Tendenz hat, immer tiefer unter ihren Wert zu sinken, wäre das in der Tat der Fall. In Wirklichkeit trifft gerade das Gegenteil zu! Setzt man den Mehrwert nicht zum Wert, sondern zum Produktionspreis der Produktionsmittel ins Verhältnis, so erscheint die Profitrate tatsächlich noch niedriger.

Charasoff meint weiter, mit der Lehre vom Sinken der Profitrate stürze die Lehre vom unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus zusammen. Damit beweist er nur, dass er Marx gründlich missverstanden hat. Nicht auf die automatische Selbstaufhebung des Kapitalismus durch das Sinken der Profitrate setzen wir unsere Hoffnung, sondern darauf, dass der Kapitalismus die Empörung der Mehrheit der seiner Herrschaft unterworfenen Menschen hervorruft und zugleich die Möglichkeit seiner Ueberwindung, die technisch-organisatorische Möglichkeit einer anderen Produktionsverfassung selber schafft.

Die anderen Teile des Buches sind weit weniger interessant als die Kritik der Marxschen Theorie der Profitrate. Die Untersuchung mündet in eine Kritik der Lehre vom Klassenkampf. Aus der Notwendigkeit der Akkumulation schliesst Charasoff, dass eigentlich auch die Mehrarbeit zur notwendigen Arbeit zu rechnen wäre — eine These, die einfach das Selbstverständliche ausdrückt, dass jede Gesellschaft mehr Arbeit aufbringen muss, als zur Ernährung der Arbeitenden selbst notwendig ist. Da das Wachstum der Bevölkerung die Akkumulation notwendig macht, vertrete der Kapitalist in Wirklichkeit die Interessen der Fortpflanzung gegen die der Selbsterhaltung! Die Arbeiterklasse kann den Kapitalismus nur besiegen, indem sie selbst zu akkumulieren beginnt, was in Produktivgenossenschaften und Konsumvereinen geschieht. Und so endet die mathematische Analyse glücklich in der alten kleinbürgerlichen Utopie! O. B.

Parteiliteratur

Das Parteilieben der Arbeiterklasse in Deutschland ist für die österreichische Sozialdemokratie auch heute noch, wo wir uns zur vollen Selbständigkeit unserer Bewegung hinaufgearbeitet haben, von der grössten Bedeutung. So stark unser Anteil an allen Vorgängen innerhalb der Arbeiterbewegung aller Länder ist, fühlen wir uns doch auf das engste verknüpft mit der Arbeiterbewegung in Deutschland. Mögen auch vielfach die Probleme bei uns anders gestellt sein wie für die deutsche Sozialdemokratie, haben wir auch mancherlei andere Sorgen, so bleibt doch immer die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie für die österreichischen Parteigenossen von der allergrössten Bedeutung. Können wir nie vergessen, was uns die deutsche Sozialdemokratie in der Vergangenheit gewesen ist, so sollen wir uns hüten, ihre Bedeutung für unsere Gegenwart irgendwie zu unterschätzen. Je genauer wir sie verfolgen, desto wichtiger wird sie uns erscheinen. Deshalb sollen Parteigenossen, die agitatorisch und journalistisch wirken, sich nicht mit den naturgemäss kurzen Berichten der Presse über die deutschen Parteitage begnügen, sondern die freilich immer umfangreicher werdenden Bände, so das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910, (Berlin, Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“, 507 Seiten, Oktav, Preis K 1.50) selbst zur Hand nehmen. Freilich, viele können es nicht sein, die einen derartigen Band wirklich ganz lesen, das ausführliche Register ermöglicht aber, sich über die Fragen zu informieren, die vom speziellen Interesse für jeden einzelnen sind. Schon die Berichte, die Parteivorstand und parlamentarische Fraktion dem Parteitag vorlegen, sind von dauerndem Wert und bieten Gelegenheit, sich über die Entwicklung der Partei, über ihre organisatorische Ausweitung, über ihre parlamentarische Wirksamkeit zu unterrichten. Fragen, wie die Budgetbewilligung, wie die Wahlrechtsfrage, die Reichsversicherungsordnung, die Genossenschaftsfrage, bieten auch uns mannigfache Anregungen, so dass der Besitz dieses Bandes,

den man vor allem von den Parteibibliotheken erwarten soll, viel Nutzen zu schaffen vermag.

In dem Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ ist auch das Protokoll über den Kopenhagener Kongress unter dem Titel „Internationaler Sozialistenkongress zu Kopenhagen, 28. August bis 3. September 1910, erschienen. Das 131 Seiten starke Heft berichtet nicht nur über die Plenarsitzungen und Kommissionen, sondern auch über die Sitzungen der deutschen Delegation. Freilich ist das Protokoll lange nicht so erschöpfend wie das der deutschen Parteitage, aber da das offizielle Protokoll nur in französischer Sprache erscheinen soll, so ist das vom „Vorwärts“ herausgegebene für unsere Bibliotheken und Parteigenossen sehr wichtig. Wir finden Präsenzlisten der deutschen, österreichischen, tschechischen und schweizerischen Delegierten, ein Verzeichnis der Vertretung aller Länder, Sachregister und Sprechregister.

Durch ein Versehen der Redaktion des Protokolls sind die tschechischen Delegierten der zentralistischen Gewerkschaften sowohl in der Liste der österreichischen wie der tschechischen Delegation aufgenommen worden. Dieser Flüchtigkeitsfehler ist nicht ein so grosses Malheur, wie es in masslos gehässiger Kritik das „Právo Lidu“ hinstellt. ad. br.

Gewerkschaftsgeschichte

Zu den eigenartigsten Gebilden der österreichischen Gewerkschaftsbewegung gehört die Organisation der Giessereiarbeiter. Seit jeher von einem gewissen Berufsstolz erfüllt, haben sich die Giessereiarbeiter nicht ohne weiteres in den Rahmen der Zentralverbände eingliedern lassen. Im Laufe der Jahre kam es wiederholt zu Konflikten der Giesser mit der gewerkschaftlichen Gesamtorganisation. Eine Geschichte der Giessergewerkschaft kann deshalb von vornherein darauf Anspruch erheben, interessante Züge in der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung aufzuzeigen. Nun ist eine Geschichte der Giessergewerkschaft erschienen: „Zwanzig Jahre Organisation der Giessereiarbeiter Oesterreichs“, die im Auftrag des Vereinsvorstandes von Ludwig Wasner verfasst wurde und als recht lesenswert den Gewerkschaftern empfohlen werden kann.

Als am Ende der Sechzigerjahre des vorigen Jahrhunderts die Wiener Arbeiter die ersten modernen Kampfvereine gründeten, entstand auch die erste österreichische Giessergewerkschaft. Am 28. Jänner 1870 wurden die Statuten des Fachvereines der Metall- und Zinngiessergehilfen Wiens behördlich bewilligt. Nach kurzem Bestehen erfolgte die Auflösung dieses Vereines, der mit den anderen Wiener Gewerkschaften dieses Los teilen musste. Während sich aber die meisten anderen Gewerkschaften wieder neu konstituieren konnten und auch in den folgenden Jahren eine wenn auch nur bescheidene Tätigkeit entfalteteten, schlief die gewerkschaftliche Bewegung der Giessereiarbeiter völlig ein. Die Metall- und Zinngiessergehilfen hatten sich wieder vollständig auf den Boden des genossenschaftlichen Zunftwesens zurückgezogen. Erst am Beginn der Achtzigerjahre beteiligten sich die

Giessereiarbeiter wieder etwas lebhafter an den Kämpfen der übrigen Arbeiterschaft, sie waren — freilich nur zu einem geringen Teile — Mitglieder der damals bestehenden allgemeinen Metallarbeitergewerkschaften. Am Ende des Jahres 1890 kam es schliesslich zur Gründung einer eigenen Giessergewerkschaft, des „Vereines der Eisen- und Metallformer und deren Hilfsarbeiter in Niederösterreich“.

Die besondere Berufsorganisation der Giesser erfuhr mannigfache Angriffe von den anderen Metallarbeitern, die sich gegen jede kastenmässige Absperrung eines Berufes zur Wehre setzten. Die nunmehrige Geschichte der Giessergewerkschaft ist zum grössten Teile mit Kämpfen um die Organisationsform ausgefüllt. Es ist die grosse Frage, ob die Branchen- oder die Betriebsorganisation herrschen solle, welche von den Giessereiarbeitern aufgerollt wurde.

Der erste Giesserkongress im Jahre 1890 beschloss wohl, „von der Schaffung abgesonderter Fachorganisationen Abstand zu nehmen und den Genossen allerorts zu empfehlen, sich den alle Branchen umfassenden Metallarbeitergewerkschaften einzufügen“, dieser Beschluss konnte sich aber keine ausreichende praktische Wirksamkeit verschaffen. Der Verband der Metallarbeiter, dem die Giesservereine angehörten, war noch ziemlich schwach und leistungsunfähig, so dass es nicht sehr schwer hielt, sich von ihm loszureissen. Die Differenz in den Anschauungen der Giesser und der Metallarbeiter zeigte sich schon bei dem Versuch, den Fachverein der Former Niederösterreichs mit dem niederösterreichischen Metallarbeiterverein enger zu verschmelzen. Infolge des Widerstrebens der Giesser misslang dieser Versuch, was natürlich nicht dazu beitrug, das bestehende Verbandsverhältnis zu den Metallarbeitern zu verbessern. Am zweiten Giesserkongress im Jahre 1898 waren zwar die Anhänger einer engen Verbindung mit den Metallarbeitern noch immer in der Majorität, aber kurze Zeit darauf verloren sie diese. Im Juni 1901 beschlossen die niederösterreichischen Giesser: Der bisherige Landesverein wird in einen Reichsverein umgewandelt. Der Reichsverein der Giessereiarbeiter wurde tatsächlich gegründet. Damit kamen die Giesser in einen Konflikt mit dem Metallarbeiterverband, von dem sie sich lösten, und in weiterer Folge auch mit der gewerkschaftlichen Gesamtorganisation. Der Zentralverein der Giesser wurde vorerst von der Gewerkschaftskommission nicht anerkannt; es kostete viel Mühe, um allmählich wieder den Frieden anzubahnen.

Heute lebt unter der Giessereiarbeiterschaft bereits ein ganz anderer Geist als zur Zeit des Konflikts. Das Streben nach Vereinigung mit der Metallarbeiterorganisation ist sehr stark. Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, dass die Verschmelzung zur Durchführung gelangt. „Nicht untergehen“, sagt der Verfasser, „sondern aufgehen sollen wir in der grossen, alle Kategorien der Metallarbeiterschaft Oesterreichs umfassenden Organisation“.

Das gefällig ausgestattete Büchlein hat nur einen Nachteil: es tut des Guten zu viel, es ist zu ausführlich. So schätzenswert im allgemeinen umfassende Beschreibungen einzelner Gewerkschaftsverbände sind, sollte doch von den Verfassern darauf Rücksicht genommen werden, dass

die Lektüre eines solchen Werkes für die Arbeiter um so schwieriger wird, je grösser der Umfang ist.
J. D.

Bergarbeiterliteratur

Das Problem der gründlicheren und von den Arbeitern beeinflussten Aufsicht über den Bergwerksbetrieb drängt auch in Oesterreich zur Lösung. Im Arbeitsbeirat ist hierüber lange verhandelt worden, einer Lösung wäre die Frage längst entgegengeführt, wenn bei uns sozialpolitische Probleme nicht immer auf die lange Bank geschoben würden. In Preussen und in anderen deutschen Bundesstaaten ist man aber längst zu einer Regelung gelangt, nachdem Frankreich und England vorangegangen sind. Ueber die gesetzlichen Bestimmungen und Anordnungen über die Wahl und Tätigkeit der Sicherheitsmänner in Preussen ist ein kleines, 40 Seiten starkes Schriftchen erschienen, das auch die Ausführungsbestimmungen des preussischen Handelsministers und die Unterweisungen über die Rechte und Pflichten der Sicherheitsmänner enthält. Die Schrift ist sehr übersichtlich zusammengestellt, sie wird auch in Oesterreich allen nützlich sein, die sich mit dieser wichtigen Frage zu befassen haben. In noch höherem Masse gilt dies von der gleichfalls vom Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands herausgegebenen Schrift: Welche Aufgaben haben die Sicherheitsmänner? Bei den Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrrevier hat der Verband der Bergarbeiter mit einem Schlage tausend Mitglieder mit dem schweren und verantwortungsvollen Amt des Sicherheitsmannes im Bergbau betraut erhalten. Das veranlasste den Verband zu diesen Veröffentlichungen in der zuletzt genannten Schrift. In gedrängter Kürze werden die wichtigsten Fragen, die an den Sicherheitsmann herantreten können, beantwortet. Diese beiden Broschüren ergänzen sich gegenseitig in ausserordentlich nützlicher Weise. Von weiteren Veröffentlichungen des Vorstandes des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erwähnen wir eine 160 Seiten starke Schrift über die Kämpfe um die Knappschaftsreformen im allgemeinen Knappschaftsverein Bochum. Für die Beurteilung der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung, für die Kämpfe und Kampfgeohnheiten der christlichen Bergarbeiterorganisation gegen unseren Verband der Bergarbeiter in Deutschland ist diese Schrift von grosser Wichtigkeit, ebenso eine sie ergänzende kleine Schrift von 16 Seiten: Zur Knappschaftswahl, christliche Lügen in neuer Auflage. In noch höherem Masse ist von allgemeiner Bedeutung das neueste Material über den internationalen Bergarbeiterverband. Es liegt uns vor, das 72 Seiten starke Protokoll des internationalen Bergarbeiterkongresses, der im August 1910 in Brüssel abgehalten wurde und der mit Juni 1910 abgeschlossene letzte Vierteljahresbericht des internationalen Bergarbeiterverbandes. Man erkennt aus diesen beiden Publikationen das Zurücktreten aller kontinentalen Organisationen hinter den Interessen der englischen Bergarbeiter in diesem internationalen Verband.
ad. br.

Menschenschicksale

Dulden. Aus der Lebensbeschreibung einer Armen. Preis 50 Pf. Der Verlag Reinhardt in München hat wieder eine Schrift erscheinen lassen, das wohl niemand ohne tiefste Erschütterung und Ergriffenheit lesen wird. Professor E. Bleuler, Direktor der Irrenanstalt Burghölzli in Zürich, trägt die Verantwortung für die Wahrheit all des furchtbaren Leidens, das die 55 gedruckten Blätter enthalten. Schon als vierjähriges Kind war Kathrin die Hüterin ihrer kleinen Geschwister. Mit fünf Jahren musste sie mit der dreijährigen Schwester im Walde Holz suchen. Wehe, wenn der Vater kam und das gesammelte Holz nicht seinen Erwartungen entsprach. Da pflegte er die Fünfjährige über einen abgehauenen Stock zu legen und mit einem vierfachen Seil auf sie loszuschlagen; wollte die Mutter ihr Kind schützen, so schlug er auch sie. Ohne zu essen, musste das Kind dann ins Bett und um 5 Uhr früh wieder in den Wald, von der Mutter heimlich mit etwas Nahrungsmitteln versorgt. Schon mit sechs Jahren musste Kathrin nach der Schule in die Fabrik, um dem Vater beim Webstuhle zu helfen. Dabei Schläge und immer wieder Schläge. Der Vater trank Schnaps, fast jeden Tag einen halben Liter. Um 12 Uhr nachts jagte er die Kinder noch um den Alkohol, und wieder wehe, wenn sie ohne Schnaps zurückgekommen wären. Neun Jahre war Kathrin, da wurde der erste Notzuchtsversuch an ihr verübt. Von jenem Augenblick an war sie furchtsam; sie wagte nicht allein zu sein, immer fürchtete sie, es werde ihr jemand etwas tun. Später wurde sie aufmerksam gemacht, dass der eigene Vater es auf sie abgesehen habe und die Mutter selbst trug ihr auf, immer vor ihm zu fliehen. Ein braver junger Bursche warb sich um Kathrin, aber er war ein Verwandter und die kirchengläubige Mutter nahm ihr am Sterbebette das Versprechen ab, ihn nicht zu heiraten. Damit war sie an ihrem Glücke vielleicht vorübergegangen und nur ein Weg restlosen Leidens lag jetzt vor ihr.

Dann wurde sie von einem anderen Burschen schwanger. Er war brutal und verlangte die Abtreibung der Frucht. In Kathrin lebte aber ein Gefühl starker Mütterlichkeit. Trotz aller Misshandlungen, die ihr der Bursche zufügte, konnte sie sich zu seinem Verlangen nicht entschliessen. Heimlich brachte sie in ihrer Kammer nach wochenlangem Leiden ein totes Kind zur Welt, ohne dass sie eine Ahnung hatte, wie das kleine Wesen ihrem Körper entfliehen würde. Sie las es vom Boden auf und versteckte es die ersten Tage unter ihrem Bett, später im Schupfen. Am nächsten Tag ging sie wieder in die Fabrik. Jeden Augenblick benützte sie, nach ihrem Kinde zu sehen, sie liebte das kleine tote Geschöpf. Als man ihr Geheimnis entdeckte, wurde sie auf drei Monate in das Gefängnis gesperrt. Dann ging sie an einen fremden Ort arbeiten. Dort wurde sie von einem rohen Burschen vergewaltigt, trotz heftiger Gegenwehr. Sie lernte dann ihren späteren Mann kennen. Auch er war brutal sinnlich, versprach aber, sie zu heiraten. Kathrins Einfluss gelang es, ihn der Macht des Alkohols

zu entziehen. Sie wurde wieder schwanger. Im Jänner wurde das Hochzeitsaufgebot bestellt und der Bräutigam erklärte, sie dürfe nicht vor April niederkommen, sonst lege er sich auf die Eisenbahnschienen, denn das Kind sei dann nicht von ihm. Kathrin aber schritt ihrem Geschick entgegen. Sie bekam Ohnmachtsanfälle und litt unsäglich.

Wieder brachte sie heimlich ohne Beistand ein Kind zur Welt. Heimlich reinigte sie die Bettwäsche, wusch das Kind, hüllte es in ein reines Tuch und verbarg es in ihrem Koffer. Auch dieses Kind war tot. Wieder konnte sie sich nicht von dem kleinen leblosen Wesen trennen. Die Hochzeit ging vorüber. Der Mann tat, was er ihr an den Augen ansehen konnte, er liebte sie. Unbeschreiblich sind die Qualen, die das junge Weib jetzt durchmachte. Im Koffer am Boden das schon blau werdende Kind, in der Stube der Mann, der will, sie soll zur Hebamme gehen, da die Geburt nun zu lange ausbleibt. Als er schliesslich fast mit Gewalt eine ärztliche Untersuchung herbeiführt, wird ihre Ueberführung in die Irrenanstalt notwendig. Drei Nächte lang ist ihr die verstorbene Mutter im Traume erschienen, ihr das Wort „Dulden“ weisend. Kathrin hat geduldet, sie hat es zur Meisterschaft darin gebracht.

pp.

Frauenfrage

Das Gemeindebestimmungsrecht, die Mitarbeit und das Wahlrecht der Frau in der Gemeinde nennt sich das dritte Heft der Schriften des Schlesischen Frauenverbandes, die von Marie Wegner herausgegeben werden. Dieses Heft ist eine Propagandaschrift für das Gemeindegewahlrecht der Frau. Manches Interessante wird erzählt über die günstigen Resultate, die mit dem Frauenstimmrecht in anderen Ländern erzielt wurden.

Interessant sind die Ziffern aus Dänemark. Aus ihnen geht hervor, dass die Beteiligung der Frauen an den Wahlen auch die Wahlbeteiligung der Männer günstig beeinflusst hat. Während die Beteiligung, solange Männer allein gewählt haben, ihre höchste Zahl mit 74 Prozent in Kopenhagen, 70 Prozent in Städten und 50 Prozent am Lande erreicht hatte, stieg diese nach Einführung des Frauenwahlrechtes auf 84, 85 und 73 Prozent. Die Frauen beteiligten sich bei der ersten Wahl, an der sie teilnahmen, in Kopenhagen mit 69 Prozent, in den Städten mit 67 Prozent und am Lande mit 38 Prozent.

In der gleichen Schrift lernen wir auch einen Pfarrer kennen, allerdings einen protestantischen, Pastor Banos, der für die Abstinenzbewegung eintritt und dazu die Frauen als Bundesgenossen will. Er fordert für die Frauen das Stimmrecht, weil dies der Weg ist, der weiblichen Bevölkerung entscheidenden Einfluss in dem Kampf gegen den Alkoholismus zu verschaffen. „Es ist hohe Zeit, den Männertypus zum Verschwinden zu bringen, der überall den Aufstieg zu lichtereren Höhen, zu grösserer Freiheit, zu edlerer Gesittung hindert“, sagt Pastor E. Banos mit Beziehung auf jene Männer, die Gegner der Abstinenzbewegung sind. pp.